

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



30. Juli 1983
Jg. 4 Nr. 15

G 7756 D

Preis:
2,50

...WAS WIR NUN ABER, LIEBE MITARBEITER, VON IHNEN ERWARTEN IST:
DASS SIE UNS MIT FINGERSPITZENGEFÜHL, ABER AUCH MIT MUTIGEM
PERSONLICHEN EINSATZ, WANN IMMER ES UNS ANGEZEIGT SCHEINT,
FÜR JEDOCH BELIEBIGE TEILMENGE DER BEVÖLKERUNG
GERICHTLICH VERWERTBARE
HAFTGRÜNDE
SCHAFFEN...



Afrikapolitik: Das christliche Afrika-korps und seine Pläne: „Festung Südafrika“, „Umschuldungsgeschäfte“ und Intervention Seite 3

35 STUNDEN
UNSER ZIEL
JEDOCH ÜBERSTUNDE
IST ZUWEIL



35-Stunden-Woche: IGM-Ziele nicht eindeutig, Gesamtmetall greift Normalarbeitstag an Seite 10



Eritrea: „Wir kämpfen für die sozial-revolutionäre Entwicklung in Eritrea und Äthiopien“ Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Inhalt

15/1983

Afrikapolitik: Das christliche Afrikakorps und seine Pläne: „Festung Südafrika“, „Umschuldungsgeschäfte“ und Intervention Seite 3

Südafrika kriegsfähig gemacht, andere afrikanische Staaten an die BRD gebunden..... Seite 4

Südafrika: Ausweitung des Polizeiterrors, Haftverschärfungen gegen die politischen Gefangenen Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Öffentlicher Dienst: Neue Arbeitszeitformen und flexible Arbeitsstrukturen in Ausarbeitung..... Seite 7

Mutterschaftsprämie: Reaktionäres von Strauß zur Nachwuchsförderung..... Seite 7

Demonstrationsstrafrecht: Zimmermann will Freibrief für die Zerschlagung von Demonstrationen Seite 8

Türkeibesuch: Zimmermann will noch mehr ausliefern Seite 9

Bundesverband Druck: Umsatz je Arbeiter um 8,3% gestiegen Seite 9

35-Stunden-Woche: IGM-Ziele nicht eindeutig, Gesamtmetall greift Normalarbeitstag an Seite 10

IGM-Bestandsaufnahme gegen negative Folgen von Rationalisierung und technischem Wandel Seite 11

Schichtarbeit: Bisher 127 Verträge über Freischichten... Seite 11

Ratenkredite: Bei Zahlungsverzug Wucherzinsen Seite 12

Berufsausbildung: Kapitalisten sind begeistert: Kohl vermittelt Lehrstellen, Blüm beseitigt alle Schutzbestimmungen für Jugendliche..... Seite 13

Zum „Turnerfest 1983“: Bundeskanzler Kohl ruft zur deutschnationalen Jugendbewegung auf Seite 14

Schichtarbeit für Jugendliche: nicht wiedergutzumachender Raubbau Seite 16

Jugendvertreter berichten über die Ausbildung in einem Großbetrieb Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Hamburger Hafen: Aushilfsarbeiter als billigste und völlig rechtlose Arbeitsreserve Seite 19

IG Druck und Papier: Landesbezirkstag Baden-Württemberg Seite 19

Deutscher Bauerntag: Arbeitsgemeinschaft Bauernblatt – Agraropposition meldet sich zu Wort Seite 20

Baden-Württemberg: Schulgesetznovelle verabschiedet Seite 21

Kommunen: CDU Baden-Württemberg rüstet um..... Seite 21

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Rüdiger Lötzter; für Spezialberichte (S. 13 – 17): Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S.28 – 33): Ulrike Kirchhof; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

Hamburger Haushalt 1984: Senatsbeschlüsse hilfreich für die Durchsetzung der Bonner Sozialreaktion Seite 22

Stadthaushalt nur mit Auflagen genehmigt Seite 23

Polizeitaktik: Gemeinsamkeit der Demokraten Seite 23

Todesschüsse: Zulässigkeit wieder einmal bestätigt Seite 23

CSU-Parteitag: „Wende“ in Partei und Politik der CSU? Seite 24

1000 Jahre Moringen: Statt einer Chronik – Geschichtsfledderei Seite 24

Bundeswehr: Die elende Lage der Wehrpflichtigen soll die Kriegsfähigkeit der BRD-Imperialisten sichern Seite 25

Zusammenschlüsse von Wehrpflichtigen in verschiedenen NATO-Armeeen Seite 26

Stichwort: Wehrsold Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Großbritannien: Thatchers Ziel: Gewerkschaften streikunfähig und unter Staatsaufsicht Seite 29

USA-Textilindustrie: Gesundheitsschutz für 76000 Arbeiter beseitigt Seite 29

Antarktiskonferenz: Wettrennen um die Ausbeutung des „6. Erdteils“ Seite 30

Brasilien: Generalstreik in den drei Industriezentren Seite 30

Tschad: Weiter Krieg gegen den Imperialismus Seite 31

DDR-Kredit: BRD-Imperialisten machen sich zum Hauptgläubiger Seite 31

Eritrea: „Wir kämpfen für die sozialrevolutionäre Entwicklung in Eritrea und Äthiopien“ Seite 32

Aufbau der Sekundarschule in den befreiten Gebieten Eritreas Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

,Flambierte Frau“: Wie sich die Frauen auch durch die Prostitution befreien sollen Seite 34

Biedermanns exorzistische Abenteuer Seite 34

Was hat Zimmermann gegen „Das Gespenst“? Seite 34

Udos Spaß am politischen Leben Seite 35

Wissenschaftsbegriff der CDU: Grundwerte und Wissenschaft – moderne Form der Inquisition Seite 35

Adel und Kirche in Polen: Im Kampf für die Nation waren immer die Bauern die Betrogenen Seite 36

Kohlezeichnung Seite 37

Lohnlage öffentlicher Dienst Seite 38

Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst Seite 39

Das christliche Afrikakorps und seine Pläne: „Festung Südafrika“, „Umschuldungsgeschäfte“ und Intervention

Fast drei Monate ist es her, daß der Staatsminister im Auswärtigen Amt Dr. Alois Mertes in einem Vortrag über „Kontinuität und Wandel in der deutschen Außenpolitik“ regierungsoffiziell kundtat, man werde künftig in der Afrikapolitik eine härtere Gangart einschlagen: Mertes:

„Unser wohlverstandenes Eigeninteresse gebietet es, darauf zu achten, daß wir in diesen Feldern (gemeint ist u.a. das afrikanische „Feld“, d. Verf.) eine Politik betreiben, die zwei Notwendigkeiten gerecht wird:

– der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung zu innerer Stabilität dieser Länder

– einer echten Blockfreiheit, die sich nicht gegen vitale Sicherheitsinteressen des Westens verkehrt.

... Die Bundesregierung Kohl wird hier keinen abrupten Wandel wollen, aber ich schließe nicht aus, daß der Gesichtspunkt „Wahrung politischer und strategischer Lebensinteressen des Westens“ neue Akzente setzen wird.“

Da die „Kontrolle der Kaproute“ und die Plünderung der Rohstoffe des südafrikanischen Kolonialregimes schon immer zu den „Lebensinteressen des Westens“ gehörte, ist damit eine wirtschaftliche und militärische Unterstützung dieses Kolonialregimes durch die BRD-Imperialisten angesagt, die weit über das bisher schon praktizierte umfangreiche Ausmaß hinausgehen soll.

Aber auch die anderen afrikanischen Staaten sollen von diesen „neuen Akzenten“ nicht verschont bleiben. Wie man sich ihre „Entwicklung zu innerer Stabilität“ vorstellt, darüber ließ sich Ende Juni Entwicklungshilfeminister Warnke in einem Aufsatz im Bayernkurier aus. Man wolle nicht nach dem Motto „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ vorgehen, so Warnke wörtlich, aber: „Dennoch ist uns nicht einerlei, wie wirkungsvoll oder nicht deutsche Hilfe für die Dritte Welt draußen umgesetzt wird.“ Eben! Und wann wird diese „Hilfe“ besonders „wirkungsvoll“? Hier führt Warnke tiefschürfende Erfahrungen auf, die künftig stärker als bisher beachtet werden sollen:

„Zwei wesentliche Erfahrungen sind, daß

– Länder mit marktwirtschaftlichen Elementen in ihrer Wirtschaftsordnung ungleich günstigere Rahmenbedingungen für jede Art von Entwicklung geschaffen haben als solche mit dirigistischen Systemen ...

– Dort, wo die ideologische Ausrichtung jede Art von privatwirtschaftlicher Tätigkeit verbietet, zum Teil sogar unter Strafe stellt, die Entwicklung nicht nur nicht vorankommt, sondern meist rückläufig ist. Vor allem die zweite Erfahrung gibt zu denken ...“ Zumal, so Warnke: „In fast allen Entwicklungsländern wird der Ruf nach ausländischen Investitionen ständig lauter.“

Womit so ziemlich die nächsten Absichten der westdeutschen Imperialisten auf dem afrikanischen Kontinent umschrieben sein dürften:

– Erstens die Fortsetzung der militärischen Aufrüstung des Kolonialregimes, nun auch als offizielles Regierungsprogramm, zu einer bis an die Zähne gerüsteten und notfalls auch zu größeren und längeren Kriegen fähigen „Festung Südafrika“. Von dieser „Festung Südafrika“ aus soll nicht nur Namibia weiter für die Imperialisten beherrscht und ausgebeutet werden. Von hier aus sollen auch die anderen umliegenden afrikanischen Staaten stärker als bisher mit ständigen militärischen Überfällen und Sabotageaktionen zermürbt werden, um so alsbald zur Rückgewinnung der in Zimbabwe und in den beiden ehemaligen portugiesischen Kolonien Angola und Mosambique verlorenen Positionen und Besitztümer schreiten zu können. Die von Unionsseite geforderte Wiedereröffnung des 1977 geschlossenen Konsulats in Windhoek gehört zu dieser Politik ebenso wie die regierungsoffizielle Erklärung Südafrikas zum „unverzichtbaren Teil des freien Westens“, was heißt: zum unverzichtbaren imperialistischen Kettenhund auf dem afrikanischen Kontinent.

– Zweitens sind die westdeutschen Imperialisten fest entschlossen, die Abhängigkeit der anderen afrikanischen Staaten weiter zu vertiefen und ihre Kapitalanlagen in diesen Staaten – seien dies nun Kredite von Banken und Bundesregierung, seien dies direkte Investitionen in Form von Fabriken, von Bodenbesitz und von Bergbaugruben – rasch und gründlich auszuweiten. Jeden Widerstand in den afrikanischen Staaten gegen diese Politik wollen sie künftig mit allen Mitteln beiseitezuräumen, sei es durch Krediterpressungen und im Rahmen von „Umschuldungsverhandlungen“, sei es durch die Einleitung von Putschen und dergleichen, sei es auch durch direkte militärische Interventionen.

Noch nie, so die Kalkulation der christlichen Afrikastrategen des BRD-Imperialismus, waren die Bedingungen für eine solch offen neokolonialistische und räuberische Politik so günstig wie gerade jetzt.

Wir haben, um die Erpressungsmöglichkeiten des BRD-Imperialismus etwas zu verdeutlichen, im folgenden einige afrikanische Länder, ihre Auslandsverschuldung bei den Imperialisten, wie sie der IWF angibt, in Mio. \$ (I), ihre Schulden an die BRD (Entwicklungscredits und von der Bundesregierung verbürgte andere Kredite, die



Konterrevolutionäre Interventionen und Kolonialsoldner sollen die imperialistische Ausplünderung des Kontinents sichern: Südafrikanische Söldner in Namibia (links), französische Expeditionstruppen in Zaire 1978 (rechts).

teilweise vom IWF nicht erfaßt werden, siehe Liberia, d. Verf.) in Prozent dieser vom IWF erfaßten gesamten Auslandsschulden (II) und die Schuldendienstausgaben dieser Länder in Prozent ihrer Exporterlöse (III) aufgeführt.

Land	(I)	(II)	(III)
Ägypten	11 333,4	13,0%	15,8%
Algerien	15 330,4	18,6%	25,6%
Tunesien	2 893,9	20,7%	11,8%
Liberia	454,3	109,2%	13,8%
Sambia	1 558,6	22,8%	19,7%
Senegal	728,5	11,7%	13,7%
Sierra Leone	288,9	19,4%	22,2%
Sudan	2 114,1	13,3%	33,0%
Togo	597,7	29,0%	24,4%

Quellen: IWF, World Debt Tables, Washington D.C., 1980; Vierter Entwicklungshilfebericht der Bundesregierung, Bonn, März 1980; Weltbank, Weltentwicklungsbericht, 1981; eigene Berechnungen.

Wohlgemerkt: die obigen Angaben stammen von 1979. Damals waren die afrikanischen Staaten (Südafrika ist hierbei ausgenommen) mit knapp über 66 Mrd. Dollar bei den Imperialisten verschuldet. Fast 17% aller dieser Forderungen vereinigten die westdeutschen Imperialisten auf sich. Inzwischen ist die Verschuldung der afrika-



Strauß und Eyadema

nischen Staaten bei den Imperialisten auf weit über 80 Mrd. Dollar gestiegen. Und: allein im vergangenen Jahr konnten die Imperialisten die Weltmarktpreise von Zucker um 50%, von Kakao um 14%, von Holz um 16%, von Kupfer um 16%, von Aluminium um 20% usw. senken. Fast alle afrikanischen Staaten aber erzielen noch heute 80 bis 90% ihrer Devisenerlöse aus dem Ver-

kauf von Rohstoffen an die Imperialisten. Die Staaten des südlichen Afrika, aber auch Ghana, Senegal und Mauretanien, werden zudem seit Monaten, teilweise seit Jahren, von einer der schwersten Dürren in ihrer Geschichte heimgesucht, die ihre Abhängigkeit von Nahrungsmittellieferungen und weiteren Krediten der Imperialisten weiter erhöht.

Schon 1982 mußten deshalb die Zentralafrikanische Republik, Senegal, Togo, Madagaskar und Malawi „Umschuldungsverhandlungen“ mit ihren imperialistischen Gläubigern zustimmen, um eine zeitliche Streckung ihrer Zins- und Tilgungszahlungen zu erreichen – gegen entsprechende Zugeständnisse an die Imperialisten, versteht sich. An allen diesen Verhandlungen waren die BRD-Imperialisten beteiligt. Im Mai dieses Jahres meldete die „Wirtschaftswoche“, in den letzten Monaten hätten weitere zwölf afrikanische Staaten „Umschuldungen“ beantragt. Wieder gehörte auch Togo zu diesen Staaten. Am 13. Juni meldete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, Togo habe nun auch die „Voraussetzungen“ der neuerlichen Umschuldung erfüllt: „Sechs Staatsbetrie-

Südafrika kriegsfähig gemacht, andere afrikanische Staaten an die BRD gebunden

Die westdeutschen Rüstungskonzerne haben durch die Lieferung von Ausrüstung, technischem Wissen, Lizzenzen, Waffen und Produktionsanlagen wesentlichen Anteil daran gehabt, daß das südafrikanische Siedlerregime heute in der Lage ist, im eigenen Lande die komplette Waffen-Ausrüstung für das Führen eines Krieges herzustellen. Zwischen 1977 und 1981 errichteten westdeutsche Firmen eine Montagefabrik für Dieselmotoren, die in Militärfahrzeuge eingebaut werden, lieferten 3000 Militärlastwagen, 2 Minensuchboote und zugleich die Lizenz für den Bau dieser Kriegsschiffe. AEG, Siemens und MAN lieferten Radarausrüstungen für das neue Hauptquartier der Marine. 1980 kam auf, daß gegen Rheinmetall eine staatsanwaltschaftliche Untersuchung lief, weil Rheinmetall eine komplette Munitionsfabrik an Südafrika geliefert hatte. Diese Fabrik stellt Munition her für 155 mm-Haubitzen. Rheinmetall lieferte außerdem die Geschütze dafür. Diehl, Nürnberg, produzierte dafür die Zündungsvorrichtung, die auch den atomaren Abschuß erlaubt. WASAG Chemie, O. Junkersdorf und andere waren beteiligt.

Daß das südafrikanische Siedlerregime die Produktion von Kernenergie-

brennstoffen entwickeln konnte und damit möglicherweise auch Atomwaffen bauen kann und daß die westdeutschen Imperialisten dazu entscheidend beigetragen haben, hat der ANC schon 1977 aufgedeckt. 1973 hatte die STEAG unter Absegnung durch die Bundesregierung einen Kooperationsvertrag mit der südafrikanischen Gesellschaft für Urananreicherung geschlossen. Die Bremer Firma Varian Mat lieferte dafür Isotopenmeßgeräte, Steigerwald Computer. Jahrelang hat die SPD/FDP-Regierung dies bestritten. Jetzt fragt die SPD am 6.7.83 scheinheilig an: „Wird die Bundesregierung den Export ... nukleartechnologische(r) Güter ... unterbinden?“

Ganz anders als in Bezug auf Südafrika die Absicht, mit der die westdeutschen Imperialisten Rüstungsgüter an die anderen afrikanischen Staaten liefern. Über die Waffengeschäfte kommen westdeutsche Berater ins Land, Kontakte mit dem Offizierskorps, einem wichtigen Teil des Staatsapparates, können aufgenommen, darüber wieder weitere Geschäfte getätigert werden. Teilnahme an Waffenübungen werden möglich, genauere Kenntnis des Landes können sich die Imperialisten verschaffen. Alles gute Grundlagen, um eine weitere Bindung an die BRD zu schaffen. Zwischen

1974 und 1980 lieferten westdeutsche Rüstungskonzerne an: Ägypten, Tunesien, Algerien, Kenia, Togo, Marokko, Sudan, Somalia, Sambia, Zaire, Äthiopien. Exportgeschäfte waren 1981 u.a.: Elfenbeinküste 6 Alpha-Jet, 6 Optionen; Marokko 10 DO-28D-2 Transportflugzeuge, 24 Alpha-Jet; Kamerun 3 DO-28D-1 Transportflugzeuge; Nigeria 1 MEKO-Fregatte, 3 Schnellboote; Tunesien 3 Schnellboote; Malawi 6 DO-28D-2 Transportflugzeuge.

Quellenhinweis: Africa Temporary Record, Hrsg. Colin Legum, 1979/80, 1980/81; U. Albrecht u.a. Mit Rüstung gegen Arbeitslosigkeit? rororo aktuell 5122; Bundestagsdrs. 10/230



Alpha-Jet: Gegen imperialistische Angriffe von geringem Nutzen, einsetzbar gegen Aufstände

be sind geschlossen und werden liquidiert, ein siebenter wird privatisiert, die Staatsausgaben – Schulwesen ausgenommen – werden um 15 Prozent gekürzt. Der Traum von der Industrialisierung Togos ist ausgeträumt ... Damit ist der Weg frei für eine neuerliche Umschuldung, die dritte seit 1979 ... Gut geht es nur zwei Betrieben, der Brauerei ... und der Fleisch- und Wurstfabrik, beides deutsche Privatinvestitionen.“ Beide zudem, fügen wir hinzu, im Besitz des Rosenheimer Kapitalisten März, eines persönlichen Bekannten des CSU-Vorsitzenden Strauß, der Togo schon lange seine spezielle „entwicklungspolitische Aufmerksamkeit“ angedeihen läßt. So bestätigt man „Hindernisse für die privatwirtschaftliche Tätigkeit“ der Imperialisten, so schafft ein Minister Warnke seine „Erfahrungen“, mit denen er dann die „Überlegenheit“ imperialistischer Privatwirtschaft über Staatsbetriebe in Togo beweist!

Ein Ausnahmefall? Wohl kaum, zumal die BRD-Imperialisten inzwischen mit mehr als 30 afrikanischen Staaten „Investitionssicherungsabkommen“ zum Schutz ihrer Vermögensanlagen vor Enteignung abgeschlossen haben. Und auch wenn die BRD-Imperialisten zum Zustandekommen dieser Abkommen alle möglichen Erpressungen eingesetzt haben: die hohe Zahl dieser Abkommen zeigt auch, daß die besitzenden Klassen in vielen afrikanischen Staaten dahin tendieren, sich mehr als Geschäftspartner der Imperialisten mit ähnlichen „Sicherheitsbedürfnissen“ für das eigene Eigentum denn als Gegner der Imperialisten zu verstehen und auch so handeln, bis dahin, daß sie konterrevolutionäre Bündnisse mit den Imperialisten zwecks Aufrechterhaltung und Mehrung ihres Besitzes durch Niederhaltung der Arbeiter und Bauern im Lande eingehen. Nur so ist es auch zu verstehen, wenn etwa der Staatschef Togos, Eyadema, ausgezeichnet den 100. Jahrestag der Errichtung der reichsdeutschen Kolonialherrschaft in Togo, den 5.7. 1984, zu einer Feier der „hundertjährigen Freundschaft“ zwischen der BRD und Togo nutzen will und dazu schon jetzt Strauß und Kohl eingeladen hat. Die christlich-abendländischen Afrikastrategen der BRD jedenfalls rechnen auf solche „Eigentumssicherungs“bestrebungen der besitzenden Klassen auch in anderen afrikanischen Staaten und wollen diese Bestrebungen systematisch in ihre Expansionspläne einbauen und nutzen – bis hin zu direkter bewaffneter Hilfestellung für diese Leute gegen die Arbeiter und Bauern im eigenen Land.

Quellenhinweis: Bulletin der Bundesregierung, 14. Mai 1983; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Spiegel der Presse, Ausgaben seit Oktober 1982; Beiträge zur Konfliktforschung 2/1982; Spiegel vom 14.3. und 18.4. 1983

Südafrika: Ausweitung des Polizeiterrors, Haftverschärfungen gegen die politischen Gefangenen

206022 azanische Arbeiter und Bauern sind im vergangenen Jahr von den Sicherheitskräften des südafrikanischen Kolonialregimes wegen Verstoß gegen die Paßgesetze verhaftet und verurteilt worden, 27% mehr als 1981. 128 Azanier wurden von den Polizeikräften „auf der Flucht erschossen“, 60 weitere bei anderen Gelegenheiten umgebracht.

Diesen Polizeiterror will das Kolonialregime in der nächsten Zeit weiter intensivieren. Die öffentliche Hinrichtung von drei ANC-Guerillas am 9.6. in der Hauptstadt Pretoria wegen Beteiligung an bewaffneten Angriffen auf Polizeistationen und Energieversorgungseinrichtungen des Regimes ist dafür das bislang letzte Beispiel.

Wenige Wochen davor hatte ein Gericht in Evander elf Bergarbeiter, die im April 1982 sich an einem Streik in einer Goldmine in Ost-Transvaal beteiligt hatten, wegen „Aufruhr“ und anderen „Delikten“ dieser Art zu insgesamt 27 Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Weitere 18 Bergarbeiter, die mit den elf Verurteilten seit dem Streik in Haft gehalten worden waren, wurden freigesprochen. Zwei Wochen nach diesem Terrorurteil begann ein Gericht in Welkom einen weiteren Prozeß gegen schwarze Bergarbeiter. Diese sind des „Aufruhrs“ angeklagt, weil sie sich zusammen mit 700 weiteren schwarzen Bergarbeitern einer Uranmine geweigert hatten, vier Tage nach einer Methangasexplosion in den ungesicherten Stollen einzufahren.



Gefangene auf Robben Island

Um diesem Polizei- und Justizterror weiteren Nachdruck zu verleihen, hat sich das Kolonialregime offenbar auch zu einer weiteren Verschärfung der Lage der politischen Gefangenen in den Haftanstalten entschlossen.

So hat das Justizministerium die Haftbedingungen für Nelson Mandela und andere mit ihm eingekerkerte führende Funktionäre der Befreiungsorganisation ANC in den letzten Monaten drastisch verschlechtert. Das meldeten im Mai dieses Jahres Vertreter des ANC und der Angehörigen Mandelas in London.

Seit 1964 hält das Siedlerregime den inzwischen 65-jährigen ANC-Führer inhaftiert. Jahrelang mußten Mandela und die anderen politischen Gefangenen auf der Gefangenensinsel Robben Island Steine klopfen und andere stumpfsinnigste Zwangsarbeiten verrichten. Erst nach jahrelangen Kämpfen gelang es ihnen, wenigstens eine teilweise Besserung der Haftbedingungen durchzusetzen. So konnten sie sich täglich auf dem Hof treffen, waren in Einzelzellen untergebracht, durften Sport treiben. „Aus Altersgründen“ waren Mandela und ein paar andere Gefangene zudem seit ein paar Jahren von der Gefangenearbeit befreit.

Im April 1982 wurden dann Mandela, Walter Sisulu, Raymond Mhlaba und Andrew Mlangeni, alle vier zu lebenslanger Haft verurteilt, überraschend in das Hochsicherheitsgefängnis Pollsmoor bei Kapstadt verlegt. Die Absicht des Siedlerregimes war, wie sich inzwischen nach Besuchen von Mandelas Angehörigen im Gefängnis herausstellte, sämtliche Hafterleichterungen für diese vier Gefangenen wieder zunichte zu machen.

So sind alle vier Gefangenen trotz ihres hohen Alters seit nun über einem Jahr nicht mehr aus ihren Zellen herausgelassen worden. Allen vier ist der Kontakt untereinander verwehrt. Jeder von ihnen ist stattdessen mit fremden Gefangenen in winzigen Gemeinschaftszellen eingesperrt, die nach jedem Regen unter Wasser stehen und seit Monaten nicht mehr gesundheitlich inspiert worden sind. Der ANC hat aufgerufen, gegen die Haftverschärfungen Protestschreiben an den „Officer Commanding, of Pollsmoor Maximum Security Prison as PBX4, Tokai, 7966 Cape, South Africa“ zu schicken.

Quellenhinweis: International Defence & Aid Fund (Hrsg.), Focus on political repression in Southern Africa, Nr. 44 bis 47/83. London, 1983

2000 Gefangene in Istanbul im Hungerstreik

Seit dem 6. Juli 83 befinden sich in den Istanbuler Militärgefängnissen 2500 politische Gefangene im Hungerstreik. Letzter Auslöser für diesen Hungerstreik war die Fertigstellung eines Spezialgefängnisses in Istanbul (Sagmalcilar) am 4.7.83, in das die „Führer“ des Widerstands geworfen wurden. Der Hungerstreik stellt einen gemeinsamen Versuch aller inhaftierten Gefangenen der verschiedensten Organisationen dar, sich Haftbedingungen zu erkämpfen, in denen sie überleben können. Am letzten Freitag reiste in fünf Bussen eine Delegation von 250 Angehörigen dieser Gefangenen von Istanbul nach Ankara, um dort bei Juntachef Evren zu protestieren, weil inzwischen schon 150 sich im Hungerstreik befindende Gefangene ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Die Gefangenen, die sich im Hungerstreik befinden, haben eine Resolution verfaßt, die uns zugeschickt wurde. Im folgenden Auszüge aus dieser Resolution: „... Eines dieser Zellengefängnisse wurde am 4.7.83 in Sagmalcilar eröffnet. Aus Militärgefängnissen ausgesiebte revolutionäre Inhaftierte wurden dorthin gebracht. Noch am Gefängnistor fing die Folter an. Nachdem der Inhaftierte bis zur Ohnmacht geprügelt wird, wird sein Kopf kahlgeschoren und nach Einziehung seiner Zivilkleidung wird versucht, ihm die Anstaltskleidung anzuziehen.“

... An die Welt-Öffentlichkeit, Fortschrittliche und Revolutionäre: Es war undenkbar, daß die revolutionären Inhaftierten der in Istanbul begonnenen Anstaltskleidungspraktik sich ergeben

würden. Die in Sagmalcilar in Einzelzellen eingespererten und einem blutigen Schicksal und Foltern überlassenen Revolutionäre und über 2000 andere politische Inhaftierte in den Militärgefängnissen von Istanbul haben gegen Unterdrückung, Folter und verschiedene Verbote einen unbefristeten Hungerwiderstand begonnen. Ihre Forderungen sind:

- Die Rücknahme der Anstaltskleidung und die Zurückgabe der Zivilkleidung
- Die Beendigung der Folter, Unterdrückung und aller Verbote (Anwaltsbesuch, Familienbesuch, Freigang, Zeitungen, Bücher, Papier und Stifte)
- Die Aufhebung des mit Folterabsichten errichteten Zellsystems und die Rückkehr zum Prinzip der Gemeinschaftszellen
- Die Gewährung aller Rechte der politischen Inhaftierten ...“

Zimmermann, umweltschützend

Sämtliche ab dem 1.1. 1986 neu zugelassenen Fahrzeuge müssen mit Katalysatoren zwecks besserer Verbrennung der Abgase ausgestattet werden, um so den Schadstoffausstoß, insbesondere den Ausstoß von Stickoxiden, drastisch zu verringern. Da diese Katalysatoren aber durch bleihaltiges Benzin zerstört würden, muß zum gleichen Zeitpunkt auch bleifreies Benzin bereitstehen. Das hat das Bundeskabinett am 20. Juli auf Vorschlag von Zimmermann beschlossen. Aus Kreisen der Automobilkapitalisten verlautet – nach anfänglich mürisch-mauligen Protesten – inzwischen händereibende Zustimmung. Warum auch nicht? Schon jetzt ist für Fahrzeuge, die in die USA, Japan oder die Schweiz exportiert werden, der Einbau von Katalysatoren vorgeschrieben. Auch die Herstellung von bleifreiem Benzin bereitet – wie schon die seit 1976 in Kraft getretene Senkung des Bleigehalts um damals fast 60% auf 0,15 g/l – keine größeren Probleme. Vor allem aber deutet sich schon jetzt an, daß diese Sorte Umweltschutz für so manches Geschäft gut sein wird. Nicht nur für den Degussa-Konzern, Hersteller von Katalysatoren, dessen Aktie an den Börsen schon nach

den ersten Nachrichten von Zimmermanns Plänen wie ein Goldstück gehandelt wurde. Auch die Automobilkapitalisten selbst werden kräftig zulegen können. 1500 bis 2000 DM je Fahrzeug werde der neue Katalysator kosten, vielleicht 50000 km lang halten und den Benzinverbrauch um ca. 10% steigern, heißt es aus Kreisen der Automobilkapitalisten. Und: Je einfacher das Autonomobil und der Motor, desto teurer. Womit Zimmermann gleich doppelt umweltschützend tätig gewesen wäre. Erstens durch das Vorschreiben der Katalysatoren selbst, zweitens, indem er den unteren Lohn- und Gehaltsklassen den Erwerb und die Benutzung von Fahrzeugen vollends unmöglich gemacht hätte und somit neuerlich – die Abgasentwicklung verringerte.

Offiziersausbildung auf Billig-Flaggen-Schiffen

Die Bundesregierung hat eine Sonderregelung beschlossen, wonach bundesdeutsche Kapitäne und Schiffsoffiziere in Zukunft ihre praktische Ausbildung auf Billig-Flaggen-Schiffen durchführen können. Bisher war dies nur auf Schiffen der EG, Österreichs und der Schweiz möglich. Die Gewerkschaft ÖTV protestiert energisch gegen die Ausbil-

dung auf Schiffen unter libermanischer, panamesischer und zypriotischer Flagge. Den Reedern, die die Sonderregelung begrüßen, werden damit weitere Möglichkeiten gegeben, diese Seeleute unter schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigsten Löhnen auszubeuten. In einem Protestschreiben der ÖTV fordert der stellvertretende Vorsitzende der ÖTV, Siegfried Merten, die sofortige Rücknahme der Sonderregelung und weist auf zwei Beispiele für bekanntgewordene Zustände an Bord von Billig-Flaggen-Schiffen hin, die Schiffsunglücke verursachten. Merten erklärt: „Sollen deutsche Schiffsoffiziere ihr Berufsleben ohne den Schutz der deutschen Sozial- und Arbeitsgesetze auf sicherheitstechnisch unternormigen Schiffen beginnen? Denn deutsche Arbeitsrechts- und deutsche Sozialversicherungsvorschriften finden in solchen Arbeitsverhältnissen keine Anwendung.“ Merten weist darauf hin, daß die Arbeitsbedingungen eine qualifizierte Ausbildung, die den Anforderungen der Schiffstechnik, der Verkehrssicherheit auf See, steigendem Wert von Schiff und Ladung gerecht wird, nicht ermöglichen. Die ÖTV lehnt die Begründung der Bundesregierung – die schlechte Arbeitsmarktlage der betroffenen Seeleute – strikt ab.

„Fälschungssichere“ Seriennummer

Die „Liberale Vereinigung“ in Hamburg weist in einer Pressemitteilung darauf hin, daß die Einführung des neuen Personalausweises zum 1. November 1984 entgegen den Behauptungen und Beteuerungen von CDU, CSU, FDP und SPD die Möglichkeit in sich birgt, Personalkennziffern zu vergeben. Die stellvertretende Vorsitzende Stadler-Euler, die unter anderem die Klage gegen das Volkszählungsgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht erhoben hat, führte aus, die Seriennummer des Personalausweises, die bisher den Eindruck erwecke, als handele es sich lediglich um eine Formularnummer, sei in Wirklichkeit „der Schlüssel, um in Computern gespeicherte Daten zu erschließen“. Das Innenministerium dementierte auf unsere Nachfrage diese Feststellung und verwies auf den Text des Gesetzes, der festhält: „Der Personalausweis darf nicht zur automatischen Einrichtung oder Erschließung von Dateien verwendet werden.“ Allerdings – die Erstellung der Personalausweise erfolgt zukünftig vollständig in der Bundesdruckerei. Deren Aufgabe ist nicht mehr nur der Druck von Formularen, sondern die Erstellung des gesamten Ausweises. Erstmals zentralisiert die BRD so die Identitätsdaten von – so schätzt die Bundesregierung – 50 Millionen. Die Möglichkeit, über die Seriennummer des Ausweises so einem jeden Personalausweisträger eine eindeutige Kennziffer zuzuweisen, besteht, die „Seriennummer“ braucht bloß entsprechend gestaltet sein. Da ein jeder „Deutscher“ über 16 Jahren bei Strafe verpflichtet ist – sofern er bislang noch keinen Personalausweis zur amtlichen Erfassung besitzt –, binnen eines Jahres sich dieses Dokument oder bei Ablauf seines alten Ausweises innerhalb der nächsten fünf Jahre gegen Zahlung von 10 DM zu beschaffen, ist die Vergabe der Seriennummer an jeden Strafmündigen innerhalb eines doch relativ kurzen Zeitraums geregelt. Die Verwendung dieser Nummer bei Strafverfolgung, bei Durchforstung der entsprechenden Polizei- und Gerichtskarten, über die der westdeutsche Staatsapparat zur Genüge verfügt, kann erfolgen, wenn die computermäßige Bearbeitung dieser Dateien entsprechend eingeleitet ist.

Öffentlicher Dienst

Neue Arbeitszeitformen und flexible Arbeitsstrukturen in Ausarbeitung

Bei der nächsten Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder am 21. Oktober in Stuttgart will Baden-Württemberg eine gemeinsame Haltung aller Bundesländer erreichen in Bezug auf Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst. Dabei gelte es, so Ministerpräsident Lothar Späth, die starren Fronten in der Arbeitszeitdiskussion zu überwinden, denn die Alternative „40-Stunden-Woche oder arbeitslos“ führe ebenso in die Sackgasse wie die Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche bei Lohnausgleich.

Das neue Gesetz soll vielmehr folgendes erfüllen: kostenneutrale, neue Arbeitszeitformen, flexible Arbeitszeitstrukturen in Bezug auf die Anforderungen der Wirtschaft und dabei muß die entsprechende gesetzgeberische Kompetenz für laufende Änderungen weitreichend sein, Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung und daraus folgender eventueller Neueinstellungen für eine begrenzte Zeit durch einen „Solidarbeitrag“ der „Arbeitbesitzenden“.

Für diese Arbeitsaufträge wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe gegründet, die die Beratungsgrundlage für die Ministerpräsidentenkonferenz erstellen soll. Ähnliche Vorlagen von Hessen und Hamburg im Bundesrat konnten durch das Veto von Baden-Württemberg abgeschmettert werden, begrenzen sie sich doch nur auf die Erweiterung der Teilzeitbeschäftigung von Beamten.

Die flexiblen Arbeitszeitformen lassen sich in drei Schwerpunktbereiche aufteilen: a) Einführung und Nutzung der Heimarbeit, b) Erweiterung der

Teilzeitarbeit und c) der kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit, die schon im Einzelhandel angewandt wird.

Zu letzterem haben die Kultusministerien schon Verwaltungsvorschriften erlassen, die den variablen Einsatz der Regelstundenmaße bei Lehrern regeln. Der baden-württembergische Kultuserlaß vom Mai dieses Jahres regelt denn auch zum Beispiel, daß nicht erbrachte Stunden eines Lehrers in einem Schuljahr durch Übernahme von Aufgaben der Schulleitung ausgeglichen werden können, bzw. im nächsten oder darauf folgenden Schuljahr erbracht werden müssen. Umgekehrt, daß diejenigen Lehrkräfte, deren Fächerkombination besonders benötigt werden, von „Sonderaufgaben“ freigestellt werden und, wenn diese organisatorische Maßnahme nicht ausreicht, unbezahlte Mehrarbeit verrichten sollen. Die Mehrarbeit wird dann nicht vergütet, sondern soll im nächsten Jahr wieder ausgeglichen werden.

Die Gesetzesinitiatoren lassen bei all dem erkennen, daß ihr erstes Ziel eine bessere Ausnutzung und Vernutzung vorhandener Arbeitskräfte ist und im Ergebnis mit Lohnsenkungen einher gehen muß. Diese Vorstellung beschreibt auch das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums vom 25. Juni unter dem Titel: „Vermindert Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit?“ Dies Gutachten unterbreitet Kapitalistenverbänden und Dienstherren Argumente gegen die 35-Stunden-Woche und gibt ihnen gleichzeitig Anregungen zur stärkeren Kapazitätsausnutzung

durch flexibleren Arbeitskräfteeinsatz etc. Wenn dies alles machbar ist bei verkürzter Arbeitszeit und gesenktem Lohn, ist's den Kapitalisten und Dienstherren auch recht.

Gerade die Dienstherren wollen mit ihren reichhaltigen Vorschlägen die Arbeitszeitverkürzung zu einem Spektakel machen, wo es nicht mal eine geschützte 40-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst gibt, und ein Problem aufbauen zwischen „Arbeitbesitzenden“ und „Arbeitslosen“, das dann über christliche Taten nach dem Motto „Wir sind im Anspruchs- und Besitzstandsenken weit geübt als im Teilen“ (Sozialminister Schlee) oder Finanzminister Palm: „Es ist nicht zu rechtfertigen, daß das 13. Monatsgehalt des Vaters vor dem ersten des arbeitssuchenden Sohnes kommen soll“, geregelt werden soll.

Quellenhinweis: Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 25. Juni 1983; BWK, Nachrichtenheft öffentlicher Dienst, Nr. 24/83; Staatsanzeiger Baden-Württemberg

Mutterschaftsprämie Reaktionäres von Strauß zur Nachwuchsförderung

„3 Babys ausgesetzt, 1 ermordet, 1 verhungert, 1 lebt“. Was veranlaßt die Bild-Zeitung zu dieser Meldung auf Seite 1, offensichtlich als einen Hinweis darauf, daß in der BRD elende Lebensumstände vorhanden sein müssen, daß solch verzweifelte Taten wie Kindstötung begangen werden? Nur einen Tag vor dieser Meldung in Bild kritisierte Strauß auf dem CSU-Parteitag die Bundesregierung wegen der beabsichtigten Kürzung des Mutterschaftsgeldes. Familienminister Geißler gab dieser Tage in einem „Positionspapier Familienpolitik in der 10. Legislaturperiode“ ebenfalls ein düsteres Bild rückläufiger Geburtenzahlen, die „vor allem soziale Gründe“ hätten. Auch aus Kreisen der Kirchen sind in den vergangenen Monaten verschiedentlich mahnende Worte an die Bundesregierung gegangen, die auf eine dramatische Zuspitzung der Lage insbesondere bei den Haushalten hinweisen, die von gekürzter Sozialhilfe zu leben haben.

Die Reaktion hält „Familienförderndes“ für dringlich. Wie nun soll jeder, der nur wolle, in den Genuss von Mutterglück und Vaterfreuden gelangen, auch wenn sein Lohn sinkt oder bei unsteter Beschäftigung jede Existenzsicherheit schwindet?

Strauß nimmt sich des Problems an: „Darum rege ich an, einmal zu prüfen, daß man Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld, Kindergeld in ein System zusammenbringt und zwar in ein System, in dem Müttern ein Mutter-



Diejenigen, die den „Opfergang“ predigen und den „Aderlaß“ vorbereiten, sind selbst die größten Pharisäer.

schaftsgeld in Höhe des doppelten Regelsatzes der Sozialhilfe, das wären etwa 670 DM, gewährt wird. Bei einem Kind für ein Jahr, bei einem zweiten Kind für zwei Jahre, bei einem dritten Kind für drei Jahre.“

Diese Sorte Mutterschaftsprämie böte mehrere Vorteile:

1. Die Familiengründung auch bei niedrigen Einkommen scheint erleichtert. 670 DM monatlich, die bei zwei Kindern, im Jahresabstand zur Welt gebracht, über drei Jahre hinweg gezahlt würden, könnten die Aufgabe der Lohnarbeit durch die Frau (zumal wenn sie schlecht bezahlt oder unster ist) als lohnend erscheinen lassen.

2. Selbst wenn mit der Aussicht, nach wenigen Jahren ohne jegliche Kindergeldzahlung auskommen zu müssen, nicht viele wenig verdienende Lohnabhängige sich von dieser Mutter-

schaftsprämie zum großen Kindersegen drängen lassen, wäre eine schärfere Anwendung des § 218 immerhin möglich: Arbeitslos als Grund für Abtreibung? Kommt nicht mehr in Frage!

3. Ein Vergleich der Summen, die bisher als Kindergeld bis zum 18. Lebensjahr gezahlt wurden und des Straußschen Mutterschaftsgeldes erhellt weitere Absichten: Bei einem Kind: bisher 10800 DM, nach Strauß 8040 DM; bei zwei Kindern: bisher 32400 DM, neu 24120 DM; bei drei Kindern: bisher 47520, neu 48240 DM. Bei den besser verdienenden Empfängern der Mutterschaftsprämie ließe sich die zur besonderen Nachwuchsförderung verwenden: 48000 DM für drei Sprößlinge, etwa als Ausbildungsversicherung angelegt, lassen die Zukunft in rosigem Licht erscheinen.

Quellenhinweis: Bild, 18.7.83; Bayernkurier, 23.7.83

Länderinnenminister darauf nicht einigen, soll wenigstens der Bundesgrenzschutz mit diesen Waffen bestückt werden.

Wer immer die SPD in der Hoffnung gewählt haben mag, sie werde dem Kampf gegen solche Art Unterdrückung im Parlament und da, wo sie Regierungspositionen innehat, zumindest nicht im Wege stehen, ist inzwischen eines besseren belehrt worden. Der sozialdemokratische Innenminister von NRW führt vor, wie sogenannte „Chaoten“ und „Gewalttäter“ auf Grundlage der bestehenden Gesetze in Vorbeugehaft genommen werden können, wie man sie von 2700 Polizisten zusammenknüppeln lässt, wie die Polizei zwecks „Beweissicherung“ ein Kommunikationszentrum überfallen kann, über hundert Jugendliche festnehmen und erkennungsdienstlich behandeln kann und wie „Autonome“ auf offener Straße zu verhaften sind. Als nächstes wird er „Autonome“ und andere gleich als „kriminelle Vereinigung“ verfolgen und einsperren lassen.

Dieser Innenminister führt jetzt die Kritik der SPD an den Gesetzesvorhaben des Bundesinnenminister Zimmermann an. Darüber, daß „Gewalttäter“ eingesperrt gehören, besteht Einigkeit. Bedenken hat Schnoor dagegen, „mit der Rasenmähertaktik vorzugehen, die Disteln und Blumen gleichermaßen erfaßt“. Ihre alternativen Vorstellungen, wie jede revolutionäre Bewegung iso-

Demonstrationsstrafrecht

Zimmermann will Freibrief für die Zerschlagung von Demonstrationen

Wer ist der bessere Staatsschützer, Wahrer von Recht und Ordnung und Hüter der Inneren Sicherheit in der BRD, Bundesinnenminister Zimmermann oder der sozialdemokratische Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Schnoor?

Zimmermann hat im Kabinett darauf gedrungen, daß durch Erweiterung des Landfriedensbruchparagraphen (§ 125 StGB) in Zukunft auch diejenigen Personen mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr verfolgt werden, „die beim Ausbruch von Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen in einer Menschenmenge eine polizeiliche Aufforderung zum Auseinandergehen nicht befolgen“. Von der Strafandrohung sollen solche Personen ausgenommen sein, die sich „ausschließlich dienstlich oder beruflich in der Menschenmenge aufhalten“. Gemeint sind damit vor allem Polizeispitzel und Polizeiprovokatoren, die in Zukunft offenbar verstärkt eingesetzt werden sollen, um Vorwände für die Auflösung mißliebiger Demonstrationen zu liefern. Des Weiteren sollen solche Personen von der Strafandrohung ausgenommen sein, die „erweislich auf die Gewalttäter mäßigend einzuwirken versuchen“.

Für jeden Beschuldigten wird die Beweislast umgedreht. Kann er nicht nachweisen, daß er „echter Abwiegler“ ist, ist er schuldig. In einer gemeinsamen Erklärung stellen Innen- und Justizministerium ausdrücklich fest, daß mit „Gewalttätigkeiten“ auch „sogenannte passive Gewalt“ wie zum Beispiel Blockaden oder ähnliche Aktionen gemeint seien. Zimmermann will als nächstes das gesetzliche Verbot

der „passiven Bewaffnung“ und der „Vermummung“.

Ziel aller dieser Vorhaben ist, einer brutalisierten Polizeimeute die gesetzliche Rückendeckung für jeden gewünschten Einsatz zu geben. Zimmermann: „Ich setze die Sicherheitsorgane, lieber Freund, in die Lage, daß sie



Einsatz von Gummigeschossen im Krieg gegen die IRA in Nordirland

handeln können und daß sie nicht bei jeder Entscheidung, die sie treffen müssen, mit der Stange im Nebel rumwandeln.“ Zimmermann erklärt offen, daß er in Zukunft die „Autonomen“ und andere vorbeugend jagen und einsperren lassen will: „.... diese Leute möchte ich, bevor sie überhaupt Gewalttaten begehen können, aus strafrechtlichen Gründen festnehmen.“

Damit die Polizei dann auch kann, was sie soll und darf, soll sie bis zum Herbst mit Gummigeschossen und CS-Gas ausgerüstet sein. Falls sich die

liert und zerschlagen werden soll, wie Grüne, Friedensbewegung und Gewerkschaften an die Kandare des Inneren Friedens genommen werden können, läßt die SPD von Leuten vortragen, die jahrelange Erfahrung in Sachen Polizeiunterdrückung und Aburteilung von Demonstranten haben: G. Schröder, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei ist dagegen, „daß der Polizei der Schwarze Peter zugeschoben wird“. BGH-Präsident Pfeiffer warnt: „Durch die erwogene Änderung des Demonstrationsstrafrechts

droht eine erhebliche Belastung der Justiz ... Zweifelhaft ist auch, wie die neue Vorschrift je durchgesetzt werden soll ... Ein Strafgesetz, das nicht durchgesetzt werden kann, erschüttert das Vertrauen in die Gesamtrechtsordnung.“ Ähnlich haben sich der Deutsche Richterbund und der Deutsche Anwaltsverein geäußert.

Bei soviel fachkundigen Bedenken, ob auf die angestrebte Art und Weise das gemeinsame Ziel erreicht werden kann, warnt die „FAZ“ die Unionsparteien davor, die erreichte Einigung mit der FDP „durch die Forderung des Vermummungsverbots zu belasten“. Das „Handelsblatt“ wirft ein: „Für die FDP ist jedenfalls die Demonstrationsrechtsverschärfung kein Ruhmesblatt, mit dem sie ihre verzweifelten Versuche nach Wiedererlangung einer soliden Basis in den Ländern beflügeln könnte.“ Innerhalb der Bourgeoisie ist durchaus umstritten, wie sich eine konservative Mehrheit am besten festigen und ausdehnen läßt und wie Gewerkschaftsbewegung, Friedensbewegung und Grüne am wirkungsvollsten gespalten, zersetzt und unterdrückt werden können. NRW-Innenminister Schnoor will die nötige Einheit aller staatstragenden Kräfte am liebsten durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts herstellen. Bis dahin wäre nämlich praktisch entschieden, ob sich die geplanten Verschärfungen des Demonstrationsstrafrechts durchsetzen lassen oder nicht.

Auch ohne Verabschiedung der neuen Gesetze will die Bundesregierung bis zu den Demonstrationen und Aktionen gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen im Herbst eine Lage schaffen, in der die Gesetze faktisch angewandt werden können. NRW-Innenminister Schnoor hat schon angekündigt, daß er „Gewalttäter“ aus der Menge der Demonstranten heraus „festnehmen und gleich mitnehmen“ lassen will. Die von General Bastian in Krefeld eingeleitete Distanzierung von Teilen der Friedensbewegung gegenüber den „Autonomen“ soll die angedrohten staatlichen Gewaltmaßnahmen durch Wohlverhalten vermeiden. Wenn solche Bestrebungen nicht zurückgedrängt werden können, wird das genaue Gegenteil der Fall sein. Der Zweck des neuen Demonstrationsstrafrechts ist nämlich die Auflösung und Zerschlagung jeder mißliebigen Demonstration. Ein Angebot von Demonstranten, sich solchen Gesetzen zu unterwerfen, bevor sie rechtskräftig sind, wird der Staatsapparat konsequent wahrnehmen. Indem er nämlich bei der Jagd nach den „Gewalttätern“ gleich die ganze Demonstration zerstößt.

Quellenhinweis: FAZ, Handelsblatt, versch. Ausgaben; Der Spiegel, 28/83; Stern 30/83; Bonner Perspektiven 37/83; rechti, eine Information des Bundesministers der Justiz, 46/83

Türkeibesuch Zimmermann will noch mehr ausliefern

Bundesinnenminister Zimmermann hat von dem Mitglied der türkischen Militärregierung, Innenminister Cetiner, 180 Auslieferungsanträge in die BRD mitgebracht. Bei der Auslieferung von 135 Linken, deren Akten bereits an die Bundesregierung übergeben worden waren, hat er Cetiner zügige Bearbeitung zugesagt. Die türkische Presse zitierte Zimmermann: „Linke und rechte Terroristen werden wir vom Boden verschwinden lassen.“ Für den Herbst ist ein Treffen der „Antiterroristen-Spezialisten“ in Vorbereitung, und die Führungsspitze des Bundes-



Asylbewerber in Westberlin

grenzschatzes soll nach Ankara reisen. Man muß jetzt damit rechnen, daß ein Verbot von weiteren türkischen revolutionären Organisationen geplant ist.

Die Zusammenarbeit in Bourgeois-Sicherheitsfragen zwischen der Militärjunta und der Bundesregierung, die jetzt durch den Türkeibesuch von Zimmermann bestätigt wurde, funktioniert auch bisher schon reibungslos. In einer Kleinen Anfrage hat die SPD-Fraktion im Bundestag die Bundesregierung über die diesbezügliche (nicht neue) Praxis befragt. Die SPD-Fraktion geht ganz offensichtlich davon aus, daß die deutschen Behörden Angaben von Asylbewerbern aus Asylverfahren an die türkischen Behörden weiterleiten mit der „Anregung“ zu prüfen, ob die Türkei nicht ein Auslieferungsersuchen an die Bundesrepublik richten will.

Der SPD-Abgeordnete Bachmaier geht in einer Frage an die Bundesregierung davon aus, daß alle abgeschobenen Türken und Asylanten, die einen

erfolglosen Asylantrag in der BRD gestellt hatten, von den türkischen Behörden an der Grenze festgenommen werden. Staatsminister Möllemann erklärte in der Antwort, daß diese Festnahmen tatsächlich durchgeführt werden. Die Dauer der Festnahmen hing u.a. von Schwierigkeiten bei der Überprüfung ab: „Wenn Nachfragen bei verschiedenen Behörden erforderlich werden, kann sie (die Festnahme, d. Red.) insbesondere bei teilweise schlechten Kommunikationsmöglichkeiten (Störungen in der Telefonleitung) eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.“ Tatsache ist, daß die Militärjunta im türkischen Strafgesetzbuch festgelegt hat, daß jedermann, der in „schädigender Weise über die innere Lage des Staates im Ausland grundlose, übertriebene oder von Privatzwecken bestimmte Nachrichten verbreitet ... mit nicht weniger als fünf Jahren schweren Kerkers bestraft wird“. Somit können natürlich alle Asylbewerber und auch viele der Abgeschobenen nach geltendem Recht zu Gefängnis verurteilt werden und es gibt inzwischen auch Nachrichten genug, daß die Militärregierung Lager für Asylanten eingerichtet hat.

Die Kaltschnäuzigkeit, mit der die Bundesregierung die Asylanten behandelt, wird noch vermutlich in diesem Jahr in einer Gesetzesänderung ihren Niederschlag finden. Bis zum 1.8.83 wird die Innenministerkonferenz den Ministerpräsidenten der Länder einen Bericht über die Wirkung des Asylverfahrensgesetz vom 1.8.82 vorlegen, in dem geprüft wird, ob das Asylgesetz verschärft werden soll.

Quellenhinweis: TAZ vom 19. und 22.7.83; Bundestagsdrucksache 10/140 v. 8.6.83 und 10/174 v. 17.6.83

Bundesverband Druck Umsatz je Arbeiter um 8,3% gestiegen

Im Juni legten Präsident Hans Friedrich Sutter und Hauptgeschäftsführer Hubertus Loß vom Bundesverband Druck ihren Jahresbericht 1982 vor. Der Umsatz im ersten Quartal 1983 verglichen mit dem ersten Quartal 1982 konnte nominal um 0,8% auf 5,171 Mrd. DM von den erfaßten ca. 2000 Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten gesteigert und real mit minus 0,4% fast gehalten werden. Damit konnte der Umsatz je Beschäftigten um 6,9% und bezogen auf die Arbeiter sogar um 8,3% gesteigert werden. Da die Arbeiterstunden etwas weniger gefallen sind (- 6,5%), als die Zahl der Arbeiter reduziert worden ist (- 7,0%), kann sogar parallel zu diesen Entlassungen eine Zunahme der Überstunden vorliegen, was noch genauer untersucht wer-

den muß. Die Lohn- und Gehaltssumme fiel um 0,9%.

Um für die Umsatzentwicklung einen konstanten Faktor zu schaffen, hat sich der Bundesverband Druck beim Bundesinnenministerium bemüht und kann jetzt einen „erfreulichen Lichtblick“ erkennen. Die behördeneigene Drucktätigkeit soll auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden, und Druck- und Vervielfältigungsarbeiten sollen an gewerbliche Druckereien vergeben werden.

Wie bei anderen angestrebten Privatisierungen von Dienstleistungen des öffentlichen Dienstes wird diese Produktion in kleinen Klitschen mit niedrigen Löhnen und Gehältern abgewickelt – Mittelstandsförderung. Und Arbeitszeiten je nach Bedarf und Tageszeit.

Die Verbandssprecher der Druckkapitalisten bewerten die letzten beiden Lohntarifrunden plus der danach einsetzenden betrieblichen Effektivlohnpolitik als eine gelungene Aktion: „Den negativen Entwicklungstendenzen der vergangenen Monate stehen allerdings auch positive gegenüber. Und zu diesen ist zu zählen, daß der steile Anstieg der Personal- und Materialkosten aus dem Jahre 1981 in den vergangenen zwölf Monaten hat gestoppt werden können.“ Etwas verwunderlich ist deshalb die Stellungnahme der druck + papier 14/1983 zum Jahresbericht.

Der Artikel endet mit der Frage: „Wäre es denn da nicht sinnvoller, der Bundesverband Druck würde den Kurs der Lohndrückerei aufgeben, und innerhalb des Unternehmerlagers darauf hinwirken, daß in Zukunft wieder Einkommensverbesserungen möglich sind, die über der Preissteigerungsrate liegen?“ – Lohnkampfstrategie 1984? Die kampfstarke IG Druck und Papier hofft auf Einsicht bei den Kapitalisten.

Quellenhinweis: druck + papier 14/83; druckwelt 13/83

TARIFRUNDE 1983



DRUCKINDUSTRIE

3,2 Prozent lineare Erhöhung für alle Arbeitnehmer und Auszubildende



Industriegewerkschaft Druck und Papier

35-Stunden-Woche

IGM-Ziele nicht eindeutig, Gesamtmetall greift Normalarbeitstag an

Die von der IGM beschlossene Forderung und begonnene Kampagne für die 35-Stunden-Woche hat bisher keineswegs bewirkt, daß sich die Metallkapitalisten auf Abwehr einstellen würden. Im Gegenteil, unter dem Stichwort „Flexibilisierung“ fordern sie die Aufhebung von Bestimmungen, die irgendwie noch einen Normalarbeitstag mit festem Anfang und festem Ende

gewährleisten.“ Da solche Arbeitszeitpolitik „flexibel“ auf betriebliche Bedürfnisse zugeschnitten sein sollte, fordert Gesamtmetall, Tarifverträge generell wieder zu „Mindestbedingungen“ zu machen, in die „Differenzierungen“ aufgenommen werden, z.B. „Ortsklassenabschläge je nach Arbeitslosenquote in den verschiedenen Arbeitsamtbezirken; Altersabschläge



Ausschnitt aus Titelblatt „Metall“ 14/83

bewirken. Mit Regelungen, die ihnen ermöglichen, Arbeitszeiten nach Dauer und Lage so zu bestimmen, wie es gerade zu ihren Geschäften paßt, eine weitere Verschärfung der Arbeitsintensität bewirken und sie nichts kosten, wären sie schon einverstanden.

Gesamtmetall hat mit einer Auswertung der verschiedenen „Arbeitszeitverkürzungsmodelle“ in westeuropäischen Ländern begonnen und dabei „Sympathien entdeckt“ für das niederländische Modell einer „vereinbarten Jahresarbeitszeit, die von Betrieb zu Betrieb im Rahmen dieser Festlegung unterschiedlich ausgeführt werden kann“. „Eine solche vertraglich festgelegte Jahresarbeitszeit könnte z.B. dazu benutzt werden, die Arbeitsleistung der Produktion und dem Konjunkturverlauf anzupassen. Auch individuelle Regelungen bieten sich an, wie Teilzeitarbeit und Job-Splitting, ferner flexible Arbeitszeitregelungen für bestimmte Arbeitnehmergruppen mit dem Ziel, die Auslastung teurer hochtechnischer Maschinen rationeller, aber auch kostengünstiger als bisher zu

für Jugendliche; weitere Spannung zwischen der Entlohnung des unqualifizierten Arbeiters und des Facharbeiters“. (Zitate aus Handelsblatt). Wie kann Gesamtmetall es sich erlauben, im Rahmen der Auseinandersetzung um eine Arbeitszeitverkürzung, zum Zeitpunkt, da die IGM mit 10-Wochen-Streik und einer Streikkasse von einer Milliarde DM droht (Bild, 9.7.1983), zum Frontalangriff auf den Normalarbeitstag und auf tariflich erkämpfte Positionen zu blasen?

Die IGM tritt zwar der geforderten „Flexibilisierung“ und der „Differenzierung in Tarifverträgen“ entgegen, formuliert selbst aber keine eindeutigen Ziele. Fordert der IGM-Hauptvorstand tatsächlich die Arbeitszeitverkürzung um fünf Stunden auf einen Schlag oder doch einen Mehrjahresstufenvertrag? Wird der 7-Stunden-Tag als Normalarbeitstag angestrebt oder z.B. ein früheres Arbeitsende am Freitag? Die in den 50er-Jahren von der IGM erhobene Forderung nach Abschaffung der Samstag-Arbeit war ein eindeutiges Ziel mit einer wirklichen

Verbesserung am Ende. Auf der Lohnseite fordert die IGM offiziell zusätzlich zum vollen Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung den Ausgleich der Preissteigerungsrate, was auf ein Forderungsvolumen von ca. 18% hinausläuft. Wer fragt sich da nicht, wie das 1984 gehen soll, wenn in den letzten Jahren, wo es nur um die Lohntarife ging, nicht mal der Inflationsausgleich erreicht wurde? Muß man da nicht eher befürchten, daß die Löhne im Tausch gegen Arbeitszeitverkür-

zung noch tiefer rutschen? Wie soll sich die Gewerkschaftsbewegung auf richtige Ziele einigen, wenn nicht von vornherein festgelegt wird, um wieviel und wie die Arbeitszeit verkürzt werden soll, was auf der Lohnseite herauskommen soll, wenn jeder vermuten kann, daß etwas anderes angestrebt wird, als offiziell propagiert?

So wie sich die Sache entwickelt, ist wirklich nicht sicher, daß die Arbeiterbewegung am Ende besser dasteht als vorher. Der Widerspruch, daß die

IGM zwar offiziell sehr viel fordert, praktisch aber nichts unverrückbar und fest formuliert hat, verschafft Gesamtmetall erheblichen Spielraum zur Konterpropaganda. „Nach einer von Gesamtmetall veranlaßten Umfrage in der Metallindustrie sprechen sich nur 39% der dort Beschäftigten, aber 71% der Metall-Funktionäre für die 35-Stunden-Woche aus. Mit den Funktionären allein wird aber auch die IG Metall die Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich nicht durchsetzen können“, spekuliert die FAZ am 9.7.1983.

Zwangsläufig ist eine solche Entwicklung der Kräfteverhältnisse nicht. Der in der „IGM-Bestandsaufnahme“ festgestellte Schub von Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit, die erhebliche Zunahme der Belastung ist die Erfahrung der Masse der Metallarbeiter und -angestellten. Schranken gegen die Intensivierung der Arbeit und Regelungen in Richtung Normalarbeitstag mit festem Anfang und festem Schluß durchzusetzen, die dauernden Lohnsenkungen zu stoppen, sind ihre Interessen.

Auf jeden Fall müßte deshalb im nächsten Jahr eine Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt werden. Eine Präzisierung der Gewerkschaftsforderungen auf z.B. zwei Stunden weniger, 150 DM mehr, würde den Interessen gegen Intensivierung und Lohnabbau gerecht, und hätte den Vorteil, daß man klar wüßte, worum gekämpft werden soll, und man sich darauf einigen könnte.

Für den Herbst hat die IGM Aktionen zur Vorbereitung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche angekündigt: „Mehrarbeit kontrollieren“ und „Leistungsbedingungen sichern“. Sollten diese Aktionen gerichtet werden gegen die Intensivierung der Arbeit und für den Normalarbeitstag, wären sie sicher sinnvoll.

Quellenhinweis: Der Gewerkschafter 7/83; Handelsblatt vom 29.6. bis 16.7.1983; FAZ vom 9.7.1983; Bild vom 9.7.1983.

Schichtarbeit Bisher 127 Verträge über Freischichten

5,5 Mio. westdeutsche und 0,8 Mio. ausländische Beschäftigte, zusammen etwa 28% aller Lohnabhängigen in der Bundesrepublik mußten 1979 regelmäßig oder gelegentlich Schicht arbeiten, davon 3,9 Mio. ständig (3,1 Mio. deutsche und 0,8 Mio. ausländische Arbeiter). Diese Zahlen über die westdeutschen Schichtarbeiter veröffentlichte 1981 eine Untersuchung des Bundesarbeitsamtes. Der DGB hat jetzt eine Zusammenstellung herausgebracht, die dokumentiert, daß die Gewerkschaften

IGM-Bestandsaufnahme gegen negative Folgen von Rationalisierung und technischem Wandel

Die Erhebung wurde vom Sommer 1982 bis Frühjahr 1983 bei Betriebsräten aus über 1000 Betrieben durchgeführt, erfaßt 15% aller Metallbetriebe und 30% alle Beschäftigten der Metallindustrie, gibt repräsentative Ergebnisse für Metallbetriebe mit mehr als 100 Beschäftigten.

Insbesondere im letzten Jahr hat ein enormer Rationalisierungsschub stattgefunden, der weiter anhält. Zunehmend betroffen sind insbesondere die beschäftigungsintensiven Bereiche Montage und Verwaltung. Kern dieser Rationalisierungswelle ist die Fertigungssteuerung.

Veränderung der Arbeitsbelastungen: Der Trend zu weiterer Arbeitszeitteilung und wachsendem Leistungsdruck ist ungebrochen. Soziale Isolation nimmt insbesondere im Angestelltenbereich stark zu. Durchgängig wird von der Zunahme psychischer Belastungen berichtet. Der unmittelbare Einfluß der Arbeitenden auf die Arbeitsprozeßgestaltung nimmt ab. Die Leistungsintensivierung über technische Vorgaben nimmt zu.

Qualifikation und Einkommen: Hier zeichnet sich eine Krise ab. Das Lohn- und Gehaltssystem reagiert bei Qualifikationsveränderungen aufgrund der technologischen Entwicklung zeitlich verzögert, nach unten flexibel und nach oben starr. Der Inhalt der Qualifikationsanforderungen unterliegt einem Wandel (sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte). Die Qualifikationsanforderungen werden abwechslungsärmer und inhaltsleerer. Wahrscheinlich ist damit der Prozeß der zunehmenden Kontroll- und Steuertätigkeit angedeutet.

Technologieberatung: Die Ansätze im Angestellten- und Arbeiterbereich haben nicht ausgereicht, um Arbeitsschutz und Arbeitsgestaltung angemessen sicherzustellen. Völlig unlöste Probleme sind: Arbeitstempo, psychische Belastungen, Leistungs kontrolle und soziale Isolation. Diese Sachverhalte werden häufig als Pro-

Belastungsentwicklung in den letzten zwei Jahren (Angaben in % der befragten Betriebe)

Art der Belastung	Zu-	Ab-
	nahme	
<i>Angestelltenbereich</i>		
Arbeitstempo	28	3
Zwangshaltungen	37	3
Augenbelastungen	68	1
Lärm	17	12
Monotonie	34	3
soziale Isolation	68	1
Schichtarbeit	12	7
<i>gewerblicher Bereich</i>		
Arbeitstempo	77	1
körperl. Schwerarbeit	13	38
Zwangshaltungen	27	15
Umgebungsbelastungen	24	27
Gefährl. Stoffe	25	20
Lärm	41	32
Monotonie	41	7
Kurze Takte	33	8
soziale Isolation	35	4
Schichtarbeit	43	16

blem, kaum jedoch als geregelt berichtet.

Beschäftigung: Die Betriebsräte berichten für die letzten Jahre überwiegend von einem Abbau von Arbeitsplätzen. Technisch innovative Betriebe (Merkmale: breiter Einsatz neuer Technologien) entlassen genauso häufig wie die übrigen Betriebe. Sie nehmen jedoch häufiger Neueinstellungen vor. Dieser Sachverhalt kann als Beleg für die These des Aufbaus „olympiareifer Mannschaften“ gelten.

Leistungs- und Verhaltenskontrolle: Die Kontrolle von Verhalten und Leistung mittels Computerkontrollsysteinen (Personalinformationssysteme, Betriebsdatenerfassung usw.) wird immer mehr zu einer Gefahr im Produktions- und Verwaltungsbereich.

Quellenhinweis: Auszüge aus: Bundesweite Bestandsaufnahme der IGM gegen negative Folgen von Rationalisierung und technischem Wandel, Juni 1983.



86% der Schichtarbeiter sind weiteren belastenden Arbeitsanforderungen ausgesetzt wie Rauch, Staub, Lärm.

in bisher 127 Tarifverträgen Freischichten oder zusätzliche Urlaubstage für Beschäftigte, die in Schicht arbeiten, durchsetzen konnten. Diesen Fortschritt im Schutz der Arbeitskraft gegen frühzeitige Vernutzung konnten die Gewerkschaften erst in den letzten Jahren und auch nur mit harten Streikkämpfen erreichen. So setzte die IG Metall mit dem wochenlangen Streik der Stahlarbeiter Ende 1978 Freischichten für Schichtarbeiter durch. Die Postarbeiter streikten Ende 1980 und vereinbarten dadurch zusätzliche Urlaubstage für Schichtarbeiter und Beschäftigte mit unregelmäßiger Arbeitszeit.

Für einige Bereiche wie Stahl, Bergbau, Chemie, Druck, Bundesbahn, Bundespost und öffentlicher Dienst gelten diese Vereinbarungen im wesentlichen für alle Beschäftigten, so daß alle, die Schicht arbeiten, Freischichten oder zusätzlichen Urlaub erhalten. Die insgesamt 127 Verträge erfassen 5,47 Mio. Beschäftigte, von denen schätzungsweise ein Drittel in Schicht arbeitet. Für mindestens 4,5 Mio. Schichtarbeiter konnten die Gewerkschaften also bisher keine Freischichtverträge durchsetzen, in der Textil-Industrie z.B. nur für die Tarifbezirke Hessen und Rheinland-Pfalz. In der Investitionsgüterindustrie etwa arbeiten insgesamt über 3,5 Mio., aber im wesentlichen nur für die Schichtarbeiter unter den 139 000 Arbeitern und Angestellten des VW-Konzerns gelten solche Verträge. Für die Elektroindustrie und den Maschinenbau gibt es keine derartigen Verträge.

Die Tarifzusammenstellung des DGB dokumentiert für

- Eisen- und Stahlindustrie: Arbeiter in kontinuierlicher Schicht haben ab 1981 sechs Freischichten, Beschäftigte über 50 Jahre erhalten zusätzlich drei Freischichten pro Jahr
- Steinkohlebergbau: Arbeiter, die im Jahr mindestens 32 Nachschichten fahren, bekommen eine Freischicht; bei 64 Nachschichten 4 Freischichten

- Chemie: Bei überwiegend kontinuierlicher Wechselschicht sind drei zusätzliche Urlaubstage vereinbart

- Druckindustrie: Bei ständiger Schicht, wenn dabei auch Nacharbeit gemacht wird, drei Freischichten pro Jahr

- Öffentlicher Dienst, Post und Bundesbahn: zwischen einem und vier zusätzlichen Urlaubstage, nach dem 50. Lebensjahr einen weiteren Urlaubstag.

Die Gewerkschaften konnten mit den Tarifverträgen eine Schutzschranke gegen die frühzeitige Vernutzung der Arbeitskraft ziehen, bisher aber nur für eine Minderheit der Schichtarbeiter. Zwar erhöhten sich die Kosten der Kapitalisten, die die Schichtarbeit anwenden. Aber das wirkte nicht als Schranke gegen die weitere Ausdehnung der Schichtarbeit. Das zeigt sich in der Chemieindustrie, wo die IG Chemie einen Vertrag über zusätzliche Urlaubstage abgeschlossen hat. Die Kapitalisten weiteten aber hier die Schichtarbeit ebenso beträchtlich aus, wie sie das auch in anderen Bereichen taten, u.a. in der Textilindustrie.

Quellenhinweis: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4/1981, v. Henningsen, Arbeitsplätze mit belastenden Anforderungen; WSI-Tarifarchiv 3/83, Schichtfreizeit

Ratenkredite Bei Zahlungsverzug Wucherzinsen

„Moderner Schulderturm“ überschrieb die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“ in der letzten Woche ihren Bericht darüber, daß eine Million Arbeiter und Angestellte, denen die Kredite wegen Unterbrechungen der Zahlungen gekündigt worden sind, Wucherzinsen zahlen müssen und jedes Einkommen, das oberhalb der Pfändungsgrenzen liegt, an die Banken zahlen müssen.

Wer bei einer Ratenkreditbank Ende 1982 einen Kredit aufnahm, mußte einen effektiven Jahreszinssatz von 19%

zahlen. Kommt er heute in Verzug mit den Rückzahlungen, zahlt er zusätzlich einen Verzugszins von 0,06% pro Tag, das sind 21,6% pro Jahr. Oder aber die Banken erklären den Kredit für fällig und erwirken einen Vollstreckungsbeschluß. In diesem Fall muß der Kreditnehmer einen noch höheren Satz als die Verzugszinsen begleichen. Diese Zinsen kommen ebenfalls zu den bei der Kreditaufnahme vereinbarten Zinsen hinzu.

Eine Million Lohnabhängige, denen ihre Kredite gekündigt worden sind, zahlen inzwischen diese Höchstzinsen. Wievielen Kreditnehmern ebenfalls gekündigt worden ist, die dann – zu ungünstigeren Kreditbedingungen, versteht sich – „nur“ neue Verträge schließen müßten, ist zahlenmäßig nicht bekannt. Aber bekannt ist, daß ein Drittel aller Ratenkreditnehmer mindestens einmal während der Kreditlaufzeit mit den Raten in Verzug kommt. Insgesamt 48% aller Haushalte in der Bundesrepublik sind im Ratenkredit verschuldet, etwa 10 Mio. Die durchschnittliche Verschuldungshöhe pro Haushalt beträgt 10550 DM. Auch wenn Ratenkredite aus unterschiedlichen Gründen aufgenommen werden, u.a. für Autokauf, Wohnungseinrichtung, werden inzwischen 37% aller neuen Ratenkredite aufgenommen, um entweder komplett oder teilweise alte Kredite tilgen zu können.

Wenn ein Lohnabhängiger die Kreditraten nicht mehr zahlen kann, erlaubt das Pfändungsgesetz den Bankkapitalisten einen solchen Zugriff auf das Einkommen, daß das zur Verfügung stehende Einkommen unter den Sozialhilfesatz gesenkt wird. Für einen einzelnen Lohnabhängigen sind 560 DM pfändungsfrei. Darüber hinaus sind Einkommen prinzipiell pfändbar. Für Familienmitglieder gibt es zusätzliche Freibeträge. Anfang Juli hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Pfändungsgrenze für einen einzelnen Lohnabhängigen auf 744,99 DM erhöht werden soll. Eine Familie mit einem Kind muß mit künftig 1304,99 DM auskommen.

Die SPD hat einen Gesetzentwurf zum Verbraucherschutz vorgelegt, demnach die Zinsen für Kredite nicht mehr als das Doppelte des „üblichen und angemessenen“ Preises übersteigen sollen. Andernfalls kann der Vertrag für nichtig erklärt werden. Leicht kommen dabei alles zusammen über 30% Zinssatz heraus. Eine zusätzliche Erhöhung der Pfändungsgrenzen, so daß den Lohnabhängigen ein Lohn verbliebe, von dem sie existieren könnten, hat die SPD nicht beantragt. Die frühere SPD/FDP-Regierung hatte schon 1982 dieselben Erhöhungssätze wie die CDU jetzt vorgelegt.

Quellenhinweis: Welt der Arbeit, 14.7.83; Bundestagsdrucksachen 10/229, 9/2294

Berufsausbildung

Die Kapitalisten sind begeistert: Kohl vermittelt Lehrstellen, Blüm beseitigt alle Schutzbestimmungen für Jugendliche

Die Nation sei ergriffen, die Bild-Zeitung meldet beinahe täglich: „Kohl vermittelt Lehrstellen“. Da darf keiner zurückstehen und so setzen die Reaktionäre ungeniert mit jeder Erfolgsmeldung neue Zumutungen in Umlauf: Strauß verhilft einem Mädchen aus Niederbayern zu einer Ausbildung in München, gibt's da noch irgendwo Jugendliche, die 120 Kilometer Fahrtweg für zuviel halten? Wenn selbst Angestellte eines Arbeitsamts unbezahlte Samstagsarbeit leisten, um eine „Ausbildungsbörse“ zu veranstalten, und auch zu berichten sei: „Bis tief in die Nacht (2.30 Uhr) sprach Kanzler Kohl mit Wirtschaftsführern wie Rodenstock, Esser, Wolff von Amerongen, Schnittker über Konjunktur und Lehrstellen“ – dann ist doch einem 16jährigen wohl zuzumuten, morgens schon um fünf zu arbeiten! Und wenn der Geschäftsführer des DIHT Schoser für die Kapitalisten bekannt gibt, daß jetzt „alle Verantwortlichen letzte Reserven mobilisieren, um ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen eine Lehrstelle zu verschaffen“, dann kann doch von den Gewerkschaften zumindest verlangt werden, daß sie auf eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen verzichten!

Bereits jetzt steht fest, wer schuld ist, falls Kohl sein vor den Wahlen abgegebenes Versprechen, zusätzlich 30000 Jugendlichen eine Lehrstelle zu beschaffen, nicht erfüllen kann. Er habe „den Mund zu voll genommen“? Aber bitte. Bild: „Er tut inzwischen, was er kann. Es könnte aber noch besser laufen.“ Und wer verhindert das? Z.B. die Jugendlichen, die weitersuchen, obwohl sie doch schon einen Lehrherrn gefunden haben, der sie (vielleicht nicht im erwünschten Beruf, weit weg von zu Hause usw.) nehmen würde. Blüm im Bundestag: „Ausbildungsplätze zu hamstern ist eine Form von Kameradendiebstahl.“ Wo kämen wir hin, wenn einer meint, er finde vielleicht noch was besseres. Da sei doch das folgende gelobt: „Die Hauptschülerin Marion F. (16) aus Hannover zum Beispiel wollte Fotolaborantin werden. Aussichtslos. Auch sie bat den Kanzler um Hilfe. Gemeinsam mit dem Arbeitsamt besorgte ihr die IHK Hannover einen Ausbildungsplatz als Verkäuferin, Fachrichtung Foto.“ So gehört's sich, von wegen „Traumberuf“.

Und selbst der Krach mit Stingl, der nach den Unterlagen der Arbeitsämter eher mit einer geringeren Zahl von neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen

rechnet, liefert der reaktionären Propaganda nur Stoff, um die Frage aufzuwerfen, ob die Arbeitsämter überhaupt noch ein „Vermittlungsmonopol“ behalten sollen, hemme doch eine eventuelle Aufsicht, ob Jugendarbeitschutzgesetz und Tarife beim Lehrvertrag Beachtung finden, sowieso nur den „Ausbildungswillen“. Seiten ließen sich noch füllen mit dem, was die reaktionäre Propaganda bei jugendlichen Arbeitern für denkbar hält.

Gedeckt durch dieses Propagandatrommelfeuers schreitet Blüm zur Tat:

Zunächst schuf die Regierung systematisch Bedingungen, unter denen selbst die widrigsten Verhältnisse bei

der Lehre nur 50% statt bisher 75% des erzielbaren Facharbeiterlohns in Aussicht hat, wird schon kuschen.

Nun folgten: Der Erlass einer Verordnung, mit der die Ausnahmen vom Nachtarbeitsverbot für Jugendliche erweitert wurden. Bisher waren schon von dem Beschäftigungsverbot zwischen 20 und 7 Uhr ausgenommen Jugendliche über 16 Jahre im Gaststättengewerbe (bis 22 Uhr), in Bäckereien und Konditoreien, in der Binnenfischerei (ab 5 Uhr), in Molkereien, im Bergbau und Hüttenwerken (ab 6 Uhr) sowie Jugendliche, die keine Lehre haben, bei Schichtarbeit (6 bis 23 Uhr, mit Genehmigung des Gewerbeauf-



Schon bisher waren alle Schulabgänger ohne Versicherungsschutz, wenn sie keine Anstellung fanden. Blüm senkte jetzt auch für Lehrlinge nach ihrer Ausbildung das Arbeitslosengeld, kürzte die Bezugsdauer drastisch und vergrößert somit die Zahl jener, für die Beschäftigungslosigkeit das nackte Elend bedeutet. Bild: Demonstration des DGB in den fünfziger Jahren für Einbezug der Lehrlinge in die Arbeitslosenversicherung.

einem Lehrherrn immer noch idyllisch erscheinen müssen gegenüber den Umständen, in die ein Jugendlicher sonst geraten kann. Zugleich hat sie dafür gesorgt, daß nach Abschluß einer Lehre die zu Gehorsam und Fleiß herangebildete Arbeitskraft ihre Tugenden nicht verliert und Hilfsarbeit zu jeder Entlohnung anzunehmen bereit bleibt.

Dazu strich die Bundesregierung rund 500000 Schülern zum Jahresbeginn jegliche Zahlung von BAföG; 60% dieser Schüler befanden sich in beruflicher Ausbildung an Schulen. Weitere Zufuhr auf den Lehrstellenmarkt war gesichert. Mit den Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes wurden die Weichen gestellt, um weitere Teile der Jugendlichen des Versicherungsschutzes zu berauben. Wer nach

sichtsam ab 5.30 bis 23.30 Uhr). Mit der Zulassung weiterer Ausnahmen – für Fleischerlehrlinge (21000), Lehrlinge auf Baustellen (75000 Lehrlinge) und in der Tierpflege, sofern sie über 16 sind, und für Lehrlinge in Krankenhäusern (72000), die älter als 17 sind, Arbeitsbeginn ab 6 Uhr möglich, in der Textil- und Papierindustrie jetzt erstmals Schichtarbeit auch für Lehrlinge zwischen 6 und 22 Uhr zulässig – schafft die Bundesregierung rasch die Lage, in der das Nachtarbeitsverbot nur noch für eine Minderheit von Jugendlichen gilt.

Und schließlich: Am 22. Juni Beratung im Bundestag in erster Lesung und Überweisung an die Ausschüsse eines „Gesetzes zur Beseitigung ausbildungs- und beschäftigungshemmender

Zum „Turnerfest 1983“: Bundeskanzler Kohl ruft zur deutschnationalen Jugendbewegung auf

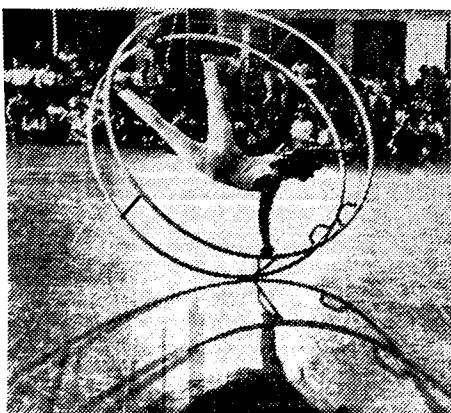
„Traditionspflege, Bekenntnis zur Geschichte und Offenheit für den Tag und die Zukunft – das hat die Turnbewegung in Deutschland immer ausgezeichnet. Und Sie haben – und ich konnte das gut beobachten in den letzten zwei Jahrzehnten – mit äußerster Entschiedenheit dem Zeitgeist der bewußten Geschichtslosigkeit widerstanden. Sie haben sich nicht angepaßt. Sie haben den notwendigen langen Atem gehabt. Und Sie erleben jetzt, daß das, was als progressiv in jenen Tagen galt, verweht von der Geschichte, auf dem Misthaufen der Geschichte verschwunden ist. Und daß das, was immer ganz selbstverständlich für richtig Sie befunden haben, jetzt wieder ganz progressiv ist: Treue zu den Werten und Treue zu einer guten Tradition.“

Das ist kein Beispiel für irgendeine Vereinsbelobigung „alter Kameraden“. Es sind die Worte, mit denen sich Kanzler Kohl Ende Juni zur Eröffnung des „Deutschen Turnerfestes 1983“, auf „historischem Boden“, der Frankfurter Paulskirche, an den Präsidenten des Deutschen Turnerbundes Willi Greite wandte. Was da den versammelten Honorioren und nicht etwa den ca. 65 000 Turnern mitgeteilt wurde, ist als behauptete Bilanz von zwei Jahrzehnten Auseinandersetzung mit der Politik der BRD-Imperialisten und ihrer „Tradition“ lächerlich: einem erheblich gewachsenen Teil der „jüngeren Generationen“ ist *bewußt*, daß gerade die Tradition des deutschen Imperialismus in diesem Jahrhundert an der Vergrößerung des „Misthaufens der Geschichte“ einen entscheidenden Anteil hat. Der Jugend, nach der Kohl ruft, dieser Jugend ist jedoch ein derartiges Geschichtsbewußtsein das pure Gift. Das „Turnerfest“ dient Kanzler Kohl zur Proklamation einer deutsch-nationalen Jugendbewegung, für die die „vaterländische Tradition“ der Turnerbewegung das Startkapital abgeben soll:

„Und für die deutsche Turnerbewegung sind Vaterlandsliebe und Patriotismus von Anfang an immer etwas völlig Natürliches gewesen. Sie gehörten einfach dazu. Die Worte mögen heute von den Jungen anders gewählt werden. Wer im Elternhaus nichts mehr davon hörte und in der Schule hört, daß Vaterlandsliebe von gestern ist, der hat zwar Ideale, die sucht den Weg, das Wort wurde ihm teilweise genommen, und so reden jetzt die 16–17jährigen vom Enga-

gement. Aber sie meinen das gleiche. Und Vaterlandsliebe 1983, meine Damen und Herren, das hat nichts, aber auch gar nichts mit Nationalismus zu tun. Für uns heißt es ganz einfach: Deutschland, Vaterland und Europa. Das ist der Dreiklang der Zukunft, der für uns wichtig ist.“

Der behaupteten „bewußten Geschichtslosigkeit“ tritt nunmehr aus dem Reiche des Unbewußten, dem Bereich der Gefühle, die beschworene Tradition entgegen: als „Vaterlandsliebe“. Die Anstrengungen einer ganzen Generation von Lohnabhängigen, ihren Nachkommen wenigstens einen Teil der mit der Politik des deutschen Imperialismus verbundenen Erfahrungen mitzuteilen, werden hier vom Kanzler Kohl an den Pranger gestellt. Jedoch dieser begnügt sich nicht mit der Vorstellung, daß die vom schädlichen Einfluß ihrer Eltern und der „bewußten Geschichtslosigkeit“ der Leh-



Rhönradturnen auf dem Turnerfest 1983: vor 50 Jahren galt diese, die germanischen Sonnenwendbräuche (Feuerräder) symbolisierende Sportart als Verkörperung „deutscher Jugend“: „... hart wie Kruppstahl ...“

rer befreite Jugend direkt den im Dreiklang vorgestellten deutschen und europäischen Zielsetzungen des westdeutschen Finanzkapitals folgt. Was sich darin ausdrücken soll, ist die Wiederentdeckung der mythischen Urquelle deutscher Volkskraft, wie sie von der reaktionären deutschen Existenzphilosophie als Wegbereiter faschistischer Ideologiebildung bereit um die Jahrhundertwende entdeckt wurde:

„Aber ich denke, zu all dem, was man tun kann in der Politik, zu Verträgen und Verhandlungen ... zu all dem gehört ein ganz anderer Faktor realer Machtverhältnisse. Denn zur Macht der Tatsachen gehört auch der Wille

unseres Volkes zur Einheit der Nation. Nicht nur die Rechtsgrundlage, meine Damen und Herren, sondern auch die geschichtliche Kraft eines Volkes und sein Wille hält die deutsche Frage offen. Das ist eine der Voraussetzungen für die Zukunft.“

Diese „geschichtliche Kraft“, die „Kontinuität“ der Generationen im „Denken und Handeln“ und die erforderliche „Ausdauer“ für „Deutschland, Vaterland und Europa“ – wie soll das möglich sein, wo, wie Kohl feststellt, „zu allem, was den Alltag der Bürger ausmacht, so viel und zwar zurecht über Anonymität und Kälte und oft genug Orientierungslosigkeit geklagt wird.“ Da muß „Besinnung auf die moralischen Grundlagen unseres Landes“ her und da liegt die besondere Aufgabe des „Patriotismus“ der vaterländischen Turnbewegung:

„Wer doch mit wachen Augen durchs Land geht, der sieht in vielen Lebensbereichen Opferbereitschaft und Mitverantwortung, Tugenden und Verhaltensweisen, die unserer Gesellschaft menschliches Maß geben. Wenn Sie sehen, was sich alles in der Sportbewegung tut, wieviele Männer und Frauen ihre Freizeit ehrenamtlich zur Verfügung stellen, um – um es mal wörtlich zu sagen – den Kindern anderer Leute zu helfen, dann ist das ein großartiges Beispiel patriotischer Gessinnung und nur ein Beispiel für viele.“

Als Stätte nationalpolitischer Erziehung und Hort „patriotischer Gesinnung“ steht somit die „Turnbewegung“ in den Vorstellungen des Kanzler Kohl beispielgebend dar. Sozialversicherungsansprüche der Lohnabhängigen werden bestritten: Vorbildlich ist der „Idealismus“ und „Gemeinsinn“ der „Turnbewegung“ vor allem dort, „wo der Staat ... eben nicht für alle und jeden bereit sein muß, sondern private Initiative, bürgerliche Initiative weiterhilft“.

Wer unter Freiheit die Freiheit von Ausbeutung, Unterdrückung und Knechtschaft versteht und dieser Gesellschaftsordnung seine Anerkennung versagt, ist „Randerscheinung“ gegenüber hunderttausenden „von Bürgern, die sich eben Tag für Tag ... im Sport und in der Turnbewegung engagieren, eben sich nicht verweigern, nicht abseits stehen ... mitmachen. Und genau das brauchen wir ... Ohne ihren Idealismus, ohne ihr Engagement wär der Sport und die Turnbewegung nicht das, was sie heute darstellen: die mit Abstand größte Bürgerinitiative der BRD.“

Schließlich soll man wissen, daß aller „Gemeinsinn“, alle „Mitverant-

wortung für die Freiheit des anderen“ usw. nichts zu tun haben mit „Gleichmacherei“ usw. Auch in bezug auf die Natürlichkeit der „modernen Gesellschaft“ ist die Turngemeinschaft passend: „Ohne das Vorbild des Einzelnen und seinen Leistungswillen hat eine moderne Gesellschaft keine Zukunft. Wir sind also auf die Spitzenkräfte, wenn ich das so sagen darf, angewiesen, die bereit sind, Opfer zu bringen, wirklich Stress auf sich zu nehmen, Außerordentliches zu leisten und die mit ihrer Leistungskraft und mit ihrem Vorbilde andere mitreißen.“



Zum Turnfest 1983 in Frankfurt

Daß Kohl sich für die Proklamation dieser deutschnationalen Erziehungsgrundsätze und ihre Illustration ausgerechnet das Turnerfest ausgesucht hat, ist nicht zufällig, sondern selber „Tradition“. Z.B. auf dem „Turnerfest 1933“ in Stuttgart (nach Auflösung der seit 1892 bestehenden Arbeiter-Turn- und Sporvereine) verlangte Hitler von der Jugend: „zäh wie Leder, schnell wie Windhunde und hart wie Kruppstahl ...“

Der deutschnationalen Erziehungsvorstellung entspricht eine handfeste Praxis. Z.B. der CDU-Kultusminister, die mit ihrem Erlaß zum Thema „Bundeswehr und Friedenssicherung“ vorschreiben, daß die Schule „nicht lediglich Thesen und Gegenthesen unverbindlich zur freien Auswahl stellen darf.“ Daraufhin untersagte Mayer-Vorfelder in Baden-Württemberg inzwischen, daß Vertreter von Organisationen der Kriegsdienstverweigerer zur Behandlung des Themas in die Schule geladen werden. Die „Vaterlandsliebe 1983“ muß wohl sehr tief liegen.

Quellenhinweis: Pressematerial des Deutschen Turnerbundes, Frankfurt; Erklärung der CDU-Kultusminister v. 13.6.; SZ v. 23.7.83

Vorschriften“, mit dem u.a. das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen fast beseitigt wird. So soll auch außerhalb von Mehrschichtbetrieben (dort wie bisher Arbeitszeit für Arbeiterinnen ab 5 bis längstens 24 Uhr) die Beschäftigung von 6 bis 22 Uhr möglich sein (bisher nur bis 20 Uhr). Die Branchen, die ausgenommen sind, werden erweitert u.a. um das Zeitungswesen, Gebäudereinigung und Bäckerhandwerk (bisher v.a. Verkehrswesen, Schankwirtschaften und Krankenanstalten). In der Stellungnahme zum Gesetzentwurf kündigt die Bundesregierung an, „auch die übrigen Arbeitsschutzvorschriften für Frauen ... überprüfen“ zu wollen. Welcher Standard an Arbeitsschutzbedingungen Blüm dabei vorschwebt? Die Nachtarbeitsregelung für Frauen aus der Reichsgesetzgebung von 1906 wäre jedenfalls wiederhergestellt.

Diese völlige Aufhebung von Schutzbestimmungen für die große Masse der Jugendlichen war eine von Kohl und Esser kalkulierte Voraussetzung des „Lehrstellenversprechens“. Die Rechnung ist die: Wenn nur die als „Ausbildungsvergütung“ gezahlte Entlohnung niedrig genug gedrückt und die Möglichkeit, den Jugendlichen wie einen erwachsenen Arbeiter schinden zu lassen, vorhanden ist, finden sich genügend neue Lehrherren.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre lassen so etwas nicht unmöglich erscheinen. So haben die Kapitalisten in den nur vier Jahren von 1976 bis 1980 fast 400000 mehr Jugendliche in Ausbildungsverhältnisse genommen und somit Lehrstellen in ganz erheblichem Umfang „geschaffen“: Fast der ganze Zuwachs an 15- bis 18jährigen Jugendlichen aus den geburtenstarken Jahrgängen landete während dieser Jahre in beruflichen Ausbildungsverhältnissen.

Eine nähere Betrachtung, in welche Art „Ausbildungs“verhältnisse eine große Massen von Jugendlichen geschoben wurde, macht deutlich, daß die Kapitalisten kaum Mühe, sprich Kosten, bei der „Schaffung von Lehrstellen“ hatten. So beruht die Steigerung der Zahl der Ausbildungsverhältnisse in den Statistiken der letzten Jahre (1976: 1,317 Mio.; 1981: 1,677 Mio.) meist auf Vorgängen der Art: Metzgermeister stellt Lehrbub und Lehrmädchen ein und braucht dafür keinen Gesellen und keine Verkäuferin. Dagegen war die Zahl von Lehrlingen in den industriellen (technischen und kaufmännisch-verwaltenden) Berufen, in denen etwa die Einrichtung einer Lehrwerkstatt nötig ist und den Kapitalisten mehr kostet, als die produktive Tätigkeit der Lehrlinge ihm wieder einbringt, eher rückläufig. Nur wenige Beispiele: Die Zahl der Mädchen, die einen Lehrvertrag als Verkäuferinnen

im Nahrungsmittelhandwerk haben, stieg von rund 14000 (oder 3% aller weiblichen Auszubildenden) im Jahr 1973 auf über 41000 (oder 6,4% aller weiblichen Lehrlinge) im Jahr 1981. Entsprechend etwa bei den Jungen: Bäckerlehrlinge 1973 knapp 10000 (1,1%); 1981 über 24000 (2,3%). Dagegen sank z.B. die Zahl der Werkzeugmacherlehrlinge in Industriebetrieben von 1973 noch etwas mehr als 26000 (3,1% aller männlichen Auszubildenden) bis 1981 auf 22000 (2,1%).

Kohl will sich so nicht nur als Belücker zahlreicher Jugendlicher bejubeln lassen, die gefälligst dankbar sein sollen, egal ob sie jetzt die nächsten drei Jahre geschunden und danach als ausgelernter Bäcker so gut wie sicher keine Anstellung finden werden. Einiger Anhang bei Gewerbe und Handel betreibenden Kleineigentümern wäre vielleicht auch beruhigt: Wenn schon der Metzgermeister „den Aufschwung“ nicht spürt, weil bei sinkenden Arbeitseinkommen halt weniger Schweinebraten verkaufbar ist, soll er sich doch wenigstens am Lehrlingsschweiß etwas entschädigen können.



Demonstration der DGB-Jugend

Zum Kalkül von Kohl und Esser gehört aber auch: Selbst wenn die Zahl der bis Ende September neuabschlossenen Lehrverhältnisse die von ihnen angekündigten 685000 erreicht, werden von den etwa 1,7 Mio. Jugendlichen, die 1983 die Schulausbildung oder Lehrgänge des Arbeitsamtes abgeschlossen haben oder die derzeit arbeitslos sind, etwa 220000 „unversorgt“ bleiben, so eine Schätzung des DGB. Wobei als „versorgt“ auch schon gilt, wer als arbeitsloser Jugendlicher in einen Lehrgang des Arbeitsamtes gerät: voraussichtlich 76100 Jugendliche. Weitere 325400 werden zunächst auf Berufsfachschulen oder ins Berufsprägungsjahr gehen, um im nächsten Jahr erneut den Versuch zu unternehmen, einen Lehrvertrag ab-

Schichtarbeit für Jugendliche: nicht wieder-gutzumachender Raubbau

Wenn jetzt ein Bäckerlehrling um fünf Uhr in der Frühe die Brötchenmaschine anschmeißen muß, ist er bereits um drei oder vier Uhr (im Sommer um zwei bzw. drei Uhr) aufgestanden, zu einer Zeit, wo der ganze Körper auf Erholung eingestellt und seine Leistungsbereitschaft am niedrigsten ist. Wenn der jugendliche Koch oder die junge Textilarbeiterin bis 23 Uhr zur Arbeit verpflichtet sind, gilt ähnliches. Dem Körper wird Leistung abverlangt zur Tageszeit, wo längst die „natürliche“ Ruhezeit ist.

Alle Organe des Körpers funktionieren nach einem biologischen Tag-Nacht-Rhythmus, dessen Umstellung nicht möglich ist bzw. nur bei Krankheiten vorkommt. Der Blutdruck, die Pulsfrequenz, die Körpertemperatur, die Zahl der Blutkörperchen im Blut usw. alles ist nachts niedriger, zur Erholung, und nur tags auf Arbeit eingestellt.

Gegen diesen inneren Rhythmus zu arbeiten, ist für Jugendliche deshalb besonders schädlich, weil alle inneren Regulationsmechanismen noch schwach ausgebildet sind. Die Reaktionsmöglichkeiten sind allgemein geringer und alle Organe reagieren überschießend auf äußere Anforderungen. Das Herz schlägt schon in Ruhe schneller als beim Erwachsenen und die Pulsgeschwindigkeit steigt bei Arbeit viel steiler an. Der Jugendliche verbraucht schon in Ruhe mehr Sauerstoff und bei Arbeit im Verhältnis noch mehr als eine erwachsene Person. Jugendliche müssen bei der Arbeit viel schwitzen und trotzdem steigt ihre Körpertemperatur mehr an. Sämtliche inneren Organe werden ungeheuer strapaziert, weil der unreife Regulationsmechanismus überbelastet wird.

Durch Schichtarbeit kommt der Jugendliche unweigerlich in ein Schlafdefizit. Verschiedene Untersuchungen haben ergeben, daß ein sechs Jahre altes Kind elf bis 13 Stunden Schlaf braucht, ein 18jähriger Jugendlicher aber auch noch 8,5 bis 9 Stunden, mehr als ein Erwachsener, weil die Erholungsfähigkeit des jungen Körpers geringer ist. Letzteres wurde u.a. in Versuchen gezeigt, wo die Pulsfrequenz in der Erholungsphase nach jeweils relativ gleicher Arbeit um so stärker erhöht war, je jünger die untersuchten Personen waren.

Der Bäckerlehrling kann nicht vor 21 Uhr zum Schlafen kommen; abgesehen von gesellschaftlichem Um-

gang stellt sich der Körper vorher gar nicht auf Schlaf ein. Nachmittags kann er nach 14 oder 15 Uhr auch keine Ruhe finden, weil der Körper nach dem Mittagstief wieder voll „leistungsbereit“ ist.

Die Überforderung der Leistungsfähigkeit des jugendlichen Organismus durch Schichtarbeit führt unweigerlich früher oder später zu Krankheiten der inneren Organe, vor allem des Herz-Kreislauf- und des Verdauungssystems. Es führt aber auch dazu, daß die Entwicklungsschübe, die normalerweise jeweils im 14. bis 15., 16. bis 17., 18. bis 19., 20. und 21. bis 23. Lebensjahr eintreten und sich äußerlich am Längenwachstum zeigen, unterdrückt werden. So kommt es z.B. dazu, daß das Körperwachstum bereits im 18. Lebensjahr statt im 23. endet, und da dann auch das Maximum der Körperkraft für Kurzzeitleistungsfähigkeit erreicht ist, wird eine



Das Nachtarbeitsverbot für Jugendliche unter 18 Jahren gilt fast nur noch für eine Minderheit.

volle körperliche Entwicklung verhindert, wenn der jugendliche Arbeiter überbelastet wird. Vergleichende Untersuchungen an 15jährigen Lehrlingen und Hilfsarbeitern zeigten z.B., daß letztere weniger wuchsen, weil sie zu viel arbeiten mußten.

Die beschriebenen Erkenntnisse sind alle nicht neu. Die Arbeiterbewegung kämpft seit über hundert Jahren um Jugendarbeitsschutzgesetze.

Quellen: Werner Menzel, Menschliche Tag-Nacht-Rhythmus und Schichtarbeit, 1962; Hellbrügge, Rutenfranz und Graf, Gesundheit und Leistungsfähigkeit im Kindes- und Jugendalter, 1960; Schwarz, Körperlische Entwicklung, Leistungsfähigkeit und Gesundheitszustand Jugendlicher und junger Arbeiter, 1968.

zuschliessen. Damit bleibt der Arbeitsmarkt in diesem und voraussichtlich auch noch in den nächsten Jahren so, daß jeder als Feind der Jugend erscheint, der sich der von der Regierung Kohl ausgelösten „Welle des Gemeinsinns“ entgegenstellt und Zweifel daran äußert, ob für einen 15jährigen tatsächlich zu seinem Glück gehört, morgens um fünf beim Bäckermeister im zwanzig Kilometer entfernten Nachbarort zum Handlangen anzutreten.

Somit soll die „Schafft-Lehrstellen-Kampagne“ den Kapitalisten folgendes Ergebnis liefern: Sie hilft einen übervollen Arbeitsmarkt für Jugendliche zu nutzen, daß fette Geschäfte zu machen und Beschäftigungsbedingungen nach Belieben zu diktieren sind. Mit Gehorsam und Disziplin als vorrangigem Bildungsziel wächst zudem eine ausreichende Zahl von Arbeitern, die zu Niedriglöhnen zu schuften bereit ist, heran.

Schließlich: Wenn der 15jährige morgens um vier in der Backstube stehen kann, was kann man dann von einem 30jährigen Arbeiter erwarten? Zwölf-Stunden-Schicht doch mindestens! Und wenn das Lehrmädchen in der Textilindustrie bis nachts um halb zwölf am Band stehen kann, dann kann doch für eine Frau in den besten Jahren Nacht- und Akkordarbeit nicht gesundheitsschädlich sein! Und wenn sich wer bereit erklärt, für eine Lehrstelle auch noch zu bezahlen, umso besser: Gehört doch längst wieder klar gestellt, daß Bildung ihren Preis hat!

So mag erklärt werden, warum sich Kohl als einziges „Wahlversprechen“ die „Lehrstellenbeschaffung“ auflud, und warum er bei seiner Erfüllung die ungeteilte Unterstützung aller Kapitalistenverbände findet: Nicht bloß, daß der eine oder andere sowieso meist kleinere Kapitalist sein Geschäft mit der Ausbeutung von Lehrlingen als billiger Arbeitskraft über die Runden bringen will. Das Interesse der Kapitalistenklasse beschränkt sich nicht darauf und ist durchaus strategisch: Gelingt der Reaktion, große Teile der Jugendlichen in elende Beschäftigungsbedingungen zu drücken, sind faktisch und moralisch Schranken beseitigt, um den Standard der Lohnhöhe und Arbeitsumstände der nächsten Arbeitergeneration neu und erheblich tiefer zu bestimmen.

Können nun die Jugendlichen wenigstens hoffen, daß sie gegen diese schändlichen Absichten der Kapitalisten einige Unterstützung durch den Bundesvorstand des DGB und über ihn durch die SPD im Bundestag finden?

Vom DGB-Bundesvorstand wird vor allem der Wunsch geäußert, daß möglichst viele Jugendliche in Ausbildungsverhältnissen unterkommen. Womit allerdings überhaupt nicht gewährleistet ist, daß den Absichten der

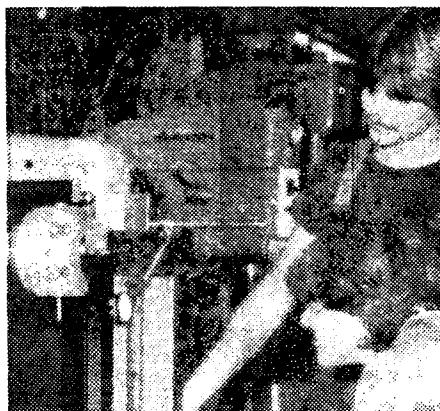
Jugendvertreter berichten über die Ausbildung in einem Großbetrieb

Im Ausbildungszentrum von Bosch Feuerbach gibt es zur Zeit 850 Auszubildende. Der meistbelegte Ausbildungszweig ist der des Mechanikers, gefolgt von den Elektroberufen, den Industriekaufleuten und Stenokontoristinnen. Es gibt sieben Jugendvertreter; mit zwei ehemaligen Führern wir folgendes Interview:

Frage: Die CDU/CSU/FDP-Regierung macht Propaganda für Schicht-, Akkord- und Nachtarbeit für Jugendliche. Gibt es solche Schinderei bereits bei Euch? Die Auszubildenden machen bei Bosch keine Schicht- und Akkordarbeit und keine Überzeit. Die meisten wissen, daß das zur Zeit nicht erlaubt ist. In den Kleinbetrieben im Umkreis sieht es anders aus. Dort müssen Vorgabezeiten eingehalten werden; werktags und samstags werden Überstunden gearbeitet für 4 DM bis 10 DM in der Stunde. Das ist dann Schwarzarbeit. Es kommt auch vor, daß man für den Chef das Auto putzen muß. Demgegenüber ist es bei Bosch sehr gut. Wir lernen von jedem Gebiet etwas, so Pneumatik, Steuerung, Kunststoffbearbeitung, Schweißen. Aber die Dauer dieser Lehrgänge wird jetzt gekürzt, um Kosten zu sparen. Der Ausbildungschef, Herr Griesinger, meinte: „Wenn man lernen will, kann man in einer Woche genauso viel lernen wie vorher in drei Wochen.“

Frage: Wie haben sich die Ausbildungsinhalte in letzter Zeit geändert? Wir müssen immer mehr lernen in

immer weniger Zeit. Die Maschinen werden komplizierter und sind schwerer zu begreifen. Bei den Prüfungen ist aus der Leistung der Note zwei plötzlich eine Dreier-Leistung geworden. Wie wir pauken müssen, zeigt der Elektrokurs: Der Kurs hat eine Woche gedauert und der Ausbildungsleiter meinte, das dicke Buch müßten wir zu Hause durchlesen. Es wurde dann darüber geprüft. Dann gibt es noch die Leistungsprämie: Wer einen Notendurchschnitt besser als 2,5 hat, bekommt 120 DM mehr Lehrgeld monatlich, wer besser als 2,0 hat, bekommt 170 DM mehr monatlich. Bei den letzten Auslernern ist nur noch der übernommen worden, der einen Notendurchschnitt besser als 3,1 hatte. Wer gut ist und ein Streber, darf noch auf



Die Anforderungen an die Auszubildenden steigen, mit persönlichen Beurteilungen wird gesiebt, mit Prämienzahlungen wird geködert.

ein dreiwöchiges Praktikum zur englischen Rüstungsfirma Lucas Aerospace.

Frage: Wie sollte Eurer Meinung nach die Ausbildung aussehen? Wo gibt es Fortschritte in der Jugendarbeit? Das wichtigste ist, daß alle gleich behandelt werden sollten. Die Streberprämie muß weg. Dann sollte jeder Auszubildende an einer NC-Maschine ausgebildet werden. Wir haben in der Ausbildungswerkstatt für 600 Mechaniker nur drei NC-Maschinen. Die Versetzung der Auszubildenden für drei Monate in die Produktionswerkstätten finden wir richtig, weil die Ausbildungsabteilung eine Insel im Betrieb ist. In der Produktion bekommt man mehr Selbstbewußtsein. Wir nehmen uns auch dort Zeit zum Arbeiten. Fortschritte haben wir im kleinen erreicht. Die Sicherheitsschuhe und Arbeitskittel zahlt die Firma, die Jugendversammlung ist für alle Auszubildenden offen. Bei SKF gibt es noch die Betriebsvereinbarung, daß die Jugendvertretung für alle Auszubildenden zuständig ist. Das ist wichtig wegen der Übernahme. Bosch hat sich bisher geweigert, unsere Rechte auszuweiten. Die Streichung der persönlichen Beurteilungsmerkmale wie „Kontaktfähigkeit, Fortbildungsinnteresse, Einfügen in die Gemeinschaft“ haben wir versucht, aber bisher nicht erreicht. Gut war die Beteiligung der Auszubildenden an den letzten Warnstreiks. 1981 beteiligten wir uns zum ersten Mal mit Unterstützung der IG Metall, die in einem Flugblatt unser Recht auf Warnstreik mit einem Richterspruch begründet hatte.

Kapitalisten, die jugendliche Arbeitskraft billigst schinden zu können, in jedem Fall entgegengetreten wird. So hat die IG Chemie einen Tarifvertrag ohne Erhöhung der Ausbildungsvergütung abgeschlossen, was ihr peinliche Lohnbesymnen von Blüm & Co. eintrug.

Was die Bundestagsfraktion der SPD betrifft, so schlägt sie der Arbeiterbewegung vor, die Kapitalisten zu ermahnen, daß sie's nicht übertreiben sollen und ans künftige Geschäft denken mögen. So etwa der Abgeordnete Jung, Düsseldorf: „Was wir brauchen, sind nicht irgendwelche Lehrstellen. Wir brauchen qualifizierte Ausbildungsstellen, die in zukunftsträchtige Berufe hineinführen. (Beispiel bei der SPD) ... Wenn wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht aufs Spiel setzen wollen, dann können wir es nicht wenigen Betrieben überlassen, für die Zukunft auszubilden ...“

Nun bewegt die Kapitalisten alles andere als die Sorge um ausreichenden

und genügend qualifizierten Facharbeiternachwuchs, jetzt nicht und auch nicht in den neunziger Jahren. Zwar sinkt bereits in diesem Jahr die Zahl der Schulabgänger aus Haupt- und Realschulen und wird statt heuer 804000 bis 1990 nur noch rund 500000 (jeweils einschließlich ausländischer Jugendlicher) betragen. Dennoch, so Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit, mehr als genug für den Bedarf der Kapitalisten, da in den nächsten Jahren nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Facharbeitern in Rente gehen wird. Und haben die Kapitalisten in den letzten Jahren nicht stets erklärt, für ihre Konkurrenzfähigkeit sei vordringlicher als alles andere eine große Zahl von Arbeitern, die zu Niedriglöhnen schuftet, und hetzen sie nicht gerade deshalb die Regierung Kohl auf die jugendlichen Arbeiter?

Nun mag von einer Partei nicht viel anderes zu erwarten sein, die jahrelang dazu beitragt, daß ein Jugendlicher

Aussichten auf eine einigermaßen gesicherte und stetige Existenz nur dann hat, wenn er sich im Bildungssystem über das Abitur hinaus gerobbt hat, und alle Bildungsgänge darunter zunehmend bloß noch den Zweck erfüllen, stupid Gehorsam zu vermitteln. Wenn nun die Reaktion in brutaler Manier unter der Losung „Jedem das Seine“ die Kapitalisten von allen Kosten für Ausbildung befreit und ihnen jugendliche Arbeitskraft zur völlig schrankenlosen Ausbeutung anbietet, so haben die sozialdemokratischen Arbeitsminister oft genug Vorarbeiten geleistet. Schließlich soll nicht vergessen werden, daß Blüm das Nachtarbeitsverbot für Jugendliche durch einfache Rechtsverordnung brutal beseitigen kann, erst durch das 1976 von der SPD geänderte Jugendarbeitsschutzgesetz möglich wurde.

Quellenhinweis: Bild, versch. Ausgaben; Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Grund- und Strukturdaten 1982/83; Bundestag, Plenarprotokoll 10.15, 10.17; DIHT Informationen, 18.7.83

Tarife Seehäfen gekündigt

Hamburg. Der gültige Lohntarif hat eine Laufzeit von nur neun Monaten. Deshalb muß jetzt mitten in der Urlaubszeit der nächste Lohnkampf vorbereitet werden. Der zum 31.12.83 gekündigte Rahmen tarif soll nach den Vorstellungen der ÖTV gleich mitverhandelt werden. Sowieso sei der Schwerpunkt dieser Verhandlung die Arbeitszeitverkürzung, um so Arbeitsplätze zu sichern. Schon bei den letzten Lohnverhandlungen wurde für die ersten drei Monate des neuen Tarifs eine Erhöhung um mindestens 3% vereinbart. Mit seinem 4%-Vorschlag macht der Hauptvorstand deutlich, daß 3% reichen.

OB-Wahlergebnis in Mannheim

Mannheim. Fast 21000 Stimmen mehr als die CDU zog der SPD-Kandidat beim 2. Wahlgang zusammen. Die Grün-Liberale und die DKP zogen ihre getrennten Kandidaturen nach dem 1. Wahlgang zugunsten der SPD zurück. Die DKP, weil unter einem SPD-OB die DKP-Politik am besten durchzusetzen sei; die Grünen,

Fallingbostel. Am 1./2. Oktober will die NPD ihren Bundesparteitag in der Heidmarkhalle durchführen. Die Protesterklärungen von Parteien, Initiativen und Gewerkschaftskörperschaften dagegen häufen sich, die Stadt wird aufgefordert, den Vertrag zurückzunehmen. Die DGB-Kreisvorsitzenden des Bezirks Niedersachsen-Mitte haben beschlossen, am 1.10. in Fallingbostel zu einer Großdemonstration aufzurufen. Die Kreistagsitzung am 15.6. – die NPD hat einen Sitz – zierte eine Weile das Transparent der örtlichen Initiative.



weil der SPD-Kandidat viele ihrer Forderungen übernommen habe. Während die DKP gegenüber 1980 mit 700 Stimmen mehr auf 2029 Wähler kam (Bundestagswahl '83: 804), schnitt das Wahlbündnis zwischen Grünen und Liberalen Demokraten äußerst schlecht ab mit 3615 Stimmen (Bundestagswahl Grüne: 10940). 58,4% SPD-Stimmen (1. Wahlgang 49,5%) bei hoher Wahlbeteiligung von 59,8%: Willi Brandt sieht darin ein „Signal für die Regierung der SPD aus den Kommunen“.



Die Generaldirektion des französischen Automobilkonzerns PSA (Peugeot-Citroën-Talbot) hat am 21.7. die Gerüchte über geplante Massenentlassungen bestätigt. Bei Peugeot sollen ca. 3200 Frühverrentungen durchgeführt werden, für Talbot-Poissy sind 2870 Entlassungen und 1339 Frühverrentungen vorgesehen. Insgesamt sollen 7371 Arbeiter und Angestellte entlassen werden. Die Begründung: PSA habe in den letzten Jahren Milliardenverluste gemacht. Die Zeitung l'Humanité vermeldete unwidersprochen, allein zwischen 1980 und 1982 seien ca. 3 Mrd. francs Profit aus dem Unternehmen gezogen worden. Tatsächlich geht es den Kapitalisten darum, die Arbeitsproduktivität über Verkleinerung und Verjüngung des Arbeiterkörpers zu erhöhen, um gegen die starke internationale Konkurrenz Boden wettzumachen. Gleichzeitig soll die kampfkraftige Belegschaft von Talbot-Poissy zerstochen werden. Nach ersten Streiks am 18.7. (Bild) legten am 21.7. alle Arbeiter in Poissy die Arbeit nieder. André Sanjon von der CGT-Metall erklärte auf einer Versammlung: „Es wird keine Entlassung geben. Der Kampf wird so lange dauern wie nötig.“

Nach Lohnsenkung „Vermögensbildung“?

Hannover. „Da einer gerechteren Einkommensverteilung allein über Lohnprozent Grenzen gesetzt sind“, hat sich der IG Chemie Hauptvorstand laut Juli-Ausgabe der „gewerkschaftspost“ für eine Beteiligung der Lohnabhängigen am Zuwachs des Produktivvermögens in Form von „überbetrieblichen Beteiligungsmodellen“ ausgesprochen. Mit der Aufforderung an die Bundesregierung „alle rechtlichen Hindernisse für die Errichtung tarifvertraglich abgesicherter, branchenbezogener Vermögensbildungsmodelle (Tariffonds) zu beseitigen“, rennt die IG Chemie offene Türen ein. Bereits im Mai hatte CDU-Minister Blüm einen Gesetzentwurf vorgestellt, der durch „betriebliche Vermögensbildung“ (Aufstockung von 624 auf 936 DM) den „Arbeitskampf entkräften“ und die „Eigenkapitalausstattung der Wirtschaft verbessern“ soll.

Graue Wölfe müssen COOP-Haus räumen

Dortmund. Am 15.7. fand in Dortmund eine Veranstaltung wegen des Verkaufs eines COOP-Hauses an die Grauen Wölfe statt, zu der die Deutsch-Ausländische Freundschaftsinitiativen (DAFI) eingeladen. Zu Beginn der Veranstaltung verkündete der SPD-Bezirksvorsteher, daß die Stadt von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht habe und den Grauen Wölfen zum Ende des Monats kündige. Diese Kündigung wurde aber nicht damit begründet, daß es Faschisten sind, denen gekündigt

wird. Auf die Frage, warum die Grauen Wölfe nicht verboten werden, antwortet ein CDU-Mitglied: „So einfach kann in einem Rechtsstaat keine Partei verboten werden, da müssen schon Beweise her.“ Noch während der Veranstaltung wurden ihm reichlich Beweise für die terroristischen Aktivitäten der Grauen Wölfe geliefert. Abschließend wurde die Einstellung der Verfahren wegen Volksverhetzung gegen vier DAFI-Mitglieder, die Plakate gegen den Verkauf des COOP-Hauses geklebt hatten, und die Einleitung einer Untersuchung gegen die Grauen Wölfe gefordert. Ein Geschichtsprofessor sagte auf der Veranstaltung: „Wenn man zu den Faschisten Faschisten sagt, dann ist das für den Polizeipräsidenten Volksverhetzung!“

Austermanns „Lehrlingsbörsen“

Kiel. Im Kreis Steinburg gab es Ende Mai 1980 Jugendliche ohne Lehrstelle. CDU-MdB Austermann versucht, sich als Interessenvertreter der Jugendlichen zu profilieren, indem er in Hohenaspe, Meldorf und Glückstadt „Lehrlingsbörsen“ veranstaltet. Er bietet dort zusammen mit CDU-Unternehmern Lehrstellen an, z.B. zehn Ausbildungsstellen bei der Bundeswehr im Sanitätsdienst, und er hatte fünf Zusagen der Nordwestdeutschen Kraftwerksunion, Ausbildungsplätze bei Firmen zu finanzieren, die auf dem KKW-Gelände in Brokdorf arbeiten. Nach der „Ausbildung“ bei der Bundeswehr im Sanitätsdienst ist man Krankenpflegehelfer – ohne Chance, woanders Arbeit zu finden.

Hamburger Hafen

Aushilfsarbeiter als billigste und völlig rechtlose Arbeitsreserve

Hamburg. In den letzten Monaten wird in verschiedenen Betrieben im Hamburger Hafen die Belegschaft reduziert. Zum Teil wegen Arbeitsmangel gekündigt, zum Teil wird auch einfach wegen „Unzuverlässigkeit“ oder „häufig krank“ gekündigt. Beim Gesamthafenbetrieb darf aufgrund einer Betriebsvereinbarung bis zum Jahresende niemand wegen Arbeitsmangel entlassen werden. Daraufhin hat die Geschäftsleitung verschiedene Arbeiter zu Auflösungsverträgen gedrängt, und hat 42 auch zu einer Unterschrift bewegen können.

Wir haben also gegenwärtig ein Hafenarbeiterüberangebot. Davon träumen die Kapitalisten seit Jahren. Durch Rationalisierung haben sie es aktiv geschaffen. Dies wird nun ausgenutzt. Die Belegschaften werden so weit abgebaut, daß in Spitzenzeiten die Hafenarbeit nicht mehr von den ständigen Hafenarbeitern abgedeckt werden kann. Obwohl viele sogar Doppelschichten machen – bis 15 zusätzliche Schichten im Monat ist keine Seltenheit –, müssen zusätzliche Arbeitskräfte ran.

Beschafft werden diese durch das Arbeitsamt. Z. B. erhielten verschiedene Arbeiter, die vor kurzem über die sogenannten Auflösungsverträge rausgeschmissen wurden, vom Arbeitsamt Telegramme mit folgendem Text: „Bitte am Montag, den ... bis 5.45 Uhr arbeitsbereit mit Arbeitspapieren und Arbeitskleidung beim Gesamthafenbetrieb, am Sandtorkai 42, Einteilungsstelle 1 melden.“ Arbeiter, die

das Eingehen auf einen Auflösungsvertrag schon bitter bereut haben, freuen sich schon darauf, daß wieder eingestellt wird. Doch die Arbeiter erhielten entweder 6-Tages-Verträge oder 4-Wochen-Verträge. Begründung: Urlaubsaushilfen.

Dafür wurden in den letzten Jahren in der Regel Studenten eingestellt, die in ihren Ferien arbeiten mußten. Doch jetzt können die Hafenkapitalisten auf erfahrene Hafenarbeiter zurückgreifen, die mit Arbeitszeug kurzfristig zur Verfügung stehen. Wenn die arbeitslosen Arbeiter nicht als Aushilfen arbeiten, dann wird das Arbeitslosengeld gesperrt. So haben also viele unterschrieben, obwohl sie z.B. für die Zeit von 5.45 Uhr (Beginn der Einteilung) und 6.50 Uhr (Beginn der Arbeit) keinen Pfennig erhalten.

Der Betriebsrat des Gesamthafenbetriebs hat gegen diese Praxis nichts unternommen. Begründung: Da gegenwärtig nicht eingestellt wird, würde eine Ablehnung dieser Verträge nur dazu führen, daß andere Hafenarbeiter noch mehr Doppelschichten machen, oder sich die Hafenkapitalisten irgendwelche „Wilden“ beschaffen.

Ab Ende der Schulferien sind die Verträge alle wieder abgelaufen. Nach wie vor läuft das Geschäft mit den unständigen Hafenarbeitern aus der Hamburger Umgebung. Im Jahresbericht 1982 der Gesamthafenbetriebsgesellschaft heißt es: „Das seit 1976 bestehende Büro für Aushilfsarbeiter in Lübeck vermittelt für den Hamburger

Hafen Arbeitslose, die – je nach Bedarf – bis zu 498 Schichten (im Jahr 1981: 490) täglich im Hamburger Hafen leisten.“ Für Arbeiten, die meist schwerer, dreckiger und gesundheitsschädigender sind als durchschnittlich, erhalten sie etwa 20 DM weniger auf die Schicht als ein Gesamthafenarbeiter, der den Hafenfacharbeiter gemacht hat. Da das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe noch viel niedriger ist, sind die Arbeitslosen gezwungen, diese Arbeit zu machen. Ja es werden Arbeiter, die normal arbeiten, und nicht wahnsinnig schnell, damit bedroht, daß sie wohl zu weich sind für den Hafen, und am nächsten Tag nicht mehr mitfahren dürfen.

Es wird im Hafen breit diskutiert, daß über den Einsatz der Unständigen die Arbeitsbedingungen und das Lohnniveau angegriffen werden. Die ÖTV läßt das zu, weil eine Festeinstellung dieser Leute mit Garantielohnanspruch für die Tage, wo nichts los ist, zu teuer wäre, und sich die Hafenkapitalisten dann wieder beim Sklavenhändler bedienen würden.

IG Druck und Papier Landesbezirkstag Baden-Württemberg

Göppingen. Zwei Schwerpunkte bestimmten den Landesbezirkstag des über 21 000 Mitglieder starken Landesbezirks Anfang Juni. 1. Die erneute Bekräftigung des tarifpolitischen Ziels der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich: „Das vorrangige Ziel der Tarifpolitik ... ist die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ab 1984 bei vollem Lohnausgleich und ohne Stufenplan. Zur Erreichung ... werden alle gewerkschaftlichen Kampfmittel erforderlich sein und müssen eingesetzt werden ... Sollten die Unternehmer die ... Verhandlungen über eine neue Lohnstruktur ... verzögern, bzw. scheitern lassen, so darf dies nicht zu einer Verknüpfung oder sogar zu einem gegenseitigen Ausspielen der beiden tarifpolitischen Ziele führen, wie es die Unternehmer von Anfang an vor hatten.“ (Antrag 3)

2. Die Verhinderung der Stationierung. Zu diesem Zweck wurde ausdrücklich das Mittel des Streiks in Erwägung gezogen, wie auch die Unterstützung des Volksbegehrens für einen Volksentscheid beschlossen wurde. Wurde auch in einigen Anträgen der Zusammenhang zwischen Rüstung und sozialer Demontage hergestellt, so wurde der Rüstungshaushalt der Bundesregierung nicht ausdrücklich angegriffen. Dagegen wurde in der „Entschließung zu Demokratie in Staat und Wirtschaft“ der Angriff auf die soge-



Löschen von Magnesit. Mit Maske kriegt man zu wenig Luft. Ohne Maske werden Schadstoffe inhaliert. Oft werden diese Arbeiten im Pensum gemacht.

nannte soziale Marktwirtschaft geführt, die dem Grundgesetz widerspreche: „Die politische Vorherrschaft von jenen, die über wirtschaftliche Macht verfügen, muß gebrochen werden. Dazu ist es v.a. nötig, das Grundsatzprogramm des DGB in die Tat umzusetzen.“ (A 91)

Weitere Anträge fordern den Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte/Obmänner im Rationalisierungs- und Kündigungsschutz und bei Investitionen. Die Novellierung der Arbeitszeitordnung, der Freizeitausgleich von Überstunden, sowie Maßnahmen gegen den Ausbau von Tele tex-Arbeitsplätzen wurden gefordert. Im Gegensatz dazu zeigten sich beim Thema Lohnpolitik deutliche Schwächen. Neben dem Antrag zur Anbindung der Ausbildungsbeihilfen an den Ecklohn (50%) wurde nur noch ein weiterer Antrag verabschiedet, der „sich mit Entschiedenheit gegen alle

Bestrebungen (wendet), den Arbeitnehmern eine Lohnpause aufzuerlegen“, es wird „eine aktive Lohnpolitik“ gefordert, „die die Sicherung des Reallohns und Steigerung der Kaufkraft zum Inhalt hat“.

Mit dem Hinweis auf die neue Lohnstruktur wurde dagegen ein Antrag nicht behandelt, der „die Absicherung des Reallohns aller Teile der Lohnabhängigen“ und „die Notwendigkeit von Festgeldforderungen“ entwickelt. Weitere Forderungen: gegen die Aushöhlung des Jugendarbeitsschutzes und die Eigenbeteiligung bei Kuren, für einen Umsatzbeitrag der Kapitalisten zur Sozialversicherung, gegen die Neuregelung beim Bafög und im Mietrecht, keine Zivildienstverlängerung und Aushöhlung des § 218, Verbot jeglicher NS-Propaganda. Verstärkte Einbeziehung von ausländischen und arbeitslosen Kollegen in die Gewerkschaftsarbeit.

„Sofortprogramm zum Erhalt klein- und mittelbäuerlicher Betriebe“:

„1. Ein System gestaffelter Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse: Die Landwirtschaft braucht wirksame Preiserhöhungen für die unteren Produktionseinheiten, um der Mehrheit der Bauern ein ausreichendes Einkommen zu sichern und sie nicht zu weiterer Intensivierung und Erzeugung von Überschüssen zu zwingen. Diese Preise müssen sich an den Produktionskosten klein- und mittelbäuerlicher Betriebe ausrichten. Sie müssen bei großen Produktionseinheiten nach oben abgestaffelt werden, um eine industrielle Agrarproduktion zu verhindern. Gleiche Preise für alle nützen immer nur denen, die in großen Einheiten produzieren ...“

2. Die sofortige Streichung des einzelbetrieblichen Förderprogramms und Bereitstellung von Geldern für Umschuldung, Existenzgründung, Umstellung auf biologischen Anbau, Naturschutz, neue Vermarktungsformen und eigene Verarbeitung.

3. Die sofortige Auszahlung der Gelder des EG-Bergbauernprogrammes

... 4. Ein Landpachtrecht, das klein- und mittelbäuerliche Betriebe bevorzugt.

5. Die Gleichstellung der Bäuerinnen in der Sozialversicherung.

6. Eine wirksame Staffelung der Beiträge zur Sozialversicherung zugunsten klein- und mittelbäuerlicher Betriebe.

7. Eine Politik des Bauernverbandes, die sich an den Interessen der kleinen und mittleren Betriebe orientiert.

8. Eine selbstständige Politik des ländlichen Raumes zur Stärkung seiner regionalen Wirtschaftskraft.

9. Sofortige und wirksame Maßnahmen gegen das Waldsterben; kein Bau weiterer Atomanlagen und Stilllegung der vorhandenen; Flurbereinigungen nur da, wo sie von der Mehrheit der Beteiligten gefordert werden und in denen ökologische Zusammenhänge berücksichtigt werden ...

10. Einschränkung der Futtermittel-

Deutscher Bauerntag

Arbeitsgemeinschaft Bauernblatt – Agraropposition meldet sich zu Wort

Freiburg. Die CDU-orientierten Bauernverbände hatten den Bauern im letzten Herbst eine rettende Wende in der Agrarpolitik versprochen. Seither hat sich jedoch die Lage der kleinen und mittleren Bauern immer bedrohlicher entwickelt:

– CDU-Landwirtschaftsminister Kiechle hat in Brüssel federführend an Agrarpolitikbeschlüssen mitgewirkt, die unterm Strich bei ca. 1% liegen (wobei selbst dieses Prozent von der EG nur für die Verarbeitungsindustrie, nicht aber für die Bauern garantiert wird); – die CDU/CSU-Regierung hat die bisher vorgesehenen Kürzungen im Agrarsozialbereich noch drastisch verschärft: bereits in den letzten Jahren mußten die Bauern Beitragssteigerungen von über 40% hinnehmen; nach den neuen Beschlüssen werden die Beiträge für 1983/84 nochmals um rd. 30% gesteigert – bald ein halbes Einkommen!

Diese Entwicklung hatte einige Pressekommentatoren zu der Befürchtung veranlaßt, etliche Bauern könnten auf dem Deutschen Bauerntag in Freiburg der CDU vielleicht erkennbar die Gefolgschaft aufkündigen, zumal Kohl selbst dort auftrat (nach Adenauer der erste Kanzler auf einem Bauerntag). Tatsächlich wurden die Redner (Kohl, Baden-Württembergs Späth, Landwirtschaftsminister Kiechle, Heereman, der Präsident des Deutschen Bauernverbands) mit einem Wald von Transparenten konfrontiert, auf denen die CDU-Agrarpolitik kritisiert wurde.

Aufsehenerregend war jedoch, daß sich auf dem Freiburger Bauerntag zum ersten Mal unüberhörbar eine agraroppositionelle Gruppe artikulierte – die Arbeitsgemeinschaft Bauernblatt.

Die Pressekonferenz des DBV wurde geprägt von einer heftigen Debatte zwischen Vertretern des Bauernblatts und Heereman. Heereman kam angesichts der fundiert argumentierenden Bauernblätter mit seinem üblichen Freiherrenstil („alles Spinner“) ins Schleudern und mußte verzeihen, daß Vertreter nahezu aller Tageszeitungen an der anschließenden Pressekonferenz des Bauernblatts teilnahmen.

Die mit hoher Auflage verteilte Sondernummer des Bauernblatts wurde von den Besuchern interessiert genommen. Darin entwickelt die Gruppe ihr



Deutscher Bauerntag in Freiburg vom 30.6 – 2.7.83: Zahlreiche Transparente bezeugen die Unzufriedenheit mit der CDU-Agrarpolitik.

importe und Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion an eigenen Futtergrundlagen.“

Die Arbeitsgemeinschaft Bauernblatt kann heute auf eine zehnjährige Tätigkeit verweisen. 1973 wurde im schwäbischen Herrenberg der erste „Arbeitskreis Junger Landwirte“ gegründet, seit 1980 wird die Zeitung „Bauernblatt“ herausgegeben, die heute monatlich erscheint – „eine Zeitung von Bauern für Bauern“ (zu beziehen über: Bauernblatt, Hofäckerweg 1, 7407 Rottenburg-Ergenzingen). Die Arbeitsgemeinschaft arbeitet heute mit 14 regionalen, selbstständigen Arbeitskreisen.

Kohl konnte auf dem Freiburger Bauerntag zwar unter Applaus sein reaktionäres Gewäsch verbreiten. Das Auftreten des Bauernblatts und die zahlreichen Transparente der Besucher lassen Hoffnung auf eine wachsende Opposition zu.



Mayer-Vorfelder redete am 17. Juni vor kleiner Gemeinde.

die Schulbuchzulassung auf einer Lehrplantagung im April in Stuttgart als eine scharfe Waffe zur Durchsetzung der Lehrplanrevision. Des Weiteren werden die Kompetenzen der Schulleiter gestärkt. Zum einen wird die Fachaufsicht über die Lehrer im Grund-, Haupt-, Realschul-Bereich vom Schulamt auf den Schulleiter übertragen, zum anderen werden bei der Schülerdisziplinierung die Kompetenzen der Gesamtlehrerkonferenz auf den Schulleiter und die Klassenkonferenz übertragen. Künftig kann der Schulleiter Schüler bis zu zwei Unterrichtstagen ausschließen, die Konferenz der Lehrer einer Klasse kann unter Vorsitz des Schulleiters und Beteiligung der Schulkonferenz einen Schulausschluß verordnen.

Neu eingerichtet wurde das Fach Ethik, das Schüler, die sich vom Religionsunterricht abgemeldet haben, besuchen müssen. Aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 21.12.77 wird eine „Geschlechtserziehung“ eingeführt, die biologische Sachverhalte „von einer christlich bestimmten Orientierungsbasis her“ vermitteln soll. Die Teilnahme ist freiwillig.

Quellenhinweis: Landtagsdrucksachen 8-3080, 3081, 3784; Plenarprotokoll 8-71.

Kommunen CDU Baden-Württemberg rüstet um

Stuttgart. Die Selbstverwaltung der Kommunen soll laut CDU bis zu den baden-württembergischen Kommunalwahlen im Oktober 1984 zu ihrer vollen Blüte gelangt sein. Lange genug wird daran schon geschafft. Seit 1980 ist die „Land-Kommune-Kommission“ unter Vorsitz des Innenministers Herzog und des Stadtratsvorsitzenden Rommel, CDU, dazu tätig. Offizielles Ziel: „Ausbau des Handlungs- und Entscheidungsspielraums der Ge-

meinden“. Aber wenn einige Kommissionsmitglieder dies ernsthaft wünschten, wurde es ihnen mit der Zeit ausgetrieben: Die Landesregierung verlangte auf Wunsch der IHK von Gemeinden die Senkung der Gewerbesteuer, sie erpreßte Gebührenerhöhungen und Personalkürzungen, indem sie den Gemeinden von 1981 bis 1983/84 insgesamt 1,5 Mrd. DM Landesgelder entzog.

Die Kommission spuckte einiges Üble heraus: So sollen z.B. die bisherigen Pflichtaufgaben der Gemeinden in „freiwillige Aufgaben“ umbenannt werden und zahlreiche vom Land unterstützte Leistungen aus dem Sozial- und Jugendbereich auf die Gemeinden übertragen werden neben Erweiterungen der unteren Behördenaktivität. Damit ist das Land aus dem Schneider, braucht die Kostenregelung für die Gemeindeaufgaben nicht zu bestimmen, kann Personal abziehen, der Einwohner kann nicht auf „freiwillige“ Leistungen pochen und die Gemeinde kann „verantwortungsvoll“ Aufgaben streichen oder sehen, woher sie das Geld dafür bekommt. Die vielen Arbeitslosen, „unausgefüllten“ Hausfrauen und Rentner können ja auch die Grünpflege, Jugend- und Altenhilfe übernehmen. „Ehrenamtlich“ natürlich, ohne Bezahlung, denn man will Personalkosten sparen.

Das „Ehrenamt“, die Krönung der „Selbstverwaltung“, ist ein erklärtermaßen lohnendes Gebiet für eine weitere Kommission, die das Land unlängst ins Leben rief. Späth hat seine Gründe dafür. Er selbst sagt es so: Wenn das Kapital im Haushalt fehlt, muß das humane und soziale Kapital der Gemeinschaft wieder stärker aktiviert werden.

Das Land kann sich dann auf die Gewerbeförderung stürzen. Denn hier erhalten die Gemeinden keinen „Entscheidungsspielraum“. Jetzt wird der Entwurf des neuen Landesplanungsgesetzes verhandelt, das die Grundlage für die Entwicklungs- und Regionalpläne des Landes ist. Die über den Gemeinden stehenden Regionalverbände sollen mehr „Grundsätze für die Ordnung und Entwicklung der Region“ von der Landesregierung in ihre Pläne aufnehmen und als Nahtstelle gegenüber den Kommunen auf genauere Einhaltung dieser Landesweisungen achten. Die Ministerien des Landes erhalten die Kompetenz, sich die Regionalverbände ständig zur Brust zu nehmen. Da sieht auch ein Vorstandsmitglied eines Konzerns oder ein IHK-Vertreter rasch, wie seine Anregungen zu greifbaren Ergebnissen verarbeitet werden. Und für diese Landespartner bleibt die Finanzquelle ohne Abstriche, „da bei einer Streichung der Förderung das Land Wettbewerbsnachteile erleidet“.

Baden-Württemberg Schulgesetznovelle verabschiedet

Stuttgart. Am 28.6. hat der Landtag mit der Stimmenmehrheit der CDU eine Novellierung des Schulgesetzes beschlossen, die mit geringen Abweichungen dem Gesetzentwurf der Landesregierung vom 15.10.82 entspricht. Änderungsanträge der Oppositionsparteien wurden abgeschmettert.

Folgende Änderungen sind bedeutsam: Die Profildefinitionen der Schularten, wie sie der Lehrplanrevision zugrundegelegt wurden, sind in den Gesetzesentwurf aufgenommen. War z.B. bisher als Aufgabe der Hauptschule definiert, eine allgemeine Bildung als Grundlage für eine erfolgreiche Berufsausbildung oder weiterführende, insbesondere berufsbezogene Bildungsgänge zu vermitteln, wird jetzt einschränkend bestimmt: „Die Hauptschule vermittelt eine grundlegende allgemeine Bildung, die sich an lebensnahen Sachverhalten und Aufgabenstellungen orientiert. Sie fördert in besonderem Maße praktische Begabungen, Neigungen und Leistungen.“ Nach §78 entfällt für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, derzeit 11 000 in Baden-Württemberg, die Berufsschulpflicht nach Absolvierung eines Berufsvorberreichungsjahres.

Die Schulbuchzulassung unterliegt ausschließlich dem Kultusministerium. Schulbücher müssen mit den durch Grundgesetz, Landesverfassung und Schulgesetz vorgegebenen Erziehungszielen übereinstimmen. 1982 lehnte das Kultusministerium 150 von 562 durch Verlage vorgelegte Schulbücher ab. Ministerialdirektor Seifert bezeichnete

Senatsbeschlüsse hilfreich für die Durchsetzung der Bonner Sozialreaktion

Hamburg. Der Hamburger Senat, aus den Bürgerschaftswahlen im Dezember 1982 mit absoluter Mehrheit hervorgegangen, hat seinen Haushaltspolitischen Plan 1984 vorgelegt. Im Dezember soll die Bürgerschaft entscheiden. Die SPD hat die Möglichkeit, in Hamburg durch haushaltspolitische Maßnahmen die Angriffe der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung auf die Lohnabhängigen wenigstens etwas abzubremsen. Sie hat das Gegenteil beschlossen. Maßnahmen der Bundesregierung machen sie zur Grundlage ihrer Haushaltspolitik:

– Zimmermanns Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst fügte der SPD-Senat noch die Streichung des Essenzuschusses im öffentlichen Dienst hinzu.

– Die Verdichtung des Arbeitstages für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst durch Stellenstreichungen bereichert der Hamburger Senat durch eine sozialdemokratische Variante. In Hamburg werden Teile des öffentlichen Dienstes ausgebaut, vor allem die Gerichte. Mehrausgaben müssen durch Einsparungen in anderen Bereichen hereingeholt werden.

Doch damit nicht genug. Hamburg wird als einziges Bundesland seine Polizei aufstocken. Pawelczyk, Innensenator im Hamburger Senat, preist das selbst als Alternative zur Bundespolitik. Nicht Verschärfung des Demonstrationsrechts, sondern mehr Bürger Nähe durch mehr Polizei. Nun hat er beides. Zudem wurde als neuer Polizeipräsident ab 1. Juli der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Landesbezirks Nordmark des DGB ernannt. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten, so Pawelczyk, kann das nur von Nutzen sein. Und bei den haushaltspolitischen Beschlüssen des Senats, so muß man hinzufügen, rechnet der Senat realistischerweise mit Auseinandersetzungen, denen er mit Polizeigewalt begegnen muß.

126 Mio. DM sollen im nächsten Jahr allein an Mehreinnahmen durch Steuer- und Gebührenerhöhungen aus den Lohnabhängigen herausgeholt werden. Für den öffentlichen Nahverkehr sind Fahrpreiserhöhungen für die nächsten Jahre geplant. Der Kostendeckungsgrad, bereits jetzt der höchste in der BRD, soll schrittweise auf 66% erhöht werden. Und damit die Gebührenerhöhungen und Steuereinnahmen nicht auf die Sozialhilfe durchschlagen, beschließt der Hamburger Senat, daß eine „Reihe hamburgischer Le-

stungen, die über Leistungen anderer Länder und des Bundes hinausgehen“, gestrichen werden. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Rentensenkungsmaßnahmen der Bundesregierung, wie auch alle Maßnahmen gegen die Arbeitslosen, in Hamburg voll zur Wirkung kommen werden. Man darf gespannt sein, wie der Senat dies vor den Gewerkschaften begründen will. Nach der Sommerpause wird der DGB Stellung beziehen müssen; bislang war noch nichts zu hören.

Nützlich wird es sein, wenn in den Gewerkschaften auch die Wohnungsbaupolitik zur Sprache kommt. Streichung von Zuschüssen für den sozialen

arbeiten. In Hamburg würden dagegen mit Gewinnen aus öffentlichen Unternehmen Verluste bei anderen Unternehmen gedeckt. Damit müsse Schluß sein.

Doch wie soll die CDU, die in der Bürgerschaft hoffnungslos in der Minderheit ist, in die Offensive kommen? Die CDU wird im Herbst das Verfassungsgericht anrufen, um feststellen zu lassen, daß ein Sonderkredit in Höhe von 800 Mio. DM unzulässig ist. Die SPD will mit diesem Kredit Zinsrückzahlungen alter Kredite decken. Dies sei durch die Haushaltssordnung nicht gedeckt, so die CDU, sondern es bedürfe einer Verfassungsänderung, die nur mit ihren Stimmen möglich ist. Die CDU hat signalisiert, daß ein deutlicher Stellenabbau im öffentlichen Dienst den Sonderkredit überflüssig machen könne. Vielleicht auch ihre Verfassungsklage? Namhafte SPDler haben bereits signalisiert: „... daß ein Personalabbau ... zur Konsoli-



Sozialer Wohnungsbau in Hamburg. Der Hamburger Senat will Zuschüsse kürzen, um „kostensparender zu bauen und die Wohnfläche pro Kopf zu reduzieren.“ Haushaltspolitik also, die Lohnsenkungen zur Grundlage hat.

Wohnungsbau hat der Bausenator damit begründet, daß billiger gebaut werden könne. Achtqm weniger bei einer Drei-Zimmer-Wohnung würden schon 16000 DM Zuschüsse einsparen. Also Verkleinerung der Wohnungen, vielleicht die Küche ins Wohnzimmer umwandeln.

Die CDU in Hamburg könnte bei dieser Haushaltspolitik eigentlich zufrieden sein. Ein CDU-Senat hätte es nicht „besser“ machen können. Aber sie will den SPD-Senat zum Offenbarungseid zwingen. Der Haushalt sei „unsolide, arbeitsplatzgefährdend, zukunftsfeindlich“, läßt sie verlauten. Vor allem die Maßnahmen im öffentlichen Dienst seien nicht einschneidend genug, weil kein *deutlicher* Stellenabbau beschlossen sei. Öffentliche Unternehmen müßten voll kostendeckend

dierung des Haushalts unabweisbar sei.“

Die SPD, die mit ihrem Versprechen, 1984 keine Stellen im öffentlichen Dienst abzubauen, in den Wahlkampf gegangen ist, käme in eine peinliche Situation gegenüber der ÖTV. Bereits jetzt hat die ÖTV die Rücknahme der Essenzuschüsse verlangt. Gelingt der CDU, die SPD durch Hinweis auf die Verfassung zu noch schärferen Angriffen auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu treiben, ist eine CDU-Regierung in Hamburg wirklich überflüssig. Werden in den Gewerkschaften Beschlüsse gegen den Haushaltspolitischen Plan gefaßt, die deutlich machen, daß mit dem Hamburger Haushalt der Bonner Sozialreaktion Tür und Tor geöffnet wird, kann dies zurückgewiesen werden.

Stadthaushalt nur mit Auflagen genehmigt

Braunschweig. Entgegen vorherigen Verlautbarungen hat die Bezirksregierung den Haushalt der Stadt nur mit Auflagen genehmigt. Um jeweils 10 Mio. DM wurde das Kreditaufnahmevermögen und die Verpflichtungsermächtigungen für 1984 bis zur Einbringung des Nachtragshaushalts gekürzt. Insbesondere die Ausgabenseite wurde angeblich „nur unzureichend“ der veränderten Situation angepaßt“.

Dann wird das reaktionäre Programm präsentiert: Ausgabensenkungen durch Rationalisierungen, Verlagerung von Aufgaben in den privaten Bereich sowie Wegfall von Aufgaben. „Die freiwilligen Leistungen sind weiterhin mit dem Ziel der Minderung zu überprüfen; Möglichkeiten einer Personalkostenreduzierung sind konsequent zu betreiben; Kosten für Unterhaltungsarbeiten sind auf das unabsehbar notwendige Maß zu begrenzen, die Notwendigkeit der freiwilligen Investitionszuschüsse an die Krankenanstalten ist zu überprüfen (jährlich z.Zt. 5 Mio. DM).“

Unmittelbare Reaktion der Dienstaufsicht ist: erstmal wieder auf die Beschäftigten draufschlagen durch eine 1%-ige Kürzung der Stellen und einer sechsmonatigen Wiederbesetzungssperre, obwohl bereits auf Grund des Widerstandes der Ämter die geplante Kürzung von 2,5 Mio. DM für 1983 beim Personal bisher nicht durchgesetzt werden konnte. Außerdem könnte die zusätzliche Belastung, die durch die geplante Kürzung von Landesmitteln auf die Stadt zukommen, nicht mehr aufgefangen werden: die Kürzung der Mittel für Schülerbeförderung von ca. 1,4 Mio. DM, für die Volkshochschulen von 0,75 Mio. DM und für den Mietwohnungsbau von 0,5 Mio. DM. Schließlich hat der Stadtkämmerer eine Erweiterung der Getränkesteuer (bisher gilt sie für Kaffee, Limonade, Milchmixgetränke) auch auf Bier vorgeschlagen (Mehreinnahme mindestens 4 Mio. DM jährlich). Das Bier würde von 1,40 DM auf 1,60 DM das 0,3 l-Glas teurer.

Daß die Dienstaufsicht andererseits die Wirtschaftsförderung noch stärker aufblähen will, wird kaum nach außen getragen. Schon jetzt werden allein für die Vorhaltung von Gewerbe- und Industrieflächen öffentliche Mittel in Höhe von 60 bis 80 Mio. DM gebunden.

Polizeitaktik Gemeinsamkeit der Demokraten

Dortmund/Köln. Die Zahl der wegen der „Krefelder Krawalle“ in Untersuchungshaft sitzenden Demonstranten ist inzwischen auf acht gestiegen. Die letzte Festnahme erfolgte in Köln, auf offener Straße durch Zivilpolizei – obwohl die Anschrift der Polizei bekannt war. Offensichtlich geht das Landeskriminalamt bei seinen Methoden davon aus, daß noch längst nicht erreicht ist, wovon die SPD-Fraktion bei der Sondersitzung des Landtages wegen Krefeld träumte: „Mit dem



Dortmund, 23.7.: Die Masken von Esser und Zimmermann auf der Demonstration

Stolz auf das Demonstrationsrecht muß die Ehre jedes Demonstranten verbunden sein, daß die von ihm mitgetragene Demonstration gewaltfrei verläuft“, und „wer Gewalt zum Mittel der Politik macht, stellt sich außerhalb unserer Rechtsordnung“. Verbale „gewaltfreie Distanzierung“ ist bloß die halbe Miete, offene Spaltung und Unterstützung bei der Hasenjagd auf „Chaoten“ erträumt sich der Landtag. Vorerhand fürchtet man aber noch Solidarität. Und gebraucht derweil Rechtsbrüche wie beim Polizeiüberfall auf das Kommunikationszentrum „Die Börse“ am 10.7. in Wuppertal, der ohne Haussuchungsbefehl stattfand. Begründet mit „Gefahr im Verzuge“ und mit Vorsorge für die „Verbesserung der Beweissituation“.

Gegen die Versuche, die Friedensbewegung zum aktiven Bestandteil staatstragender Mobilisierung zu machen, haben die „Autonomen“ in den letzten zwei Wochen mehrere Aktionen durchgeführt. In Wuppertal fand eine Demonstration mit 80 Teilnehmern zum Gefängnis statt für die Freilassung der Inhaftierten sowie eine Veranstaltung.

Zur Diskussion über die Aufhebung des Demonstrationsrechts und die Möglichkeiten im Kampf gegen die Raketenstationierung kamen in Dortmund 150. Eine Demonstration für den 23.7. wurde beschlossen. Daran beteiligten sich 500, sie forderten Freilassung der Demonstranten. Die Parolen richteten sich gegen die NATO, den BRD-Imperialismus, den Polizeistaat. Auf der Abschlußkundgebung wurde u.a. eine Solidaritätsadresse von 31 Universitätsbeschäftigen verlesen, darunter zehn Professoren. Die Demonstration wurde von Autonomen, dem AStA, der Initiative „Bürger beobachten die Polizei“, einer antifaschistischen Gruppe, BWK, KPD sowie vielen Einzelpersonen unterstützt. Die Initiatoren wollen sich in dieser Woche an einer Kampagne gegen das Dev Sol-Verbot beteiligen.

In Köln wurde bei einer Protestaktion gegen ein NATO-Versorgungsschiff auf dem Rhein die Freilassung der Verhafteten gefordert. Am Donnerstag findet eine Veranstaltung statt.

Eben diesen Solidarisierungseffekt hatte die Presse befürchtet, die im Übrigen rechtfertigte, Wuppertal sei nicht Nürnberg. Der von der Mehrheit der Bürger bejahte Staat handele richtig, wenn er sich für Name und Adresse seiner erklärten Gegner interessiere. Daß der Zweck ein anderer war, beweist die letzte Verhaftung in Köln, drei weitere Demonstranten werden inzwischen per Haftbefehl gesucht. Den Vorwurf der Unfähigkeit von CDU-Seite will Innenminister Schnoor nicht auf sich sitzen lassen.

Todesschüsse Zulässigkeit wieder einmal bestätigt

München. So wie bei gegebener Gesetzes- und Rechtslage zu erwarten war, sind die Gerichtsverfahren gegen Polizisten ausgegangen, die in Ausübung ihres Dienstes jüngst Leute erschossen haben. In Augsburg, wo ein Lehrling im Auto erschossen wurde, nachdem er bei einer Polizeikontrolle nicht gestoppt hatte, wurde das Verfahren kurzerhand eingestellt. Denn: Der Verdacht auf Trunkenheit rechtfertigt polizeiliche Verfolgung; der Verdacht auf ein „Verbrechen des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr“ rechtfertigt den Schußwaffengebrauch. Ist der „Verbrecher“ dann erschossen, braucht nicht einmal der Schütze ermittelt zu werden.

Das Schwurgericht München II verhängte gegen den „Gautinger Todesschützen“ (vgl. Pol. Ber. Nr. 7/83) sechs Monate Gefängnis auf Bewähr-

lung wegen „fahrlässiger Tötung“ eines 14jährigen Schülers. Wurde dieser Prozeß mit viel Pressepublizität ausschließlich wegen der „Tragik des Unglücks“ und der „Schuldlosigkeit des Jugendlichen“ begleitet, so regte dann auch das „milde Urteil“ zu „Empörung“ an, ohne daß auch nur der geringste Anstoß an der Brutalität des *gesetzlich* festgelegten polizeilichen Schußwaffengebrauchs genommen wurde. Wer daher nur das Urteil als „skandalös“ bezeichnet, der betrachtet den Todesschuß als das Problem des gewollten oder ungewollten Mißgriffs „schwarzer Schafe“ bei der Polizei. Weil das Urteil dagegen den Zweck des Polizeiaufgabengesetzes bestätigt, ist das Urteil auch nichts Außergewöhnliches.

Im Einzelnen stellt das Urteil zu den Beteiligten fest: „Das Opfer ist der eigentliche Tatauslöser. Wenn der Junge nicht in das Fenster eingestiegen wäre, wäre es nicht zur Tat gekommen.“ Oder: Wann immer jemand mit der Polizei zu rechnen hat, kann er schon bald darauf tot sein. Weil sich darauf das potentielle Opfer grundsätzlich einstellen soll, zieht das Gericht auch „den Schluß, daß er (der Schütze) eine Veranlassung zum Schießen sah“. Totschlag läge nur dann vor, wenn der Beamte in dem Bewußtsein geschossen hätte, daß dies nicht erforderlich war. Ferner habe der Todesschütze vermutet, daß ein Angriff bevorstehe. Man dürfe diese Möglichkeit der Putativnotwehr nicht deshalb außer acht lassen, „weil der Angeklagte sich nicht darauf beruft“. Also kann der Staatshüter immer einen Angriff vermuten und kann dann schießen. „Fahrlässig“ war der Schütze nur, weil er „zu risikant“ vorgegangen sei. Damit aber niemand diese harmlose Belastung mißversteht, macht der Richter deutlich: Die Gerichtsentscheidung dürfe nicht dazu führen, „daß sich Polisten künftig übertrieben zurückhalten“. – Feuer frei!

CSU-Parteitag „Wende“ in Partei und Politik der CSU?

München. Der Parteitag (15. – 17. Juli) hatte sich schwerpunktmäßig mit der Vorbereitung der Kommunalwahlen 1984, dem Rechenschaftsbericht und den Vorstandswahlen zu befassen. In fünf Arbeitskreisen wurden die Delegierten auf die „hautnahe Politik“ in den Kommunen ausgerichtet. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, bzw. es konnte nicht mehr zur Beschußfassung kommen, weil der Parteitag vorzeitig wegen Beschußunfähigkeit abgebrochen wurde.

Strauß setzte die Schwerpunkte der CSU für die Bonner Regierungspolitik: Die Partei gebe Zimmermann volle Rückdeckung, „wenn er seine Linie fortsetzt“, weil „wir heute den Schutz des Staates gegen den Mißbrauch der individuellen Freiheits- und sonstigen Rechte (brauchen)“. (Bayernkurier, 23.7.) Im Bereich der Gesellschaftspolitik soll die Union der Familienpolitik den Vorrang geben, deren Ziel besonders die drastische Erhöhung der Geburtenzahl mittels Mutterschaftsprämien verschiedenster Art sein soll: „Das ist einfach der selbstverständliche Lebenswill eines Volkes, wenn es auch in Zukunft noch seinen Platz an der Sonne haben soll.“

Größte öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr diese Veranstaltung wegen der ihr vorausgegangenen Kritik aus den eigenen Reihen an dem DDR-Kredit und an der Art und Weise seines Zustandekommens. Die Medien, selbst vom konservativen Lager, putschten den Vorgang hoch und vermittelten den Anschein von einer „Wende der Straußschen Politik“ oder von einer „veränderten CSU“, weil der Vorsitzende nur 77% der gültigen Stimmen erhielt. Den Kritikern, vornehmlich angesiedelt im rechten Flügel der CSU, die den Kredit als Verstoß gegen das Grundsatzprogramm der CSU bezeichneten („Verträge müssen dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung entsprechen“), konnte Strauß entgegenhalten, daß sie nur wenig von Politik verstanden, weil in der Deutschlandpolitik praktisches Handeln erforderlich sei, auch wenn momentan die „Grundsatzfragen“ „nicht lösbar scheinen“. Während Handlos und Co. ausschließlich an der militärischen Vorbereitung der Wiedervereinigung liegt, vergißt Strauß das glänzende Geschäft nicht, das das Finanzkapital machen will, und schafft noch den Vorteil, mit dem „momentan Machbaren“ den Osten an den bundesrepublikanischen Wirtschaftskreis heranzuziehen. Klar, daß bei solchbrisanten Vorgängen die Behandlung in größeren Gremien nicht nützlich ist.

Den Unmut über das Vertragsverfahren können Strauß und die CSU-Führung leicht ertragen, interessiert es doch wirklich keinen der Bankiers, ob sich dabei einige niederbayerische Ortsdelegierte übergangen fühlen oder nicht. Auseinandersetzungen gab es in der CSU schon mehrere und für deren Entwicklung zu einer führenden Partei der Reaktion schon bedeutendere, so z.B. den Streit um die Beseitigung der konfessionellen Lehrerausbildung, um die Bekenntnisschule, oder als Strauß gegen heftigen Widerstand in der CSU und von der CDU 1972 die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag durchsetzte.

1000 Jahre Moringen Statt einer Chronik – Geschichtsfledderei

Moringen/Kreis Northeim. Aus Anlaß ihrer 1000-Jahr-Feier hat die Stadt Moringen eine offizielle Stadtchronik herausgegeben, die insbesondere als Nachbetrachtung zweier Weltkriege in Vorkriegszeiten so recht zu den moralischen Nachrüstungsanstrengungen der Reaktion paßt. Die redaktionelle Verantwortung für das 368-Seiten-Werk trägt der 64-jährige ehrenamtliche Stadtarchivar Dr. Ohlmer, der allerdings im Auftrag des politisch verantwortlichen Stadtparlaments und des CDU-Bürgermeisters Leonhard tätig geworden ist.

Zitat: „25 Jahre nach Ausbruch des 1. Weltkriegs mußten Moringer Söhne erneut in einen Selbstbehauptungskrieg ziehen, in dem die Nachfolgeprobleme des 1. ausgekämpft wurden.“ (S. 249) Allerdings bescheinigt die Chronik den reichsdeutschen Imperialisten anerkennend beim zweiten Mal eine bessere Vorbereitung.

Ferner wird die Reichskristallnacht als Folge jüdischer Provokationen dargestellt, wie z.B. angebliche Schaufensteinwürfe an deutschen Geschäften in den USA, mehrere Mordanschläge auf deutsche Repräsentanten im Ausland usw. Als „das deutsche Volk sich derartige Progrome nicht bieten lassen wollte, verloren einige radikale Elemente besonders der SS und SA die notwendige Selbstbeherrschung ...“ (S. 290) So werden die Opfer des Nationalismus für die an ihnen begangenen Verbrechen auch noch verantwortlich gemacht.

Ebenso wird das KZ Moringen in der Chronik als „Schutzhäftsammellager“ und als „Jugendschutzlager“ verharmlost. Von dem Hungerstreik in diesem ab März 1933 ersten Konzentrationslager Niedersachsens, in den die eingekerkerten 200 Kommunisten, 30 Sozialdemokraten und 20 Mitglieder anderer Parteien vor fast genau 50 Jahren, am 21. Juni 1933, getreten sind, weiß die Chronik geflissenlich nichts.

Der DGB-Kreis Northeim, die Göttinger Stadtratsliste AGIL, der DKP-Kreis Northeim-Osterode u.a. haben die Chronik öffentlich angegriffen und zum Teil einen Stopp der Verbreitung und Rücktritt des CDU-Bürgermeisters gefordert. Die Staatsanwaltschaft in Göttingen muß inzwischen Ermittlungen wegen möglicher Billigung von Straftatbeständen überprüfen. Ansonsten ist in der bürgerlichen und kirchlichen Öffentlichkeit hauptsächlich die Darstellung der Reichskristallnacht verpönt.

Bundeswehr

Die elende Lage der Wehrpflichtigen soll die Kriegsfähigkeit der BRD-Imperialisten sichern

Hamburg. 7,50 DM erhält der zwangsverpflichtete Soldat bei der Bundeswehr als Tagessold; nach einem halben Jahr wird er, sofern er während der Grundausbildung Treue und Gehorsam geschworen hat und auch sonst nicht aufgefallen ist, zum Gefreiten befördert, dessen Sold 9 DM beträgt. Die nächste Wehrsolderhöhung hat das Verteidigungsministerium gerade auf den 1.1.1985 verschoben. Daß man von dem Sold leben kann, behauptet niemand. Bundeswehrführung und das Wehrsoldgesetz begründen die geringe Höhe vielmehr damit, daß dem Wehrpflichtigen sämtliche Lebensnotwendigkeiten in Form von „Sachbezügen“ gewährt würden, weshalb der Wehr-

ten Pächtern betriebenen Kantine Zusatzverpflegung in Form von Mars, Frikadellen o.ä. kaufen müssen. Ähnlich verhält es sich mittags an den Tagen, an denen das Küchenessen wirklich ungenießbar ist.

Während einer Übung vermindern sich die Mahlzeiten oft auf zwei täglich; das einzige Warme ist dabei häufig heißer Tee. Für die Wochenenden, an denen der Soldat nicht in der Kaserne ist, erhält er nur sein Essensgeld ausbezahlt. Wird er nicht irgendwo mit durchgefüttert, gestaltet sich damit das Wochenende zum reinsten Überlebenstraining.

Wohnen: Die zwangsweise Einquartierung in den Kasernen der Bundeswehr

bis zu einem gewissen Grade auch durch das Unterhaltssicherungsgesetz anerkannt ist. Danach erhält der Wehrpflichtige, der bereits sechs Monate vor der Einberufung eine eigene Wohnung bewohnte, Mietbeihilfe in Höhe der vollen Miete bis 420 DM. Falls er später eine Wohnung bezogen hat, bekommt er nur 70% der Miete, höchstens 294 DM. Soldaten, die bei ihren Familienangehörigen wohnen, erhalten nichts, auch wenn sie sich vorher an der Aufbringung der Miete beteiligt haben.

Kleidung: Der Soldat erhält Dienstbekleidung und Ausrüstungsgegenstände. Privatsachen muß er sich selber kaufen, denn er kann ja auch im kleinen Dienstanzug auf die Straße treten. Den allerdings auf politischen Veranstaltungen zu tragen, ist wiederum ausdrücklich verboten.

Freie Heilfürsorge: Der Wehrpflichtige ist nicht krankenversichert, wird dafür aber kostenlos im Sanitäsbereich versorgt. Bei den Ärzten in der Bundeswehr handelt es sich meistens um ebenfalls verpflichtete Anfänger, weshalb viele Soldaten aus Erfahrung klug geworden sind und fällige Behandlungen, besonders der Zähne, auf die Zeit nach dem Wehrdienst verschieben. Freie Arztwahl besteht nämlich nicht. Die Bundeswehr zahlt Beiträge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung, wobei letztere zum 1.1.82 einfach um 25% gekürzt wurden.

Freie Heimfahrt: Zähe Kämpfe der Soldaten haben bewirkt, daß ab Juli 1979 die Bahnfahrt zum Heimatort des stationierten Wehrpflichtigen kostenlos ist. Soldaten aber, die wegen der ungünstigen Bahnverbindungen mit dem Auto heimfahren, erhalten keinen Pfennig erstattet. Auch ist die Nutzung öffentlicher Nahverkehrsmittel nicht frei, was die Bewegungsfreiheit der Kasernierten am Stationierungsort erheblich einschränkt.

Sparzulage: Seit Januar 1982 entfällt diese „Leistung“, da die 50 DM Sparförderung bei laufenden Sparverträgen gestrichen wurde.

Sonderzahlungen: 900 DM gibt es Entlassungsgeld. Als Ausgleich dafür, daß viele Wehrpflichtige nach drei Monaten bei ihrem alten Arbeitgeber entlassen werden, ist es so gut wie wirkungslos. Das Weihnachtsgeld beträgt satte 250 DM.

Ohne erhebliche zusätzliche Geldquellen kann der Wehrpflichtige also nicht leben. Schamlos nutzt die Bundeswehr den Tatbestand, daß viele

Dienststelle
2./Panzergrenadierbataillon
Personalkommando

Ort, Datum der Vernarrung und Aufenthaltszeit
Hamburg den 22. 04. 1

B = Bundesoldat
Soz 3 = Soldat auf Zeit, der 3 Jahre verpflichtet ist
W = Wehrpflichtiger

* Dienstvoraussetzung, die die Zeit der Entsendung über die Reisezeit hinaus verlängert, oder dessen Nachfolger unentbehrlich, im Falle des § 23 Abs 1 WVO fachdienstlich unterstellt.

Disziplinarmaßnahme

Ich verhängt gegen den (Dienstgrad, Vorname, Name)

Festnahmen
Personenkennziffer Geburtsjahr Status Eintritt in die Bundeswehr
Dienststelle, Dienststellenummer
4. Panzergrenadierbataillon

eine Disziplinarbuße von -50-- DM

Er hat am 19. 04. 1982 in Hamburg

in einer „Zusätzlichen schriftlichen Auseinandersetzung“ über den Sinn und die Auswahl der Eintragungen im UVD-Dienstbuch folgendes Beispiel angeführt:
„1. Vorfall: Füllt mir beim Rundgang durch das Kp-Gebäude in der Funktion des GVD etwas vor, z. B. ein randalierender, mich im Delirium befindender Offizier, benachrichtige ich den UVD.“

Die Vollstreckung der Disziplinarmaßnahme beginnt – frühestens – am



Mit Disziplinarmaßnahmen wird Gehorsam erzwungen.

sold eher Taschengeldcharakter habe. Die „Sachbezüge“ im Einzelnen:

Essen: Der Soldat erhält unentgeltlich drei Mahlzeiten täglich aus der Gemeinschaftsverpflegung. Der Kühle stehen pro Nase und Tag für alle 4,50 DM (1957 2,50 DM) Essensgeld zur Verfügung. Damit kann selbst der engagierte Küchenfeldwebel keine nährstoffhaltigen und schmackhaften Speisen anbieten; das Essen ist fett und enthält viele Kohlehydrate. Die Zeit zwischen Frühstück (ca. 6 Uhr) und Mittag (ca. 12 Uhr) ist ohne Zwischenimbiß kaum durchzustehen, weshalb sich viele Soldaten in der „NATO-Pause“ (8.30 Uhr) aus der von priva-

wird einschlägig als „Sachbezug“ „Unterbringung“ bezeichnet. In Stuben mit einer Belegung von vier bis zwölf Mann „bewohnt“ der Wehrpflichtige ein Bett – wenn er Pech hat in dritter Etage – und einen Spind mit einem Fach für Privatsachen von vielleicht 30 mal 30 cm. Dieses Heim wird bewacht vom Unteroffizier vom Dienst, der allabendlich überprüfen muß, daß sich z.B. kein Staub auf den Heizungsrohren befindet, und der dafür sorgt, daß während der Grundausbildung um 22 Uhr Bettruhe und Dunkelheit herrscht. Kein Zweifel, der Wehrpflichtige braucht außerhalb des Kasernengefängnisses ein Heim, was

Zusammenschlüsse von Wehrpflichtigen in verschiedenen NATO-Armeen

In den meisten europäischen NATO-Staaten mit Wehrpflichtigenarmeen gibt es Organisationen, die in der Armee für gewerkschaftliche und politische Rechte der Soldaten kämpfen. Die bekannteste ist wohl die holländische VVDM (Vereinigung wehrpflichtiger Soldaten), die 1966 gegründet wurde. In langen Auseinandersetzungen erreichte es die VVDM, als gewerkschaftliche Interessenvertretung der Wehrpflichtigen anerkannt zu werden. Sie setzte die Bezahlung der Wehrpflichtigen entsprechend dem gesetzlichen Mindestlohn für Jugendliche durch und erkämpfte die Abschaffung der Wohnpflicht in den Kasernen.

Durch vielfältige Aktionen wurde die Abschaffung der Grußpflicht erzwungen: Es wurde kein Offizier mehr begrüßt, aber dafür jeder Baum, jedes Auto, jeder Vogel, den der Wehrpflichtige in der Kaserne antraf. Die Ausgangssperre ab 24 Uhr wurde erfolgreich bekämpft, indem sich alle Wehrpflichtigen einer Kaserne jeden Abend Punkt viertel nach zwölf vor der Kaserne zu einer „Besprechung“ versammelten. Zur Zeit bekämpft die VVDM zusammen mit



1981: Soldaten des AKWP verteilen Flugblätter für das „Rheinländerwochenende“.

anderen Gewerkschaften die Bestrebungen der holländischen Regierung, die Mindestlöhne zu senken. Sie fordert dagegen, daß nicht mehr die Wehrpflichtigen die Miete und das Essen in den Kasernen bezahlen müssen, sondern die Übernahme dieser Kosten durch die Regierung.

In Dänemark gibt es mehrere Organisationen in der Armee, die im

Gewerkschaftsdachverband LO zusammengeschlossen sind: Die LTU (Zivilverteidigung), die FU (Wehrpflichtige) und die HKKF (Zeit- und Berufssoldaten). Auch hier orientiert sich die Bezahlung der Wehrpflichtigen am gesetzlichen Mindestlohn. Die HKKF ist als tariffähige Gewerkschaft anerkannt.

In Belgien gibt es dem holländischen Vorbild entsprechend die VVDM-Belgium. Auch in Griechenland, Spanien und Italien gibt es gewerkschaftlich orientierte Kasernengruppen, die allerdings brutal verfolgt und unterdrückt werden.

In Westdeutschland gibt es seit einigen Jahren in Hamburg den Arbeitskreis Wehrpflichtige im DGB, der von gewerkschaftlich organisierten Wehrpflichtigen gegründet worden ist. Der AKWP führte 1981 eine Untersuchung zum Thema Dienstzeitbelastung durch, an der sich über 700 Soldaten aus dem Raum Hamburg/Schleswig-Holstein beteiligten. Auf Grundlage dieser Untersuchung konnte in einigen Hamburger Kasernen eine recht erfolgreiche Kampagne für Dienstausgleich und Rheinländerwochenende durchgeführt werden. Rheinländerwochenende bedeutet, daß Wehrpflichtige, die heimfahren stationiert sind und die zum Teil 14 bis 15 Stunden nach Hause fahren müssen, am Freitag schon um 12 Uhr Dienstschluß haben. Der AKWP setzte ferner die Bezahlung der sog. „Pi.-Päckchen“, Kleiderbügel und Spindschlösser durch die Bundeswehr durch. Bisher mußten die Rekruten diese Gegenstände von ihrem kümmerlichen Hungersold bezahlen. Der Versuch, auch in Schleswig-Holstein in den Garnisonsstädten AKWPs aufzubauen, scheiterte am hartnäckigen Widerstand der Bundeswehr.

Zusammengeschlossen sind verschiedene Organisationen in der „Europäischen Konferenz von Wehrpflichtigen-Organisationen“ – ECCO. Auf den jährlich stattfindenden ECCO-Konferenzen werden Erfahrungen ausgetauscht, die in den verschiedenen Armeen im Kampf um politische und gewerkschaftliche Freiheiten gewonnen werden. Darüberhinaus wird für jedes Treffen ein Schwerpunktthema festgelegt, z.B. Sicherheitsmaßnahmen gegen Unfälle in der Armee, die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften usw. Der Arbeitskreis Wehrpflichtige hat bisher als Beobachter an den Konferenzen teilgenommen.

Wehrpflichtige vor der Bundeswehrzeit über keine Spargelder verfügen und die Bereitschaft der Familien entsprechend hoch ist, sie auch ohne Einkommen für 15 Monate durchzuziehen. Wehrübende, also Männer, die nach ihrer Grundwehrdienstzeit zu Übungen eingezogen werden, erhalten denn auch für die Zeit ihres Einsatzes eine Verdienstschädigung, die 90% bzw. 70% des Nettoeinkommens beträgt (Unterhaltsicherungsgesetz). Soll auch der Wehrdienstleistende seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten können, um die unwürdige finanzielle Abhängigkeit von Familie und Bekannten oder, viel



Essensausgabe im Manöver.

schlimmer, von Banken aufzuheben, muß er sein bisheriges Einkommen weitererhalten, oder – sofern er noch nicht verdient hat – einen ausreichenden Mindestlohn.

Ihre Bundeswehr bei dieser Größe und Ausrüstung – ohne Vergleich in der europäischen NATO – könnten die westdeutschen Imperialisten ohne das Wehrpflichtprinzip mit dem Hungersold kaum finanzieren. Das Problem, daß die Zwangsverpflichteten weniger Kampfwillen mitbringen, als dies bei Berufsheeren angenommen wird, soll gelöst werden über das gnadenlose und perfekte Disziplinierungssystem beim Bund. Dabei ist der niedrige Wehrsold selbst eine Stütze der Maßnahmen gegen die Soldaten, denn die Drohung einer Disziplinarbuße bis zur Höhe eines ganzen Monatssolds erzwingt schon allerhand Unterwerfung. Außerdem verhindert der kümmerliche Sold, daß der Soldat die Kaserne wie ein normaler Mensch verlassen und sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen kann.

Jede Mark durchgesetzte Wehrsold erhöhung richtet sich daher auch gegen Kasernierung und Unterdrückung und die Kriegsvorbereitungen der BRD, wie sie sich im Haushaltsplan niederschlagen.

Stichwort

Wehrsold

Forderungen und Stellungnahmen verschiedener Organisationen zum Wehrsold und zur materiellen Lage der W 15er.

Arbeitskreis Wehrpflichtige im DGB, Hamburg

Aus dem Wehrpflichtforderungsprogramm, beschlossen auf der Kreisjugendkonferenz der Hamburger Gewerkschaftsjugend im November 1979, das die Grundlage für die Arbeit des AKWP bildet:

„Viele Wehrpflichtige sind auf finanzielle Unterstützung von zu Hause angewiesen. Die meisten hatten sogar während ihrer Ausbildung ein höheres Einkommen als beim Bund. Andere NATO-Armeen zahlen einen wesentlich höheren Wehrsold ... Wir fordern:

– Der Wehrsold muß schrittweise auf 70% der durchschnittlichen Facharbeiterlöhne angehoben werden – Als erster Schritt: 100 DM mehr Wehrsold!

– Der Wehrsold muß jährlich entsprechend den Preissteigerungen erhöht werden!

– Wehrpflichtige, die mit dem Wagen nach Hause fahren, müssen das Benzingeld erstattet bekommen! (...)

– Nulltarif für Wehrpflichtige im öffentlichen Nahverkehr!“

Aktuell forderte der AKWP im Mai 1982: „Rücknahme der Streichung der 50 DM Sparprämie. Wiedereinführung des Rentenversicherungsbeitrages durch die Unterhaltssicherungsbehörde!“

Deutscher Bundeswehrverband

Aus dem Forderungsprogramm für Wehrpflichtige, beschlossen auf der Wehrpflichtentagung des DBwV im Oktober 1982:

„– Mehr Wehrgerechtigkeit z.B. durch Überprüfung der Tauglichkeitsgrade und finanzielle Ausgleichsmaßnahmen für die Dienenden.

– Steuervergünstigungen nach dem Grundwehrdienst.

– Jährliche Wehrsolderhöhung entsprechend dem Kaufkraftschwund, wenigstens jedoch um 1 DM pro Tag.

– Das Beratungssystem muß verbessert werden ... Alle Standortverwaltungen müssen einen Sozialdienst mit Sozialarbeiterinnen und Sozialberatern erhalten.

– Der Bund muß die Berechnungsgrundlagen für die Leistungen an die Rentenversicherung für Wehrpflichtige wieder auf den Stand wie vor dem 31.12.81 festsetzen.

– Die Sparpauschale muß wieder eingeführt werden. Die entsprechenden Leistungen nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz sollten vereinheitlicht werden.“

(„Die Bundeswehr“ 12/82)

Studie „Soldat 80 – Parole heißt Abrüsten!“

Die Studie wurde Ende 1979 von 34 Wehrpflichtigen der Presse übergeben. Sie wurde initiiert und unterstützt von Soldatengruppen, die der DKP nahestehen. Aus der Studie:

„Der Rüstungshaushalt wird aufgebläht, doch in unserer Brieftasche ist Ebbe. Dabei würde schon die Einsparung von 4 MRCA-Tornado-Bombern ausreichen, eine monatliche Wehrsolderhöhung um 100 DM für alle Wehrpflichtigen für ein Jahr lang zu finanzieren.

Viele von uns wissen jedoch noch nicht einmal, ob und wie lange sie nach ihrer Wehrdienstzeit im alten Betrieb wieder Arbeit finden werden. Mit nur wenigen hundert Mark Bundeswehrrentlassungsgeld in Aussicht kein beruhigendes Gefühl angesichts der anhaltenden Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik ...

Geschenkt wird uns bei der Armee nichts. Wir müssen schon selbst für unsere berechtigten Forderungen eintreten und auch unsere Kameraden dafür mobilisieren.

Unsere dringlichsten Forderungen lauten:

– 100 Mark mehr Wehrsold sofort!

– Erstattung des Benzingeldes an W15er für die Heimfahrt mit dem PKW, auf der Grundlage einer der derzeitigen Benzinpreisentwicklung angepaßten Kilometerpauschale.

– Drastische Erhöhung des Essensgeldzuschusses.

– Nulltarif für W15er bei der Benutzung öffentlicher Nahverkehrsmittel und kommunaler Einrichtungen, finanziert vom Verteidigungshaushalt.

– Grundsätzlich Wohngeld bei eigenem Haushalt, und zwar auf der Grundlage der Warmmiete.

– Spürbare Erhöhung des Urlaubs-, Weihnachts- und Buschgeldes.

Unsere weiteren Forderungen sind:

– Erhöhung des Wehrsoldes auf das Niveau des durch-

schnittlichen Industriearbeiterlohnes in der Bundesrepublik

...

- Erhöhung des Janresurlaubes für W15er auf 6 Wochen.
- Erhöhung des Entlassungsgeldes für W15er auf 2000 DM.“

Antimilitaristische Soldatengruppe Hamburg

Aus der Plattform der Gruppe vom November 1976:

„Die Wehrpflicht stellt eine erhebliche Einschränkung der Rechte und Freiheiten der Betroffenen dar. Darüberhinaus

ist sie aber für die meisten mit großen Einkommenseinbußen verbunden. Der Wehrsold reicht oft nicht einmal für die Fahrkarte nach Hause. Diese finanzielle Benachteiligung ist das mindeste, was beseitigt werden muß. Der Wehrsold muß dem durchschnittlichen Facharbeiterlohn angeglichen werden. Die Sofortforderung lautet:

- Mindestens 700 DM Sold,
- Nulltarif für alle Fahrten von Wehrpflichtigen mit der Bundesbahn.“

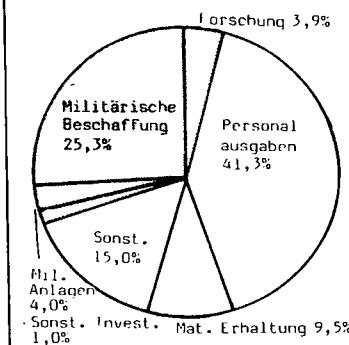
Kriegshaushalt und Wehrsold

Jahr	Verteidigungshaushalt (1) in 1000 DM	Ausgaben für W 15er (2)	Anteil am Vert.H. in Prozent	Anteil an Personalk.
1971	21 400 000	1 628 642	7,6	–
1973	26 800 000	2 036 887	7,6	–
1975	31 200 000	2 238 992	7,2	–
1977	32 650 000	2 494 834	7,6	17,8
1979	36 663 605	2 558 663	7,0	16,0
1980	37 735 717	2 664 171	7,1	16,2
1981	42 061 811	2 871 394	6,8	16,0
1982	44 061 294	2 588 400	5,9	14,0
1983	46 733 857	2 685 394	5,7	13,9

(1) Haushaltssätze; entnommen Wehrtechnik 5/77, 12/77, 11/79, 12/81 u. 3/83.

(2) Hier sind folgende Einzelposten aus dem Verteidigungshaushalt zusammengezählt: Wehrsold und Zulagen der Grundwehrdienstpflichtigen; Wehrsold, Zulagen u. Dienstgeld der Wehrübenden; Entlassungsgeld; Familienheimfahrten für Wehrsoldempfänger; Sozial- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge für wehrpflichtige Soldaten; Leistungen des Bundes nach dem Unterhaltssicherungsgesetz. Bis einschl. 1981 sind die Beträge Ist-Ausgaben, ab 1982 Ansätze; entnommen den Bundeshaushaltsplänen der versch. Jahre, Einzelplan 14 (Verteidigung).

Verteidigungshaushalt 1983 (Ansatz)



Wehrdienstes entfallenden bisherigen Nettoeinkommens ... (Höchstgrenze 4050 bzw. 3 150 DM)

Bei Wehrdienst oder Wehrübungen von nicht länger als drei Tagen erhält der Wehrpflichtige auf Antrag volle Verdienstauffallschädigung (höchstens 150 DM pro Tag) (§ 13a).

Planstellen der Bundeswehr

	1983	1982
Berufs- und Zeitsoldaten	254 000	251 000
Wehrpflicht.	236 000	240 000
Wehrübende	5 000	4 000
Zusammen	495 000	495 000
Zivilpers.	180 000	174 243

Ansatz der Bundeshaushaltspläne

Entwicklung des Wehrsolds seit 1957

Jahr/ Dat.	Brutto- lohn	Sold mtl.	% vom Lohn
1957	420	60	14,3
1.7.62	560	66	11,8
1.7.65	769	90	11,7
1.7.69	987	112	11,4
1.1.71	1 244	135	10,9
1.1.74	1 698	165	9,7
1.1.78	2 187	195	8,9
1.7.81	2 575	225	8,7
1982	2 634	225	8,5

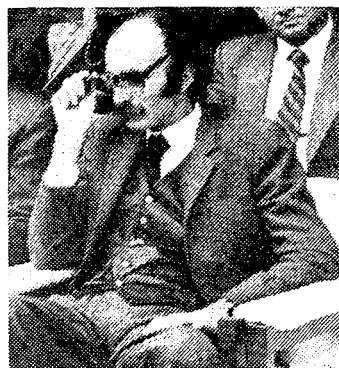
Der Bruttolohn ist der Durchschnittslohn nach Angaben der Rentenversicherung (1982 geschätzt). Beim Sold handelt es sich um den Grundwehrsold für Schütze, Flieger usw.

Portugiesische Werftarbeiter streiken

Sieben Wochen lang streikten die 6400 Arbeiter der Lisnave-Werft in Lissabon gegen die Lohnkürzung durch die Werft. Im April und Mai erhielten sie nur 60% der ihnen zustehenden Löhne. Anfang Juni zahlte die Werft überhaupt keine Löhne mehr. Am 7. Juni besetzten die Arbeiter daraufhin die Werft und hinderten insgesamt acht Schiffe, die dort zur Reparatur lagen, an der Ausreise, darunter britische, holländische und finnische Schiffe. Die Reedereien der Schiffe, unter denen auch ein mittlerer Tanker von 138000 Tonnen Tragfähigkeit war, klagten gegen die Arbeiter wegen „Einkommensverlusten“ und erzielten vor portugiesischen Gerichten einstweilige Anordnungen auf Freisetzung der Schiffe. Am 15. Juli stürmten Sonderheiten der Polizei mit Knüppeln und Tränengas die Werft und beendeten die Auseinandersetzung, nachdem auch die betroffenen Regierungen auf Klagen der Reedereien bei der portugiesischen Regierung protestiert hatten. Nach dem Ende der Besetzung konnten die Werftkapitalisten einen dreimonatigen „Waffen-

Libanon: „Front zur nationalen Errettung“

Der Vorsitzende der libanesischen sozialistischen Partei Dschumblatt (Bild), der vorherige Präsident Franjeh und der frühere Premierminister Karame haben in einer gemeinsamen Erklärung zur Bildung einer „Front zur Nationalen Errettung“ gegen die derzeitige libanische Regierung aufgerufen. Diese Front fordert vor allem, daß die libanische Regierung an der Souveränität des Libanon festhalten müsse und keine Teilung des Libanon durch die israelische Besatzung zulassen dürfe. Darüberhinaus schlägt die Front die Bildung von Regierungsorganen vor,



die eine Beteiligung aller religiösen Gruppen an der Kontrolle der Regierung und des Staatsapparates sicherstellt. Die sozialistische Partei hatte zuvor die Nationale Bewegung des Libanon unterstützt, die

stillstand“ bei der Belegschaft durchsetzen. Ein „Komromißvorschlag“ wurde von der Belegschaft abgelehnt. Am 21. Juli nahm die Belegschaft die Arbeit wieder auf.

Streiks der schwarzen Arbeiter in Azania

300 Arbeiter bestreikten Ende Juni in Natal eine Garnfabrik, weil die Kapitalisten nur eine Lohnerhöhung von 6% zugestehen wollten. Dies ist der er-

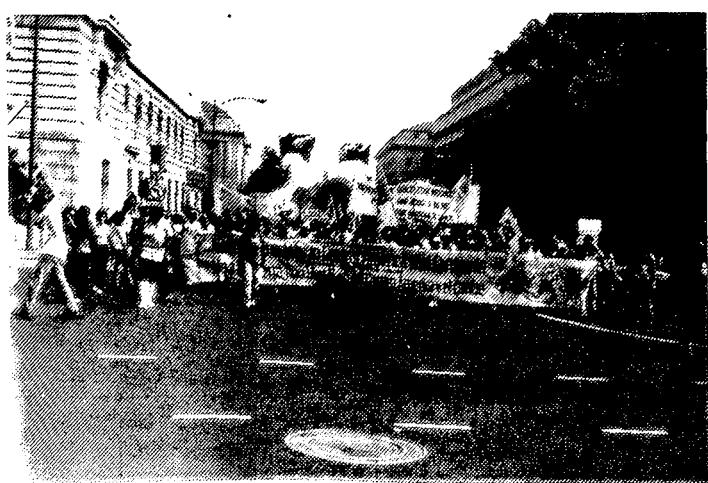
ste als legal anerkannte Streik von Schwarzen in den letzten sieben Jahren. 200 Arbeiter einer Coca-Cola-Fabrik streikten Anfang Juli und forderten die Wiedereinstellung von Arbeitern, die entlassen worden waren, weil sie an einer Gedächtnisfeier zum 7. Jahrestag des Aufstandes von Soweto teilgenommen hatten. Etwa 1100 Arbeiter eines Stahl- und Eisen-Unternehmens streikten, um die Entlassung von 85 Arbeitern zu verhindern.

USA: Demonstration gegen Mittelamerikapolitik

Vom 5. bis zum 22. Juli protestierten Flüchtlinge aus El Salvador mit einem 250-Meilen-Marsch von New York nach Washington D.C. gegen die US-Militärhilfe in El Salvador. Am 20. Juli mußte die Reagan-Regierung – um weitere Gelder für die Militärhilfe zu bekommen – dem Kongreß einen Bericht über die „Verbesserung der Menschenrechte“

in El Salvador vorlegen. Obwohl im Verlauf der letzten sechs Monate das US-Konsulat in El Salvador einen 12-prozentigen Anstieg von umgekommenen Zivilisten registrierte, hat das Außenministerium dazu erklärt, daß diese Regierung ja ernsthaft dabei sei, eine Verbesserung der Menschenrechte zu erreichen. Allein die etwa 500000 Flücht-

linge aus El Salvador in den USA belegen das Gegenteil. – Gleichzeitig protestieren die Flüchtlinge gegen die schon vom US-Senat gebilligte Reform des Einwanderungsgesetzes (s. Pol. Ber. 8/83). Schon jetzt werden sie als Wirtschaftsflüchtlinge eingestuft und nicht als politische Flüchtlinge anerkannt. Wird das neue Gesetz in Kraft gesetzt, droht vielen dieser Flüchtlinge Deportation zurück nach El Salvador. – Am 11. Juli führten die Flüchtlinge auf ihrem Marsch nach Washington eine Kundgebung vor dem Rathaus in Philadelphia durch. (Bild) Ein Gemeinderatsmitglied hieß die Flüchtlinge im Namen des Stadtrats willkommen. Einige Tage zuvor hatte der Rat seine Forderung für Einstellung aller Militärhilfe und eine Resolution gegen Deportation von Flüchtlingen aus El Salvador vom April bekräftigt. 3000 demonstrierten am 11. Juni in Los Angeles gegen die Reform des Einwanderungsgesetzes und unterstützten die Forderung der salvadorianischen Flüchtlinge ebenfalls.



nicht nur die Rechte der Palästinenser unterstützte sondern auch soziale Forderungen, so nach gewerkschaftlichen Freiheiten, Begrenzungen des Arbeitstages usw. aufstellte. Mit Franjeh und Karame gehören der „Front zur nationalen Errettung“ Politiker an, die während des libanesischen Bürgerkrieges 1975 schroff gegen die fortschrittlichen sozialen Kräfte aufgetreten sind und die die Regierung Gemayel solange unterstützt haben, wie diese Anhaltspunkte bot, tatsächlich für den Abzug Israels einzutreten. Nachdem die Regierung einem nur teilweisen Abzug der israelischen Truppen zugestimmt hat, zogen sie ihre Unterstützung endgültig zurück.

Gefängnisstrafen gegen PATCO-Mitglieder

Sechs frühere Mitglieder der Fluglotsengewerkschaft PATCO müssen seit Mitte Mai Gefängnisstrafen verbüßen. PATCO hatte 1981 für Gehaltserhöhungen gestreikt, woraufhin Reagan 11000 Fluglotsen entließ, auf der Grundlage des Streikverbotes für Bundesbeschäftigte die PATCO auf löste und Strafverfahren durchführen ließ. Gegen mehrere andere sind ebenfalls Gefängnisstrafen ausgesprochen worden. Im Juli 1982 haben ehemalige Mitglieder der PATCO zusammen mit jetzt beschäftigten Fluglotsen eine neue Gewerkschaft gegründet mit derzeit 2000 Mitgliedern. Diese Gewerkschaft USATCO hat einen Rechtshilfefonds zur Verteidigung der Angeklagten und zur Unterstützung der Klagen auf Wiedereinstellung eingerichtet. Der AFL-CIO unterstützt die neue Gewerkschaft, hat die Inhaftierungen verurteilt und fordert die Wiedereinstellung.

Streik australischer Lokführer

Mehrere tausend Lokführer in New South Wales streikten fast drei Wochen im Juli gegen die Einführung der neuen, schnellen XPT-Züge, die sie im Einmann-Betrieb ohne den bisher üblichen Beobachter fahren sollen. Sydney war vollständig abgeschnitten von allen Eisenbahnverbindungen, die Versorgung wurde mühselig per LKW aufrechterhalten. Neue Verhandlungen sind geplant.

Großbritannien

Thatchers Ziel: Gewerkschaften streikunfähig und unter Staatsaufsicht

Weitreichende Gesetzesänderungen gegen die Gewerkschaften plant die Regierung Thatcher. Arbeitsminister Norman Tebbit legte vor zwei Wochen die ersten Vorschläge vor, die bis April 1984 vom Parlament verabschiedet werden sollen. Unter dem Mantel der „Demokratisierung“ der Gewerkschaftsbewegung geht es Thatcher darum, die Gewerkschaften unter Staatsaufsicht zu stellen und streikunfähig zu machen.

Tebbits Maßnahmenkatalog enthält folgende Bestandteile:

1. Die Gewerkschaftsvorstände sollen in geheimer, schriftlicher Wahl von allen Mitgliedern gewählt werden. Die Wahl muß entweder über Post oder am Arbeitsplatz mindestens alle fünf Jahre durchgeführt werden. Dieses Wahlverfahren wird von einigen Gewerkschaften schon so praktiziert, in anderen Gewerkschaften wählen Delegiertenkonferenzen die Vorstände. Thatcher und Tebbit geht es keineswegs um „Demokratie“, sondern um ein Mittel den Gewerkschaften ihre Satzungshoheit zu nehmen und sie unter Staatsaufsicht zu stellen. Denn schließlich wird die Einhaltung dieses Paragraphen von staatlichen Stellen überwacht werden, die umfassende Einblicks- und Kontrollmöglichkeiten gegenüber den Gewerkschaftsvorständen haben.

2. Wenn eine Gewerkschaft zum Streik aufrufen will, muß sie vorher eine Urabstimmung unter den betroffenen Mitgliedern durchführen. Tut sie das nicht, verliert sie ihre Immunität vor zivilrechtlicher Verfolgung und kann von den betroffenen Kapitalisten mit ihrem gesamten Vermögen für den durch den Streik angerichteten „Schaden“ haftbar gemacht werden. Die Immunität besteht aber auch dann nur für die Arbeiter, die sich an der Urabstimmung beteiligen. Arbeitern, die Solidaritätsstreiks durchführen, wird die bislang bestehende Immunität aberkannt. Zwar können die Gewerkschaften für „wilde Streiks“ ihrer Mitglieder nicht verantwortlich gemacht werden, aber wenn sie einen solchen Streik offiziell machen wollen – eine übliche Praxis bei vielen Streiks –, müssen sie vorher eine Urabstimmung durchführen.

Diese Paragraphen sind die entscheidenden des geplanten Gewerkschaftsgesetzes. Erstens wird durch die positive Definition, wer alles von der Haftung ausgeschlossen ist, gesetzlich geregelt, wer nicht ausgeschlossen ist – nämlich Teilnehmer an „wilden Streiks“ und Solidaritätsstreiks. Da

die meisten Streiks in Großbritannien „wild“ beginnen und erst später von der Gewerkschaftsführung anerkannt werden, weil nur so eine schnelle Reaktion möglich ist (denn viele Gewerkschaften haben sehr komplizierte Satzungsvorschriften über das Aufrufen eines Streiks), wird die Mehrzahl der Streiks praktisch illegal. Seit 1979 versucht die Regierung Thatcher, eine solche Vorschrift durchzusetzen. Jetzt, so glaubt sie, kann sie endlich Erfolg haben. Außerdem will sie mit diesen Vorschriften die bislang verbreitete Form der Streikabstimmung auf Betriebsversammlungen, mit vorhergehender Diskussion über den Streik, illegal machen. Die Betriebsversammlungen sind ein Mittel der Einigung der Belegschaft, und die Regierung – wie auch viele Kapitalisten, die schon lange versuchen, betriebsintern die Versammlungen zu verbieten – arbeitet schon länger daran, sie zu illegalisieren bzw. bedeutungslos zu machen.

3. Die gesamte Mitgliedschaft der Gewerkschaften muß mindestens alle zehn Jahre in einer geheimen Urabstimmung darüber abstimmen, ob die Gewerkschaften einen sogenannten „politischen Fond“ unterhalten sollen. Dieser politische Fond wird aus einem Prozentsatz des Beitrages gespeist (meist weniger als vier DM im Jahr) und kommt überwiegend der Labour-Partei zugute. Schon jetzt gibt es für jedes Mitglied die (komplizierte) Möglichkeit, nicht für die Labour-Partei zu zahlen. Da die Gewerkschaften mehr als 80% des Jahreshaushalts der Labour-Partei stellen und den letzten Wahlkampf mit 2,5 Mio. Pfund überwiegend finanzierten, läuft diese Ände-



Seit vier Wochen streiken die Seeleute auf Townsend-Thoresen-Fähren.

rung neben der Staatsaufsicht über die Finanzen auf die Drohung mit der finanziellen Austrocknung der Labour-Partei hinaus. Diese Drohungen werden noch deutlicher von dem neuen Finanzminister Nigel Lawson geäußert: Jetzt sei die Zeit der Vernichtung der Labour-Partei gekommen, man müsse „das häßliche Gesicht des Sozialismus“ aus Großbritannien verschwinden lassen.

Während einige Gewerkschaftsvorsitzende wie Arthur Scargill von den Bergarbeitern zum Streik gegen die neuen Gesetze aufrufen, sagte Terry Duffy von der Metallarbeitergewerkschaft AUEW, solche Streiks würden zu einem „rechten, totalitären Staat“ führen. Auf dem TUC-Kongreß im September werden die Gewerkschaften über ihre Gegenstrategie beschließen.

Quellenhinweis: Socialist Worker, 16. u. 23.7.; Observer u. Economist, versch. Ausgaben

USA-Textilindustrie Gesundheitsschutz für 76000 Arbeiter beseitigt

Im Juni hat das Amt für Arbeitssicherheit und Gesundheit (OSHA) große Bereiche der Textilindustrie in den USA von der Verordnung, die nur eine bestimmte Höchstmenge von Baumwollstaub an den Arbeitsplätzen erlaubt, ausgenommen. Damit nahm die US-Regierung 76000 Arbeitern in der Textilindustrie (13,5% der dort Beschäftigten) den Schutz vor Erkrankung an der „Baumwollunge“, die im Endstadium zur Lungenerweiterung und zur Arbeitsunfähigkeit führt. Die Textilarbeitergewerkschaft hatte 1978 die Verordnung durchsetzen können. Damals erkrankten jährlich 21000 Arbeiter an dieser unheilbaren Krankheit. Nachdem die Kapitalisten gegen die Verordnung von 1978 vor Gericht geklagt hatten, zog das Amt für Arbeitssicherheit die Verordnung zurück. Mit der jetzt geänderten Fassung dieser Verordnung verlangt das Amt in der übrigen Textilindustrie erst ab 1984 den Einsatz von technischen Mitteln wie Absauganlagen und Staubschutz an den Maschinen. Für den Bereich der Rohgarnindustrie müssen die Kapitalisten erst ab 1986 Absauganlagen einbauen. Medizinische Untersuchungen müssen die Kapitalisten nicht mehr wie bisher jährlich, sondern nur noch in jedem zweiten Jahr vornehmen lassen. Die Kapitalisten sparen damit insgesamt 94,4 Mio. Dollar an Investitionen und 30,7 Mio. Dollar laufende jährliche Kosten.

Für große Teile der Industrie hat die US-Regierung die bisher vorgeschriebenen Inspektionen beseitigt. 474000

Firmen sind von der Berichtspflicht über Unfälle ausgenommen worden, darunter Bereiche wie Wäschereien und Restaurants, deren Unfallrate sehr hoch liegt. Beschwerden von Arbeitern geht das Amt für Arbeitssicherheit nicht mehr wie bisher automatisch nach, sondern nur noch dann, wenn „direkte körperliche Gefahr“ besteht. Ob eine derartige Gefahr existiert, klärt das Amt durch Rückfrage bei der Geschäftsleitung.

Jetzt streicht das OSHA in sieben Südstaaten die Inspektionen, wenn die Firmen von sich aus Ratschläge von Sicherheitsbeauftragten erbitten. Für 12,7 Mio. Beschäftigte kann so das Recht auf Inspektion der Arbeitsplätze flachfallen. Dieses Programm der Profitsicherung hat für die Arbeiter tödliche Auswirkungen: Nachdem die Reagan-Regierung 1981 die Schutzbestimmungen für den Bergbau zum Teil aufgehoben und die Zahl der Inspektoren um mehrere hundert gesenkt hatte, wurden 1981 bei Unfällen 155 Bergarbeiter getötet. Das war die höchste Todesrate seit acht Jahren. Die Zahl der Unfalltoten ist im Jahr 1982 weiter gestiegen.

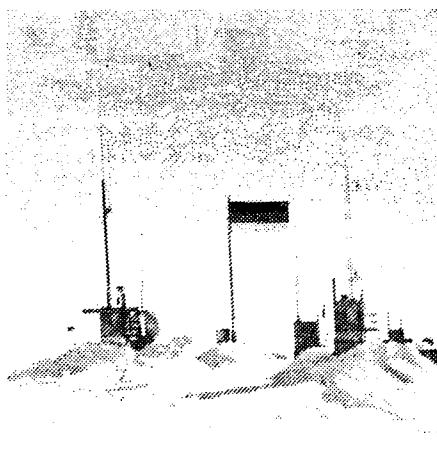
Quellenhinweis: Social Problems, April 1983; Facts on File, 10.6. 1983

Antarktiskonferenz Wettrennen um die Ausbeutung des „6. Erdteils“

Am 22. Juli ging in Bonn die „Antarktiskonferenz“ zu Ende. Über „magerer Ergebnisse“ klagte die Presse, über „Kompliziertheit der Modellberatungen“ beschwert sich seitens der Veranstalter der BRD-Botschafter Jung. Konferenzgegenstand war die Erhaltung des „antarktischen Systems“ – wie Staatsminister Mertes in der Begründung die Tatsache bezeichnete, daß nach gegenwärtigem Vertragsrecht bloß über Angelegenheiten der Antarktis stimmberechtigt zu sagen hat, wer sich erheblich an den Erschließungskosten beteiligt. Bestritten wird diese Sorte Vorherrschaft einer Handvoll imperialistischer Länder durch Forderungen hauptsächlich der blockfreien Staaten, die vergleichbar den Forderungen der 3. Internationalen Seerechtskonferenz die Rechte aller Staaten an der Nutzung der Antarktis durch eine internationale Kontrollorganisation sichern wollen.

Malaysia hat angekündigt, diese Forderung zum Gegenstand der Verhandlungen der UNO-Vollversammlung im September zu machen. Beschlüsse wurden von der Geheimkonferenz jedoch nach offizieller Mitteilung nicht gefaßt. Das ist auch eine Stellungnahme.

Die Erklärung der BRD-Imperialisten, bis zu einer gewinnbringenden Nutzung würden noch Jahrzehnte ins Land gehen, ist reine Augenwischerei. Die Fakten beweisen die Schärfe und Heftigkeit, die der Kampf um Ausbeutung und Aufteilung der Antarktis schon angenommen hat. Nach Schätzungen soll es dabei u.a. um 7 Mrd. t Erdöl, 3000 Mrd. m³ Erdgas, 100 Mrd. t Steinkohle, Uranlagerstätten



Schwarz-Rot-Gold über der Antarktis:
BRD-Forschungsstation

usw. gehen, nicht zu vergessen Krillbestände (eiweißhaltige Kleinkrebse) in abfischbarem Umfang von jährlich ca. 50 Mio. t.

Während die Sowjetunion sieben Stationen (300 Besatzungsmitglieder), Argentinien sechs (180) und die USA vier Stationen (110) errichtet haben, unternehmen die BRD-Imperialisten eine regelrechte Aufholjagd. Ergebnisse in den letzten drei Jahren: Errichtung der ganzjährig besetzten „Georg-von-Neumayer-Station“, des „Alfred-Wegener-Instituts für Polarforschung“ in Bremerhaven sowie Indienststellung des Forschungs- und Versorgungsschiffes „Polarstern“. Das BRD-Programm sieht zur Bohrtechnologie Erprobung von Raketentriebwerken vor.

Mit dem näherrückenden Zeitpunkt der ertragbringenden Ausbeutung werden gleichzeitig die Widersprüche unter den 14 Vertragsstaaten schärfer. Im wesentlichen die NATO-Staaten beschuldigen bereits Argentinien, Chile und die Sowjetunion, dort militärische Anlagen aufzubauen. Die britischen Imperialisten hatten die warme Unterstützung der BRD-Imperialisten für die Rückeroberung der Malvinen als Stützpunkt vor der Antarktis. Und nicht zuletzt ist die Benutzung des südafrikanischen Regimes für die Sicherung des Zugangs und für den Umschlag der anvisierten Reichtümer Bestandteil der Überlegungen der BRD-Imperialisten.

Quellenhinweis: Antarktis, ein modernes Abenteuer, Hrsg.: BMFT; Bulletin der Bundesregierung v. 13.7.83; FAZ v. 23.7.83

Brasilien Generalstreik in den drei Industriezentren

Der Generalstreik, zu dem die Gewerkschaften für den 21.7. aufgerufen hatten, wurde in den drei Bundesländern São Paulo, Minas Gerais und Rio de Janeiro durchgeführt. In diesen drei Bundesländern sind 80% der Industrieproduktion angesiedelt und leben 70% der Industriearbeiter. Der Streik legte in São Paulo die großen Industrieunternehmen still. In Rio de Janeiro demonstrierten am Abend des Streiks 50000 gegen die Maßnahmen der Regierung, die den Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) nachgekommen ist und Lohnkürzungen und Ausgabenkürzungen des Staatshaushaltes beschlossen hat. Die Polizei verhaftete in São Paulo 350 Arbeiter, die Flugblätter mit dem Streikauftrag verteilten, wegen „Verstoß gegen die nationale Sicherheit“. Am Vortag hatte die Polizei in São Paulo 8 Gewerkschaftsführer der Angestellten der Banken und der öffentlichen Verkehrsmittel, deren Gewerkschaften sich dem Streikauftrag angeschlossen hatten, festgenommen.

Schon vom 7. – 9. Juli hatten im Gebiet von São Paulo etwa 500000 Arbeiter und Angestellte gestreikt. Der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft von São Bernardo, einem Vorort von São Paulo, in dem die Autofabriken liegen, hatte damals auf einer Kundgebung vor dem Werkstor von VW do Brasil die Ziele des Kampfes angegeben: „Wir werden die Straße erobern, die Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung werden zurückgenommen, und der IWF wird lernen, daß er zwar der brasilianischen Regierung, nicht aber dem brasilianischen Volk Befehle erteilen kann.“

Brasilien hat insgesamt 90 Mrd. Dollar Auslandsschulden und kann die Tilgungen nicht mehr zahlen. Der IWF hatte im Mai die zweite Rate eines Kredits, der für die Zins- und Schuldenrückzahlung notwendig ist, zurückgehalten und zunächst weitere Sparmaßnahmen der Regierung gefordert. Anfang der vorletzten Woche gab die Regierung bekannt: Die Löhne, die bis zu einer Höhe von 7 Mindestlöhnen zu 100% an die Preissteigerungsrate angepaßt werden, sollen künftig nur noch auf 80% der Preissteigerungsrate erhöht werden. Das beschneidet den Lohn drastisch, da die jetzige jährliche Inflationsrate 130% beträgt. Die Unterstützungs gelder für Nahrungsmittel und Benzin werden beseitigt. Eine frühere Kürzung hatte die Weizenpreise schon verdoppelt, die Benzinpreise um 45% erhöht. Die Ausgaben des Staats-

haushaltes sollen um insgesamt 20% gekürzt werden.

Nach dem Streik vom 21.7. hat sich die Regierung veranlaßt gesehen, die Anklagen gegen 26 Gewerkschaftsführer offiziell zurückzunehmen. Die Gewerkschafter, darunter der Gewerkschaftsführer „Lula“ da Silva, sollten wegen der Streiks im Jahr 1980 gegen VW und GM verurteilt werden.

Quellenhinweis: taz 20.7.83; Handelsblatt 21.7.83; Wall Street Journal 20., 22.7.83

Soweit die Fakten in aller Kürze. Die Presse des „freien Westens“ verfälscht sie seit Jahren mit ihrer Hetze von einer drohenden libyschen Invasion und qualifiziert die Kämpfe im weiteren als für den zivilisierten Europäer undurchschaubare Stammesauseinandersetzungen zwischen den arabischen Stämmen des Nordens und den Haussas, Saras etc. des südlichen Tschad. In jüngsten Berichten wird Frankreich gar zum „geprägten Hund“ (TAZ 20.7.) dieser Konkurrenten.

Tatsächlich existieren vielfältige Gegensätze in diesem vom französischen Kolonialismus zusammengezimmerten Staat. So wie sie aber vom Imperialismus erst geschaffen wurden, so werden sie in dem seit 18 Jahren andauernden Krieg von diesem immer wieder genutzt, die Fronten zu verändern. Die FROLINAT begann ihn 1965, um mit dem Sturz des Präsidenten Tombalbaye die Umklammerung des französischen Imperialismus zu durchbrechen. Die GUNT verfolgt heute gegen Habré das gleiche Ziel, hat dabei allerdings zusätzlich die mit Frankreich um Einfluß konkurrierenden USA direkt gegen sich.

Quellenhinweis: le Monde, l'Humanité, le Nouvel Observateur, versch. Ausgaben.

Tschad Weiter Krieg gegen den Imperialismus

„Wir verbünden uns mit dem Teufel wenn nötig, um uns aus der Affäre zu ziehen“ zitierte le Monde am 20.7. einen Vertrauten des gegenwärtigen Tschad-Ministerpräsidenten Habré.

Die „Affäre“ ist die militärische Auseinandersetzung mit den Truppen der Regierung der Nationalen Einheit (GUNT) unter Goukoni Oueddei. Die Liste der „Teufel“ ist lang. Zunächst: die französischen Imperialisten. Für 200 Mio. franc Waffen haben sie in den letzten Wochen geliefert, darunter 90-mm-Kanonen auf Panhard-Selbstfahrlafetten, panzerbrechende Waffen, Gewehre, Munition, Landrover und Lastwagen. Gleich mitgeliefert wurden „technische Berater“ der „Generaldirektion für äußere Sicherheit“, verantwortlich für Ausbildung und Materialwartung. In ihrem Schlepptau erschienen in Frankreich und Belgien eingekaufte Söldner. Und in Kamerun stehen an der Grenze Fallschirmjäger bereit zur eventuellen „Evakuierung der französischen Zivilbevölkerung“. Weitere Bündnispartner: 2000 Soldaten aus Zaire, hochbewaffnet, unterstützt von Mirage-Düsengläsern. Zuletzt: der Finanzier dieser Soldaten, die Reagan-Regierung.

Dieser Allianz ist es gelungen, den Vormarsch der GUNT-Truppen zu stoppen. Am 12.7. konnte die strategisch wichtige Stadt Abéché im Osten des Landes zurückerobern, der „Rebell“ Oueddei in den Norden des Landes zurückgedrängt werden. Dieser war zuvor Präsident einer Regierung, die alle Stämme und politischen Tendenzen des Landes einschloß und versuchte, sich aus der Umklammerung (v.a. durch die ehemalige Kolonialmacht Frankreich) zu lösen. Habré, damals Verteidigungsminister, putzte dagegen 1980 und wurde geschlagen. 1982 kehrte er – ausgerüstet von Ägypten, finanziert von den USA – zurück und besiegte die GUNT, die nun seit Juni 1983 ihrerseits versucht, mit Hilfe libyschen Materials und Waffen die Macht zurückzugewinnen.

75% Landesbanken, zu 25% über die Deutsche Bank) sind damit risikolose Millionengewinne sicher.

Für einen regierungsverbürgten Kredit gilt die Zinsrate als ungewöhnlich hoch. Damit, so kommentieren Handelsblatt und Frankfurter Allgemeine, habe sich die DDR auf Bedingungen eingelassen, die bei einem zukünftigen DDR-Versuch, unmittelbar mit West-Banken ins Kreditgeschäft zu kommen, „lateinamerikanische Marge“ zur Folge haben würden. Mit anderen Worten: wenn die DDR durch diesen Kredit nicht aus ihren Devisenproblemen herauskommt, dann muß sie sich weiterhin der Bürgschaft der Bundesregierung versichern, um nicht noch höhere Zinsen zu zahlen.

Da nach Bankangaben mit rd. 3,5 Mrd. Dollar ein Drittel der auf 11 bis 12 Mrd. Dollar netto geschätzten Westschulden der DDR im Verlaufe eines Jahres fällig werden, dazu 1,1 Mrd. \$ Zinsen, läuft die gegenwärtige Kreditvergabe mit der Bundesregierung als Veranstalter und den westdeutschen Banken als Finanziers auf eine Verlagerung und Konzentrierung der Westschulden der DDR auf die BRD hin aus. Schon dadurch nimmt die Abhängigkeit der DDR von den BRD-Imperialisten zu.

Außenhandel und Westverschuldung der DDR in Mrd. Valuta Mark bzw. Dollar

Jahr	Einfuhr Valuta Mark	Ausfuhr Valuta Mark	Bilanz Valuta Mark	Brutto West- sch. (\$)
1978	50,7	46,2	-4,5	9,0
1979	56,4	52,4	-4,0	10,1
1980	63,0	57,1	-5,9	11,3
1981	67,0	65,9	-1,1	14,0
1982	(12,5)

Die Besonderheiten des „innerdeutschen Handels“ verschärfen diese Abhängigkeit weiter. Da Ware gegen Ware verrechnet wird, kann die DDR daraus keine Devisen gewinnen, sondern bloß durch Verlagerung von Käufen aus westlichen Ländern auf die BRD Devisen sparen. Die BRD lockt mit dem zinslosen Überziehungskredit von gegenwärtig bis 770 Mio. DM. Während die DDR durch den hohen Schuldendienst zunehmend zu diesem Handel infolge Devisenknappe gezwungen wird, kann also die BRD die Geschäftsbedingungen diktieren. Z.B. gegenwärtig beim Verkauf von Futtermitteln: die DDR zahlt zu 20% höhere Preise als auf dem Weltmarkt.

Mit der Kreditvergabe ist also seitens der BRD-Imperialisten alles andere als „Lockung“ verbunden, sondern die Absicht, die „deutsch-deutschen Beziehungen“ durch zunehmende Abhängigkeit und Erpressbarkeit der DDR als ihr Hauptgläubiger mit allen politischen Folgen auszubauen.

Quellenhinweis: Frankfurter Allgemeine Zeitung u.a. v. 29.6. und 8.7.; Handelsblatt u.a. v. 30.6. und 8.7.83

DDR-Kredit BRD-Imperialisten machen sich zum Hauptgläubiger

Die Vergabe des Milliardenkredits an die DDR – immerhin das größte westliche neue Kreditgeschäft in den letzten Jahren mit Staaten des RGW – sowie weiter die Strauß-Reise in die RGW-Staaten und schließlich sein Treffen mit Honecker: eine Serie überraschender Daten, die ganz offensichtlich den Eindruck erwecken sollen, an der „Ostpolitik“ der Bundesregierung werde eine Änderung vollzogen. Kritik aus den Reihen vornehmlich der CSU an der Kreditvergabe im Sinne früherer CSU-Kritik an der SPD/FDP-geführten Regierungspolitik ebenso wie Begeisterung der SPD über eine angeblich vollzogene „Lockung“ in der „Ostpolitik“ gehören zum gewünschten Eindruck. Die näheren Umstände des Kreditgeschäfts und seine von den BRD-Imperialisten berechneten Folgen lassen indessen solche „Lockungs-Urteteile“ als gefährliche Täuschung erscheinen.

Von der geschäftlichen Seite betrachtet, wird der Abschluß mit fünfjähriger Laufzeit zum Zinssatz von einem Prozent über der Londoner Zinsrate Libor, d.h. gegenwärtig 6 5/8%, in Bankkreisen mit Genugtuung aufgenommen. Den von der bürgenden Bundesregierung beauftragten Banken (zu

Eritrea

„Wir kämpfen für die sozialrevolutionäre Entwicklung in Eritrea und Äthiopien“

Auszüge aus einem Gespräch der Redaktion mit dem Vertreter der Massenorganisation der EPLF (Eritreische Volksbefreiungsfront) in der BRD (Fragen der Redaktion kursiver Text):

Die EPLF hat die 6. äthiopische Großoffensive zurückgeschlagen. Wie ist die derzeitige Lage?

Die äthiopische Junta versucht jetzt, mit einer neuen, subtilen Offensive den Angriff auf die befreiten Gebiete fortzusetzen. Die jetzige Offensive hat einen besonderen Charakter: Die Militärregierung läßt öffentlich nichts darüber verlauten, denn die 6. Offensive war von einer lauten Propaganda begleitet, daß die EPLF jetzt endgültig zerschlagen werde. Die Niederlage der Junta konnte so im Inland wie im Ausland genau verfolgt werden. Deshalb versucht die Junta nun anzugreifen, ohne daß dies öffentlich bekannt wird. Die äthiopische Armee versucht, die Zivilbevölkerung hinter den Verteidigungslinien der EPLF zu terrorisieren. Das Vieh wird weggetrieben oder erschossen. Dörfer werden niedergebrannt, und Frauen werden vergewaltigt.

Welche Anstrengungen unternimmt die EPLF dagegen und wie organisiert sie den Aufbau der befreiten Gebiete?

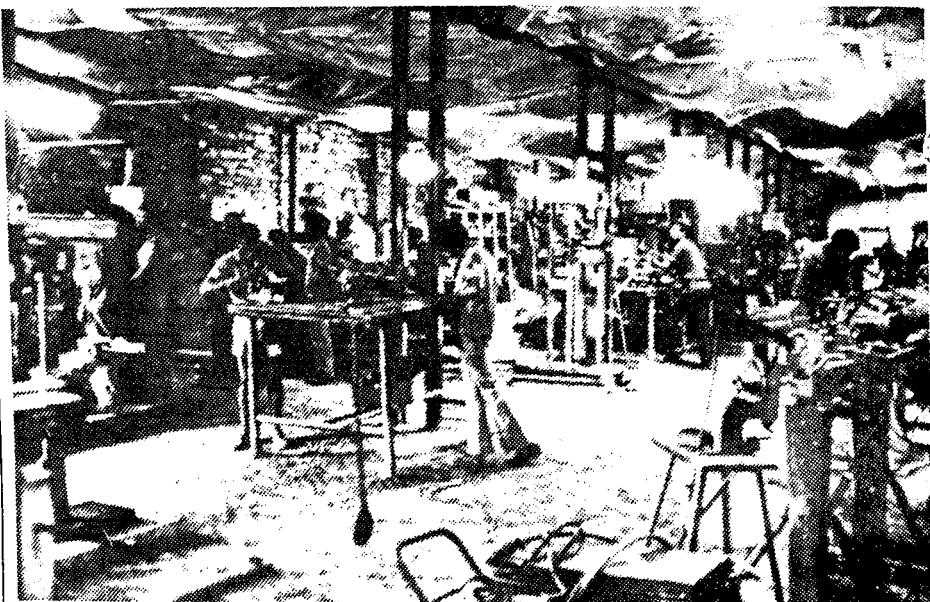
Die EPLF bemüht sich zu allererst, die befreiten Gebiete gut abzusichern. Außerdem unternimmt sie große Anstrengungen, daß alle Abteilungen, sei es im Wirtschaftsbereich, in der medizinischen Betreuung oder im sozialen Bereich oder im kulturellen Bereich ihre Aufgaben trotz aller materiellen Probleme gut erfüllen. In den halb befreiten Gebieten, die ca. 80% der Fläche Eritreas ausmachen, organisiert die EPLF die politische Mobilmachung durch politische Schulung usw. Sie organisiert die Dörfer in allen Bereichen des Lebens sowie beim Aufbau der Volksmilizen. Die befreiten Gebiete machen etwa ein Drittel der Fläche aus. Sie spielen bei der Organisierung der nicht befreiten Gebiete eine entscheidende Rolle. Sie sind das Rückgrat des gesamten Kampfes der eritreischen Bevölkerung. Sowohl in den befreiten als auch in den halb befreiten Gebieten führt die EPLF landwirtschaftliche Projekte durch, damit die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gesichert ist. Etwa 1000 Barfußärzte betreuen die Bevölkerung an Ort und Stelle.

Die EG und insbesondere die BRD unterstützen das äthiopische Regime. Welche Absicht verfolgen sie dabei?

Die BRD und die EG haben die Erfahrung gemacht, daß Länder wie Äthiopien, die lange von den westlichen Imperialisten völlig abhängig waren, sich plötzlich nach Osteuropa wenden, daß dadurch aber nicht die erforderlichen ökonomischen Notwendigkeiten des Landes gedeckt werden können. Die militärische und politische Zusammenarbeit mit der UdSSR sind zwar im Moment die dominanten Faktoren. Aber die westlichen Länder ver-

und andere Teile der Wirtschaft auch verstaatlicht.

Die Militärregierung will in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion die Herrschaft über Eritrea aufrechterhalten, um ökonomischen Nutzen aus der Bevölkerung zu ziehen. Durch den Krieg gegen Eritrea und gegen andere Völker Äthiopiens fehlt es an landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Das hat, zusammen mit Naturkatastrophen, dazu geführt, daß die landwirtschaftliche Produktion zurückgegangen ist. Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Produktion wird exportiert, um mit dem Erlös die Waffenlieferungen der UdSSR und die Zinsen für die Kredite der westlichen Länder, vor allem der USA, des IWF und an dritter Stelle der BRD zu bezahlen. Deshalb hat die Ver-



Eine Werkstatt der EPLF in den befreiten Gebieten. So wird die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln sichergestellt.

suchen, durch wirtschaftliche Unterstützung den Einfluß der Sowjetunion zurückzudrängen. Sie üben ihren Einfluß in Form von humanitärer Hilfe, in Form von Entwicklungsprojekten in den Infrastrukturen und im landwirtschaftlichen Bereich aus. Insbesondere die BRD, die im Gegensatz zu England und Frankreich über keine Militärstützpunkte in Afrika verfügt, versucht, durch gesteigerte Kreditvergabe ihren Einfluß zu vergrößern. Weil Äthiopien der Sitz der OAU ist, hofft sie, ihren Einfluß auf ganz Afrika ausbauen zu können.

Der Kampf des eritreischen Volkes hat mit zum Sturz des Feudalregimes des Kaisers Selassie beigetragen. Wie unterscheidet sich die Militärregierung von diesem Regime und welche und wessen Interessen vertritt sie?

Die Militärregierung besteht aus Offizieren der unteren und mittleren Ebene. Sie hat die großen Ländereien verstaatlicht, die Feudalstrukturen auf dem Land beseitigt und die Industrie

staatlichung der großen Ländereien und der Industrie für die Bevölkerung keine Vorteile gebracht. In Eritrea ist die Unterdrückung im Vergleich zum alten Feudalregime sogar noch gesteigert worden. Auch die Bevölkerung Äthiopiens wird nach wie vor unterdrückt, die Haushalts-Einnahmen steigen langsamer als die Lebensmittelpreise.

Als das Feudalsystem stürzte, war die Bourgeoisie zu schwach, um die Macht zu übernehmen. In den letzten Jahren hat die Junta den Besitz von Kapital bis zu 500000 Dollar wieder erlaubt. Sie plant die Förderung von Kapitalbesitz durch Kreditvergabe usw. Man kann sagen, diese Militärregierung spielt die Hebamme für die einheimische Bourgeoisie in Äthiopien und bekämpft deshalb alle sozialrevolutionären Bewegungen.

Für welche Ziele kämpft die EPLF? Wir verstehen unseren Kampf als Kampf gegen die Kolonialherrschaft eines fremden Landes. Äthiopien ist

Aufbau der Sekundarschule in den befreiten Gebieten Eritreas

Die Massenorganisationen der EPLF in der BRD, die Nationalunion der eritreischen Arbeiter, der Studenten und der Frauen, führen seit Ende 1982 eine Kampagne durch, um den Aufbau des Sekundarschulwesens in den befreiten Gebieten Eritreas zu unterstützen. Zu den Hinterlassenschaften der italienischen und britischen Kolonialherrschaft und den Folgen der nationalen Unterdrückung durch Äthiopien gehört, daß 90 bis 95% des eritreischen Volkes des Lesens und Schreibens unkundig sind und daß nur 20% der schulpflichtigen Jugend tatsächlich zur Schule gehen können.

Die EPLF hat in den befreiten Gebieten neben einer Alphabetisierungskampagne für Erwachsene zunächst mit dem Aufbau der Elementarschule (1. bis 5. Klasse) und der Mittelschule (6. und 7. Klasse) begonnen. In einer Broschüre der Nationalunion der eritreischen Studenten in Deutschland werden die Aufgaben dieser beiden Schulstufen beschrieben:

„Die Elementarstufe konzentriert sich auf Sprachen, Rechnen, Einführung in die Naturwissenschaften,

Geographie, Geschichte, zusammen mit politischer Erziehung und körperlicher Ertüchtigung. In der niedrigeren Sekundarstufe (Mittelschule) werden ähnliche Stoffe gelehrt auf fortgeschrittenem Niveau und technische Ausbildung eingeführt ... In allen Stufen werden die Studenten (Schüler – Red.) nicht nur auf die theoretische Ausbildung beschränkt, sondern arbeiten 50% ihrer Zeit in den verschiedenen festgelegten Gebieten – Für die landwirtschaftliche Ausbildung haben die Schulen etwas Land auf ihrem Gelände oder in der näheren Umgebung, wo die Schüler die Kenntnisse, die sie im Unterricht erlangen, in die Praxis umsetzen.“

In ihrem Aufruf, den Aufbau der Sekundarschule in den befreiten Gebieten zu unterstützen, schreibt die Nationalunion eritreischer Studenten:

„Das Ziel der Sekundarschule ist im Allgemeinen, Fachkräfte mit ausreichenden Erkenntnissen auszubilden, die für die Produktivität des Landes unentbehrlich sind. Die Ausbildung läuft über drei Jahre. Parallel dazu werden praktische Erfahrungen in den verschiedenen Abteilungen abgehalten. Mit dieser Kombination erhoffen

wir befriedigende Ergebnisse. Nachfolgend einige Fächer, die für die Schule vorgesehen sind:

1. Handwerk (Holzarbeit, Schweißer, Elektriker, Facharbeiter).
2. Naturwissenschaften (Krankenpfleger, chem. Assistenten sowie Labor-Fachkräfte etc.)
3. Kultur (Assistenten der Musiklehrer, Maler etc.)
4. Lehrer (Qualifizierte Lehrer für die Elementar-Schule).
5. Büro-Arbeit (Forschungsassistent, Verwaltungsfachkräfte, Buchhalter usw.) ...

Welche Hilfen sind notwendig?

1. Bevorzugt sind Hilfen in Geldform, da wir die notwendigen Geräte und Ausrüstungen zusammen preisgünstiger kaufen können. Dies erleichtert uns auch die Transportkosten. 2. Andere Hilfen können Laboreinrichtungen, Hefte, Bleistifte etc. für die Sekundarschule sein ... Alle Hilfen, mit denen Sie unser Projekt unterstützen, sind an die Ortsgruppen der Nationalunion der eritreischen Studenten, Arbeiter und Frauen in Deutschland zu richten.

Tesfai Ghebremariam
Schulprojekt – Eritrea
Bank für Gemeinwirtschaft, Köln
BLZ 370 101 11, Kto. 2154 2208 00“

Quellenhinweis: Die Erziehungsgeschichte Eritreas und das Erziehungssystem der eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF), Dez. 1982

zwar eigentlich von seiner ökonomischen und militärischen Kraft her gar nicht dazu in der Lage, ein anderes Land zu rauben. Es ist also kein klassischer Kolonialismus, sondern eine neue Art von Kolonialismus. Ein Land, welches unter der Vorherrschaft eines anderen steht, versucht, ein drittes zu überfallen. Das ist eine Art verlängerter Kolonialismus. In den fünfziger Jahren sind wir durch die westlichen Imperialisten unter die Herrschaft Äthiopiens gebracht worden.

In dieser Zeit hatten sich die UdSSR und die osteuropäischen Staaten für die Unabhängigkeit Eritreas ausgesprochen. Inzwischen unterstützt die UdSSR Äthiopien. Wir sind kein Teil Äthiopiens, sondern wir waren eine Kolonie der westlichen Imperialisten, wie die anderen jetzt bestehenden afrikanischen Staaten auch. Wie alle anderen Völker haben wir das Recht auf Selbstbestimmung. Dieses Recht wurde uns genommen und dagegen mußten wir den bewaffneten Kampf aufnehmen.

Auf ihrem ersten Kongreß 1977 hat die EPLF ein Programm erarbeitet und verabschiedet und bis heute ist davon soviel wie möglich in die Praxis umgesetzt worden. Die EPLF will eine Gesellschaft aufbauen, wo die Unterdrückung einer Klasse durch die andere

aufgehoben ist. Wir versuchen, dieses Ziel Schritt für Schritt zu erreichen. Die EPLF organisiert die Bevölkerung in verschiedenen Massenorganisationen sowohl in den befreiten Gebieten als auch in den Gebieten, die von der äthiopischen Armee besetzt sind. Es gibt Frauenorganisationen, Arbeiterorganisationen, Jugendorganisation-



Die EPLF kämpft hauptsächlich mit erbeuteten Waffen. Hier ein Panzer aus Beständen der äthiopischen Armee.

nen, Studentenorganisationen und Bauernorganisationen. In den Dörfern gibt es Volksversammlungen. Diese Organisationen und Versammlungen werden von denen geleitet, die früher benachteiligt waren. In Zukunft soll ein Volkskongreß oberstes Organ des Staates werden, der aus Vertretern aller dieser Organisationen sich zusammensetzt. Im Augenblick wird die Landreform politisch vorbereitet. In Teilen des Landes werden aber auch schon landwirtschaftliche Genossenschaften aufgebaut, die Vorbild für die zukünftige Organisation der Landwirtschaft sein sollen. Die Industrie in den befreiten Gebieten ist unter der Kontrolle der EPLF. Wir wollen durch diese sozialistischen Systeme in den befreiten Gebieten die Zukunft Eritreas bestimmen. In Zukunft sollen die große Industrie und die großen Plantagen verstaatlicht werden. Die Arbeiter, die dort arbeiten, sollen die Leitung der Produktion und die Gestaltung der Unternehmen selbst bestimmen. Wir kämpfen für die sozialrevolutionäre Entwicklung in Eritrea und in Äthiopien. Wir sind gezwungen, gegen alle Großmächte zu kämpfen, die an der Aufrechterhaltung der jetzigen ungerechten Verhältnisse interessiert sind. In diesem Kampf brauchen wir Unterstützung.



„Die flambierte Frau“

Wie sich die Frauen auch durch die Prostitution befreien sollen

Überschwengliche Kritiken erhielt der Film „Die flambierte Frau“ des Regisseurs Robert von Ackeren, nachdem die Finanzierung selbst schwierig war. Offensichtlich paßt der Film in die gegenwärtige Rechtfertigungswelle für die Prostitution.

„Die flambierte Frau“ spielt in Westberlin. Eva verläßt nach fünf Ehejahren ihren Mann, einen offensichtlich gut verdienenden Intellektuellen mit gutem Einkommen und gepflegtem Geschmack, nachdem er ihr erneut Vorhaltungen über vergessenen Wein für die Gäste und die unvorschriftsmäßig aufgestellten Gläser gemacht hat. Man erfährt, daß Eva an einer Doktorarbeit sitzt, sich aber auch dabei wenig zutraut.

Allein, braucht Eva schließlich Geld und läßt sich von der Prostituierten Yvonne, deren Telefonnummer sie vor einem Jahr von einer Freundin bekam, in ein Bordell einführen. Sie ist als Hotelprostituierte und Call-Girl tätig, muß sich demütigen lassen, erfährt dabei aber plötzlich, welche Demütigungen sie austeilen kann und wie ihre Kunden darauf reagieren.

Sie macht als „Domina“ die Behandlung masochistisch veranlagter Männer zu ihrer Spezialität. Zu dieser Zeit verliebt sie sich in Chris, einen früheren Studenten der Betriebswirtschaften, der als „Gesellschafter“ weibliche und männliche Kunden gegen Barzahlung befriedigt. Die beiden tun

sich zusammen und gründen einen Hausstand mit „Arbeitsraum“ für ihn unten und sie oben.

Das junge Glück scheitert schließlich an der Eifersucht – an der Eifersucht des Hochschullehrers und Kunstkenners Kurt, eines „Stammkunden“ von Chris, auf Eva und der Eifersucht von Chris auf Evas Kunden. Eva versteht die Eifersucht nicht, schließlich behandle sie die Männer schlecht, je schlechter, desto mehr bezahlten sie.

Das Drama spitzt sich zu, als Chris sich um seine Zukunft sorgt und mit Kurt und Eva ein Nobelrestaurant mit Galerie eröffnen will. Sie erklärt, sie habe sich in den „Gigolo“ verliebt, nicht in einen spießigen Restaurantbesitzer, er, rasend vor Eifersucht, versucht, sie zu verbrennen, sie überlebt und lebt heiter als Prostituierte, aber ohne Chris, weiter.

Regisseur von Ackeren habe ein „Märchen von Freiheit und Liebe“ gedreht, schreibt Spiegel-Redakteur Kasarek in seiner Lobeshymne auf den Film. Die „Freiheit“ ist offensichtlich die Freiheit der Eva.

Von einer gelangweilten, sich minderwertig fühlenden Ehefrau, die sich dauernd Vorhaltungen machen lassen muß, wird sie zur hochbezahlten Prostituierten, die mit den Männern und auch sonst macht, was sie will. Auch Prostitution sei eine Form der Befreiung der Frau, sofern diese jung, hübsch und selbstbewußt genug, das ist die Kernaussage dieses Films.

Entsprechend setzt von Ackeren die Stilmittel des Films ein. Dreck, Elend, Verzweiflung (außer der aus Eifersucht) kommen in dem Film nicht vor. Die Menschen und erst recht ihre Umgebung, ob Bordell, Café, Hotelhalle, eigene Wohnung, sind gepflegt. Zuhälter, Schlägereien, Geldprobleme gibt es nicht.

„Die flambierte Frau“ ist nicht die erste Rechtfertigung für Prostitution, die in letzter Zeit in die Kinos kam. Auch in „gehobenen“ Frauenzeitschriften wie in Illustrirten kann man eine Prostitutions-Debatte beobachten.

Daß die Rechtfertigung der Prostitution jetzt für besser verdienende Schichten ein Problem wird, hängt auch damit zusammen, daß die Ausweitung der Arbeitslosigkeit auf die Bereiche gut bezahlter, leitender Arbeitskraft mit akademischer Ausbildung sich im Anwachsen der „gehobenen“ Prostitution – neben der Elendsprostitution – niederschlägt. Die Anzeigen der Tageszeitungen unter „Vermisches“ geben darüber Auskunft.

Aber auch die Tatsache, daß für viele Frauen der Versuch, besser bezahlte Positionen in Betrieb oder Büro zu bekommen, fast zwangsläufig Prostitution gegenüber männlichen Vorgesetzten bedeutet, wird von den Propagandisten der Prostitution benutzt, den Gedanken zu verbreiten, das dann doch richtig und gut bezahlt zu machen.

Biedermanns exorzistische Abenteuer

Dr. Orient, Arzt und Telepathieforscher, heilt die Vizepräsidententochter von einer Lähmung, verschenkt sein Hab und Gut, arbeitet als Telefonist eines illegalen Buchmachers, verläßt New York, als er in einen Heroideal verwickelt wird, liebt Raga, tötet deren Mann Dr. Six und später sie. Die fade Geschichte wird aufgemöbelt mit telepathischen Vorkommnissen. Eine böse Wolke mit pestilenzialischem Gestank läßt Leute in Ermüdung und Koma verfallen, schließlich sterben sie. Raga ist schuld, sie nämlich ist ein Voodoo-Vampir, der, statt die Perioden zu kriegen, monatlich sein Opfer aussaugen muß. Es gelingt Dr. Orient, trotz süßerster Verlockungen diesen Vampir zu bezwingen vermittels der von Achmechmed einer der Unsichtbaren Neu-

– offenbarten Beschwörungsformeln. Ungeheure PSI-Kräfte sind hier am Wirken, das ganze Universum kämpft mit. Die Unsichtbaren Neun sind dank ihrer telepathischen Potenzen nahezu allmächtig, leben aber wie gewöhnliche Menschen. Achmechmed z.B. feilscht als Juwelier. Dr. Orient kehrt nach New York zurück, sein Rechtsanwalt, Senator Jackson, hat ihm das Haus vor dem Verschenken bewahrt, eine zur hausbackenen Ehefrau geeignete Studentin ist auch aufgetaucht ... Er kann sein Leben als unscheinbarer Arzt fristen und in der Freizeit unbemerkt das ganze Universum telepathisch umwälzen. Aus der Heyne-Reihe „Das unheimliche Buch“.

Frank Lauria, Raga Six, Die unheimlichen Bücher 3, Heyne, 6,80 DM

Was hat Zimmermann gegen „Das Gespenst“?

Zur Geschichte: Herbert Achternbusch bekam für seinen Film „Das letzte Loch“ einen Filmpreis der Bundesregierung mit 300000 DM. Das Geld ist an die Auflage gebunden, es für einen „neuen, guten Film“ auszugeben. Für das Drehbuch zum Film „Das Gespenst“ wurden 225000 DM ausbezahlt. Bundesinnenminister Zimmermann verweigerte jetzt die ausstehenden 75000 DM mit der Begründung, der Film verletze „das sittliche und religiöse Empfinden“. Inzwischen hat er auch einem weiteren Film Achternbuschs „Wanderkrebs“ (vom Auswahlausschuß der Produktionsförde-

rung beim Bundesinnenministerium vorgeschlagen) die Förderung verweigert.

Zimmermann strebt eine Neuregelung der Filmförderung an. Da der Deutsche Filmpreis eine „leistungsorientierte Auszeichnung“ sei, will er die Prioritäten auf den wirtschaftlichen Aspekt des Films setzen. Bei der Mittelvergabe will er darauf achten, „daß neue Talente entdeckt oder auch Altbewährtes wiederentdeckt werde“. Das „Kulturinstrument Film“ soll „die Bewußtseinslage eines Volkes und einer Zeit ebenso spiegeln wie es die Lebenseinstellung seiner Zuschauer mitbeeinflussen mag“. Die Filmförderung soll „daher nicht den Charakter von Krücken für Gebrechliche, sondern von Stärkungsmitteln für einen Genesenden oder Heranwachsenden“ haben. Unter diesem Aspekt überarbeitet er augenblicklich die Förderungsrichtlinien. Dabei räumt er alles aus dem Weg, was ihn hindert: Der bisherige Filmreferent des Bundesinnenministeriums Manfred Hohnstock (CDU) wurde versetzt.

Man mag zu Achternbuschs Film stehen, wie man will (siehe Pol. Ber. Nr. 7, S.34), gegen das, was Zimmermann unter Kultur versteht, muß man sein. Kritik kam bislang von 50 Filmmachern, die sich „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wehren“ wollen, vom Verband Deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier, die von Versuchen sprechen, „Kunst und Kultur immer häufiger politisch über den Geldhahn regulieren zu wollen“, und von den Grünen, die „die sofortige Einstellung der beschämenden Zensurversuche“ fordern.

Udos Spaß am politischen Leben

Folgende Variante eines bekannten Lindenberg-Titels sang Rocksolist Helmut Kohl (oder war es nur einer mit Kohl-Maske?) im Programm des Musik- und Theater-Kollektivs Mannheim:

„tschuldijen Sie, ist das der Panzerzug nach Pankow? Ich muß mal eben dahin, mal eben nach Ost-Berlin. Ich muß da was klär'n mit eurem Oberindianer! Ich bin Kanzler am Rhein und will's drüber auch sein.“

Ich hab das Grundgesetz mit, das besagt – kaum geht's kecker –, auch wenn er es nicht hören will, der Erich Honecker: Ja, dein „Staat“, hey

Honey, so sprach schon der Konny, is doch nur 'ne Zone und das ganz ohne/ anerkannte Grenzen, nur 'ne so-ge-nannte/ Republik, und wer's nicht glaubt, riskiert einen Krieg! Laß doch mal den Helmut! Doch der große Helmut, der darf das nicht, und das verstehn wir nicht.

Ich weiß genau, ich hab da noch paar alte Freunde/ in der D-eDR, und bei uns sind's noch mehr;/ die hatten mal Fabriken drüber, bis er alles hat/ ihnen weggenommen, dein Arbeiter- und Bauernstaat.

/: Ist das der Sonderzug nach Pankow?/: tschuldigung, der Sonderzug nach Pankow?

Ich hab das Grundgesetz mit ...

Honey, hör zu, die Planwirtschaft is doch 'n Flopper;/ schließt euch doch bei uns an! Mensch, was wär das 'n Klopper! Dann hätten wir gleich – ganz friedlich – unser altes Deutsches Reich./ Und unsre FdGO macht doch alle Deutschen froh!

Hallo, Erich, willst' nich hör'n? Halali, hallo./ Hallo, Erich, müß'mer störrn, hallo, mit der NATO? ... Joddledo.

(Stimme mit Hall:)

„Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefördert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden ...“

Hat Kohl Udos Lied in die falsche Richtung gezerrt? Meinte es Udo überhaupt politisch? Die Kulturpostille „Kikeriki“ fragte ihn unlängst: „Wie, glaubst du eigentlich, sollte eine Gesellschaft ausschauen ...?“ Darauf er: „Ich finde, daß wir wirklich ein sehr gutes Grundgesetz haben ... Das (die Volkssouveränität; Verf.) kann aber doch nur dann funktionieren, wenn die Leute wirklich politisch sind ..., wenn ... es gelingt, den Leuten Spaß am politischen Leben zu vermitteln“.

Kikeriki: „Hat übrigens der Honecker schon auf deinen Brief geantwortet?“ Udo: „Nein, ... das ist auch wieder so'n Ding, Politik und Humor, scheinbar.“ Das meinte auch der BILD-Kommentar, als es darum ging, daß auch Dieter Thomas Heck was in der DDR erledigen wollte: „Und daß die humorlosen Machthaber in Pankow ihn auf der Landstraße radeln lassen, erscheint aussichtslos.“

Quellenhinweis: Udo Lindenberg, Odyssee (Polydor 1983, 1.P); „Kikeriki“ Mai 1983; Bild v. 30.5. 1983

Wissenschaftsbegriff der CDU

Grundwerte und Wissenschaft – moderne Form der Inquisition

Die CDU Baden-Württemberg hat 1982 hochschulpolitische Leitlinien unter dem Namen „Hochschulpolitik in den achtziger Jahren“ veröffentlicht. In diesem Grundsatzprogramm werden u.a. Ausführungen zum Wissenschaftsbegriff gemacht:

„Die CDU Baden-Württemberg geht in ihrer Hochschulpolitik von den Aussagen des Grundgesetzes und der Landesverfassung aus. Die dort genannten Ziele und Normen bilden die Richtschnur einer auf Werte gegründeten und Werte vermittelnden Ausbildung und Bildung nicht nur in der Schule, sondern auch in der Hochschule. Die Hochschule hat daher ihren Ausbildungs- und Bildungsauftrag an den grundlegenden Werten unserer freiheitlichen Ordnung auszurichten ... Eine so verstandene Wissenschaft vermittelt ein weit über das Fachwissen hinausgehendes Ethos, auf das unser Gemeinwesen angewiesen ist“ (1).

Eine solche Auffassung über das Wesen wissenschaftlicher Tätigung wird von neokonservativen Theoretikern verstärkt seit dem Aufkeimen der Studentenbewegung vertreten – sie ist jetzt politisches Programm der CDU. Wissenschaft braucht danach als Grundlage ein Wertesystem (hier die FDGO). Die Werte selbst – Freiheit des Eigentums, „Gewaltenteilung“, „Liebe zu Volk, Heimat und Vaterland“ etc. – sind der wissenschaftlichen Erkenntnis entzogen.

Mit dieser Definition von Wissenschaft beruft sich die CDU auf die Verfassung – zu recht? In der Verfassung ist in Artikel 5 die Freiheit der Wissenschaft als *Grundwert* aufgenommen („Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“). Dieser Artikel wurde als Lehre aus und Überwindung der faschistischen Wissenschaftsauffassung ausgegeben. Im Faschismus hätte sich nämlich der totalitäre Staat der Hochschulen bemächtigt und die Wissenschaft für üble Zwecke eingespannt, was nun ausgeschlossen sei.

Es ist zunächst zu bemerken, daß sich der Wissenschaftsbegriff der CDU nicht sehr von dem der NSDAP unterscheidet. Reichskulturminister Rust sagte anlässlich der 600-Jahre-Feier der Universität Heidelberg 1936: „Den Nationalsozialismus trifft der Vorwurf der Wissenschaftsfeindlichkeit dann mit Recht, wenn Voraussetzungslosigkeit und Wertfreiheit tatsächlich Wesensmerkmale der Wissenschaft sind. Wir bestreiten das. Der Nationalsozialismus hat erkannt, daß Wissenschaft ohne wertmäßige Grundlagen nicht möglich ist.“ (2)

Je nach aktuellen und strategischen Interessen der herrschenden Klasse mit Inhalt gefüllt, schafft diese Wertebindung die Möglichkeit, materielle richtige Erkenntnisse, die dem Klasseninteresse der Bourgeoisie widersprechen, als unwissenschaftlich zu denunzieren und zu verfolgen.

Das Bundesverfassungsgericht bezeichnet die im Grundgesetz auftauchende Freiheit der Wissenschaft als „wertentscheidende Grundsatznorm“. Diese „Freiheit“ wird also nicht deswegen garantiert, weil sonst falsche statt richtige Erkenntnisse das Resultat wissenschaftlicher Tätigung wären, sondern weil sie ein „Wert“ an sich sei. Dieser Wert ist einer unter vielen Grundwerten und insoweit auch nur im Zusammenhang mit diesen möglich und sinnvoll.

Da nämlich die in der FDGO definierten Grundwerte nach bürgerlicher Behauptung und Rechtsprechung gerade die Freiheit insgesamt garantieren (und insofern angeblich die Überwindung und Verunmöglichung faschistischer Zustände bedeuten), ist die „Freiheit der Wissenschaft“ nichts anderes, als die Freiheit der Wissenschaft von allem, was diese Werte in Frage stellt, angreift oder mit wissenschaftlichen Methoden zersetzen will. Es ist die Freiheit, jene Werte der FDGO zu begründen und mit „wissenschaftlicher“ Apologie zu versehen, die die Freiheit sichern, nämlich die Freiheit des Privateigentums. Dazu die CDU:

„Bestrebungen (einzelner ideologisch ausgerichteter Gruppen, die Hochschulen zu einem Instrument der Gesellschaftsveränderung zu machen) widersprechen nicht nur dem für die Arbeit der Hochschulen elementaren Grundsatz der freien Forschung und Lehre, sondern auch dem Maßstab für die Autonomie unserer Hochschulen, nämlich dem für die Freiheit geschaffenen Menschen“ (1).

Die wissenschaftstheoretischen Aussagen der CDU stehen also nicht im Widerspruch zum Grundgesetz, sondern sollen im Gegenteil zur Durchsetzung der einschlägigen Artikel führen.

„Wir brauchen die Sicherung der für jede Demokratie notwendigen Gemeinsamkeit und Loyalität aller Demokraten. Das bedeutet, ... daß wir die Wertvorstellungen unserer Verfassung überall durchsetzen, im wirtschaftlichen, im kulturellen, im sozialen und im politischen Bereich ... Das schließt auch *das Denken in Klassengegensätzen* aus.“

In der praktischen Hochschulpolitik bedeutet dies die Inquisition in moderner freiheitlich-demokratischer Form. Lohnarbeit z.B. darf nicht als Ausbeutung bezeichnet und nachgewiesen werden, weil dies den Grundwerten widerspricht. (vgl. KPD-Verbotsurteil).

(1) Zukunftschancen der jungen Generation, Hochschulpolitische Leitlinien der CDU Baden-Württemberg 1982. (2) Reichskultusminister Rust, Das Nationalsozialistische Deutschland und die Wissenschaft, Hamburg, 1936. Peter Brückner: „Über die Pflicht des Gelehrten auch als Bürger tätig zu sein“, Hannover 1981. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes Band 5, S. 146 und Band 35, S. 122 ff.

Adel und Kirche in Polen

Im Kampf für die Nation waren die Bauern immer die Betrogenen

Rosa Luxemburg, die 1871 in Polen geboren wurde, gebührt das Verdienst, eine entschiedene und revolutionäre Auffassung gegen die Forderung nach Wiederherstellung eines polnischen Nationalstaates verfochten zu haben unter historischen Bedingungen, die es dem polnischen Proletariat offensichtlich nicht erlaubten, die soziale Revolution gegen die eigene Bourgeoisie durchzuführen und damit zugleich die Bedingungen für seine nationale Befreiung zu erkämpfen. Als Beispiel wollen wir ihre Polemik gegen einen von polnischen Sozialisten ausgearbeiteten Resolutionentwurf für den 1896 in London abgehaltenen Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongress anführen. Der Text lautete: „In Erwägung, daß die Unterjochung einer Nation durch die andere nur im Interesse der Kapitalisten und Despoten liegen kann, für das arbeitende Volk hingegen, sowohl für das der unterdrückten wie auch für das der unterdrückenden Nation, gleich verderblich ist; daß besonders das russische Zarentum, das seine inneren Kräfte und seine äußere Bedeutung aus der Unterjochung und Teilung Polens zieht, eine dauernde Gefahr für die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung bildet, erklärt der Kongress: daß die Unabhängigkeit Polens eine sowohl für die gesamte internationale Arbeiterbewegung wie auch für das polnische Proletariat gleich notwendige politische Forderung bildet.“

Sie stellte dagegen die Auffassung, daß für die inneren Verhältnisse im Zarenreich die rückständigen Verhältnisse auf dem Land ausschlaggebend seien, für die äußeren die Rolle Rußlands in der orientalischen Frage und seine Annäherung an Frankreich aufgrund der Annexion Elsaß-Lothringens durch Preußen. Mit der bloßen Forderung sei es auch nicht getan, kritisierte sie, die Durchführung selber sei völlig utopisch. Die herrschenden Klassen in den polnischen Ländern seien das feste Bollwerk der Annexion, fremde Regierungen würden sich erst recht nicht um eine solche Forderung des polnischen Proletariats kümmern. Sollte das Proletariat selber versuchen, gegen den Willen seiner eigenen Bourgeoisie einen neuen kapitalistischen Nationalstaat zu erkämpfen, so könne es sich nur eine blutige Niederlage holen. Die von ihr als „sozialpatriotisch“ bezeichnete Resolution wurde von dem Londoner Kongress verworfen. Stattdessen wurde eine Resolution angenommen, die mit dem Satz beginnt: „Der Kongress erklärt, daß er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationalitäten eintritt und mit den Arbeitern jedes Landes sympathisiert.“ Sie weist darauf hin, daß der letzte Aufstand zur Befreiung der polnischen Nation, mit dem der Adel seine Interessen verfolgte, über dreißig Jahre zurücklag und alle Bestrebungen in dieser Richtung vom Zaren dadurch beendet wurden, daß er den Adel von den Bauern, die dieser immer wieder durch das Versprechen der Aufhebung der Leibeigenschaft für seine Zwecke einzuspannen gewußt hatte, isolierte, indem er selber 1864 das Ende der Leibeigenschaft verfügte und der kapitalistischen Entwicklung in dem Teil Polens, der durch den Wiener Kongress 1815 als „Königreich Polen“ unter russische Verwaltung gekommen war, in der Geschichtsschreibung bekannt als „Kongresspolen“, den Weg bahnte durch Aufhebung der Zollgrenze und Bau von Eisenbahnen.

Rosa Luxemburg trat konsequent dafür ein, daß die polnischen Sozialdemokraten sich den sozialdemokratischen Parteien in den annexierten Ländern Rußland, Österreich und Preußen anschließen sollten und für dieselben Ziele wie das Proletariat dieser Länder eintreten sollten. Im Königreich Polen komme es darauf an, alle Kräfte für den Sturz des Zarismus einzusetzen.

Mag Rosa Luxemburg auch den preußisch-deutschen Imperialismus unterschätzt haben, so hatte sie doch sicher recht mit ihrer Warnung vor nationalistischen Strömungen unter den Polen, die auf Wiederherstellung des polnischen Klassenstaates ausgingen und dies mit Feindschaft gegen die soziale Revolution des Proletariats verbanden. Den widerwärtigsten Beweis erbrachte der nationalistische Führer Pilsudski, der nach der Wiederherstellung des polnischen Staates nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg nichts Eiligeres zu tun hatte, als die revolutionäre Sowjetunion durch seinen Überfall zum Krieg an einer weiteren Front zu zwingen. Richtig bleibt auch ihre Kritik des polnischen Adels, der Bourgeoisie und der polnischen Geistlichkeit, die den Interessen der jeweiligen Annexionsmacht folgten.

Die Forderung nach Unabhängigkeit Polens war weder im Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokraten von 1891 noch im Hainfelder Programm der österreichischen Sozialdemokraten von 1889 enthalten.

Es lohnt sich wohl, einige der Stationen in der polnischen Geschichte zu beleuchten, die sowohl die Rolle des Adels wie der katholischen Kirche deutlich machen.

Der erste in der Geschichtsforschung bekannte polnische Herzog Mieszko I. erlebte 963 den ersten Konflikt mit dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Die Erfahrung, daß ihm einer von dessen Fürsten durch einen Überfall zwei Niederlagen beibringen konnte, bewog ihn zu zwei Maßnahmen, um sein gerade erst durch Unterwerfung der Polanenstämme in der Gegend von Gniezno und Poznań zusammengebrachtes Reich in Zukunft abzusichern.

Er wandte sich an den deutschen Kaiser Otto I., auf den im Jahr zuvor die Kaiserwürde übergegangen war, ließ sich zum „Freund des Kaisers“ ernennen und hoffte sich durch diese Anerkennung seines Staates vor weiteren Überfällen zu schützen. Zugleich erkannte er, daß die Freundschaft des Heiligen Reichs dieses nicht davon abhalten würde, den Polen mit seinen Waffen das Christentum zu verabreichen. Um zu vermeiden, das Christentum aus der Hand deutscher Fürsten zu empfangen und zum Vasallen des Kaisers zu werden, heiratete er eine Prinzessin aus dem damals slawischen Königreich Böhmen, das bereits das Christentum lateinischer Prägung angenommen hatte. 966 ließ er sich taufen und christianisierte dann sein Land. Erst sein Nachfolger und der eigentliche Begründer der Dynastie der Piasten wurde am Vortag seines Todes zum König gekrönt. Er empfing die Krone aus der Hand mittlerweile Ottos III., der zugleich die unabhängige Organisation der polnischen Kirche mit einem Erzbistum in Gniezno und ihm unterstellten Bistümern sanktionierte. Die Königswürde ließ er sich vom Papst bestätigen. Bereits sein Vater hatte sein Land dem Papst zu Lehen gegeben.

Nichts lag weniger in der Absicht der Piasten, als den Polen eine nationale Heimstatt zu sichern. Boleslaw I. dehnte sein Reich, sobald er konnte, erheblich aus durch Eroberungen zwischen Oder und Elbe, durch zeitweilige Thronbesteigung in Prag, durch die Unterwerfung der orthodoxen Ruthenen und siegreichen Einzug in Kiew im Jahre 1018. Die polnische Kirche profitierte davon durch die Ausdehnung ihrer Kirchenprovinz und Eröffnung einer regen Missionstätigkeit in weitere Gebiete. Sie drang bis zu den Litauern vor, die sich jedoch erfolgreich verteidigten und heidnisch blieben. Mit Unruhe mußten die Päpste verfolgen, daß die piastische Dynastie, deren Hauptbestreben war, jedem ihrer Sprößlinge ein Stück Land mit Leuten zu besorgen, durch die Zersplitterung des Reiches in unzählige Herzogtümer, in denen jedem ein Piast saß, der sich wenig um die Oberhoheit des Herzog von Warschau kümmerte, nicht mehr tauglich war, das Reich zusammenzuhalten. Nachdem das Haus Brandenburg sich einige Stücke angeeignet hatte, zeugt es für die Entschlossenheit der katholischen Kirche, den Peterspfennig aus dem ganzen Gebiet weiter einzunehmen, der schließlich aus nichts anderem als dem geordneten Funktionieren des Systems der Leibeigenschaft entspringen konnte, daß sie hartnäckig auch die verlorenen Gebiete zur Kirchenprovinz Polen rechnete. Sie sah sich gezwungen, die Piasten zur Raison zu bringen. 1253 griff sie zu einem Mittel, das

ihr auch heute noch dazu dient, Klasseninteressen, die ihr genehm sind, mit einer gewissen Weihe zu versehen. Sie sprach Stanislaus, den Bischof von Kraków, heilig, den einer der ersten Piasten im Zorn hatte hinrichten lassen. Sie zwang die Piastensippschaft, sich um den auf dem Wawel aufgestellten Schrein des frischen Heiligen zu versammeln und rief sie zur Sühne auf für den Frevel ihres Ahnherrn. So gelang es ihr, die Aufmerksamkeit auf die alte Königsstadt Kraków zu ziehen, die mit der Blüte des Reiches verbunden gewesen war. Dennoch schlug der ehrgeizige Plan des Erzbischofs von Gniezno, durch das ungewöhnliche Vorgehen, zuerst einen König zu krönen, nämlich den Polen Przemysl I., um ihn sodann das Reich erneuern zu lassen, zunächst fehl. Der König von Böhmen nutzte die unentwegten Wirren um die Nachfolge, um in Großpolen einzufallen und sich von demselben Erzbischof krönen zu lassen.

Ein bedeutendes und bis heute nachwirkendes Stück leistete sich die Kirche 1655. War schon die Annexion der Ukraine durch den russischen Zaren im vorhergehenden Jahr schmerzlich genug, so wurde die Lage doch für die Kirche wirklich gefährlich, als Litauen von seinen Fürsten dem Pfalzgrafen von Zweibrücken, einem Parteigänger des Schwedenkönigs, übergeben wurde. Karl Gustav selber, ermutigt durch den Verrat des Vizekanzlers, besetzte Großpolen und eroberte die Städte. Polen schien für den Katholizismus verloren zu sein. Der schwache König war geflüchtet. Da ergriff die Kirche die Initiative. Sie sammelte Soldaten um das Kloster Tschchenstochau mit dem Bild der Schwarzen Madonna und zwang die Schweden nach vierzigtagiger Belagerung zum Rückzug, genau zu Weihnachten. Diese Wendung reichte aus, den König zurückzubringen. Der Kirche fiel es leicht, ihn zu zwei Gelübden zu bewegen. Ab sofort sollte die Muttergottes als „Königin der polnischen Krone“ verehrt werden. Für den späteren Zeitpunkt der Befreiung des Landes versprach Johann Kasimir, die Leibeigenschaft der Bauern aufzuheben. Nach Ende des Krieges, in dem die Bauern für den König gefochten hatten, fiel es der

Kirche ebenso leicht, den König dazu zu bringen, das erste Gelübde unverbrüchlich einzuhalten, das zweite jedoch nicht. Für mehr als weitere hundert Jahre änderte sich am Los der Bauern nichts. Wieder einmal waren sie um die Früchte ihres Eintretens für die polnische Nation betrogen. Die Zähigkeit der Kirche in der Verfolgung ihres Wunsches, die Bauern am besten unterdrückt zu lassen, kann man daran ermessen, daß sie dreist genug ist, noch heute, nach dem Verschwinden jedes polnischen Adels und der Errichtung eines sozialistischen Staates, den Titel Marias als „Königin von Polen“ zu behaupten.

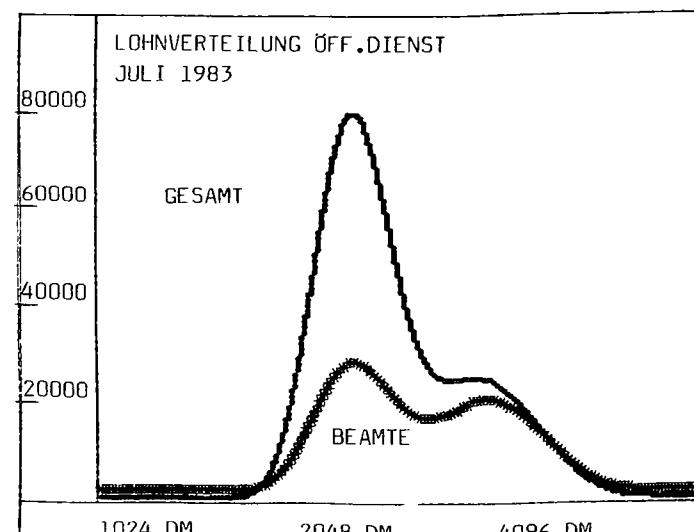
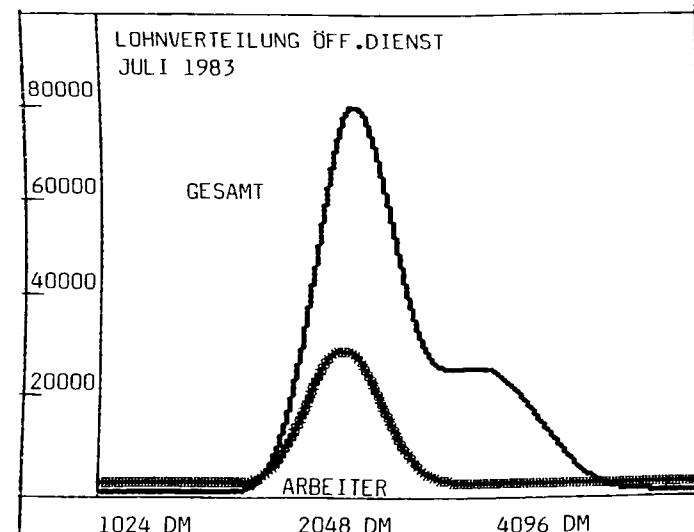
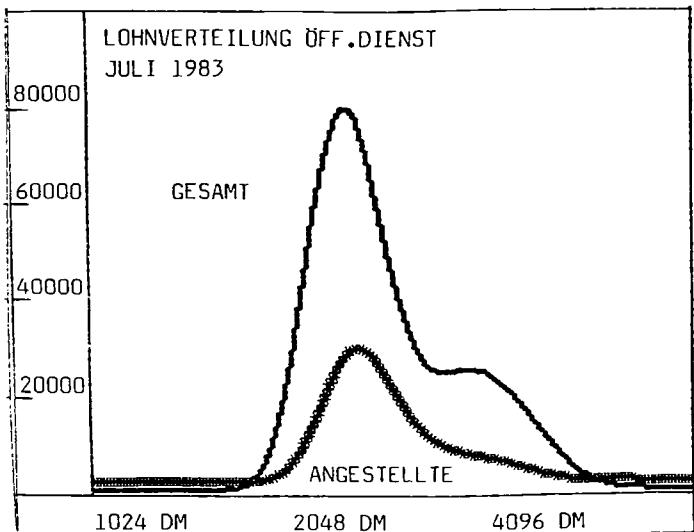
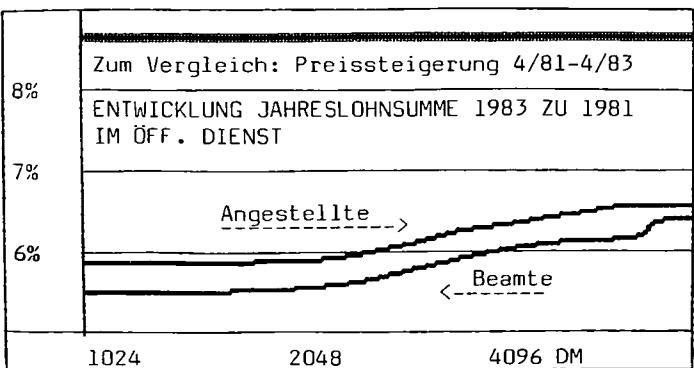
Die Herrschaft des aus Sachsen stammenden Königs August II., der bis 1733 regierte, belehrte den polnischen Adel schließlich erneut darüber, daß das Sicherste zur Verteidigung ihrer Privilegien die Wahl eines Königs war, der der Kirche gehörte. Nicht nur strebte er nach absoluter Macht und der Abschaffung der konstitutionellen Freiheiten des Adels. Er handelte auch unklug in Religionsfragen. Die Toleranz in religiösen Fragen war ein Teil der Absicherung Polen gegen fremde Interventionen gewesen. Es war zum Zufluchtsort von allen Sorten Gläubigen, auch von Juden geworden. Im Inneren war Toleranz sowieso wegen der orthodoxen Ruthenen nötig. August II. erlaubte sich jedoch, den Bürgermeister der Stadt Thorn und neun weitere Protestanten zum Tode zu verurteilen, weil sie Ausschreitungen gegen die dortige Jesuitenschule nicht verhindert hatten. Der päpstliche Nuntius selbst versuchte ihn vergeblich von diesem Urteil abzubringen. Die Folgen traten sofort ein. Rußland und Preußen nutzten den Vorfall, um ihr Bündnis zu erneuern und beide das Recht zu beanspruchen, die religiösen Minderheiten in Polen zu schützen. Dies blieb ihre einzige Rechtfertigung bis zur ersten Teilung Polens. Bei den folgenden Teilungen, mit denen sie den polnischen Staat vorläufig von der Landkarte strichen, konnten sie sich schon den Verzicht auf jede Rechtfertigung leisten.

Quellenhinweis: Wanda Bronska-Pampuch, Polen zwischen Hoffnung und Verzweiflung, Köln 1958; Oskar Halecki, Frankfurt am Main 1963; Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 1, Berlin (DDR) 1974 (3); Revolutionäre Parteiprogramme, Mannheim 1975

Kohlezeichnung



Rentner – Studien vom Kunstgruppenseminar 1983, pes



Lohnlage öffentlicher Dienst

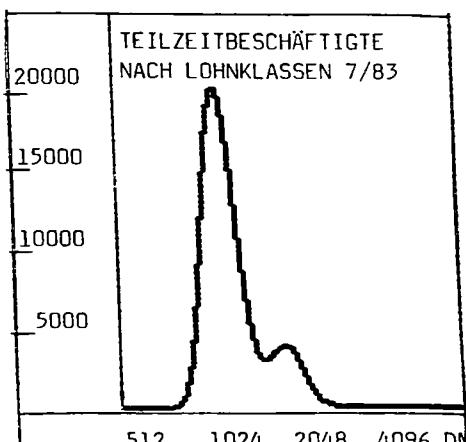
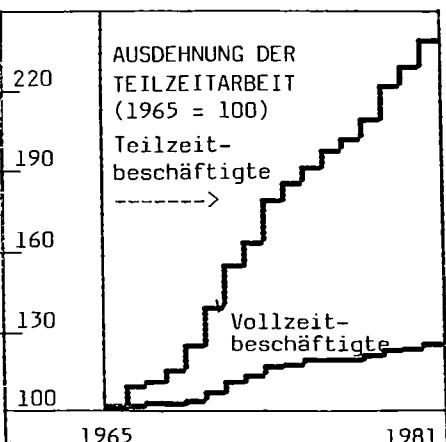
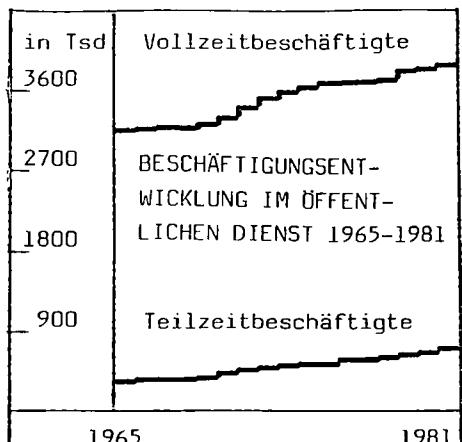
Daß die Tarifabschlüsse der letzten Jahre für den öffentlichen Dienst zu erheblichen Lohnsenkungen geführt haben, ist für jeden Beschäftigten täglich schmerhaft spürbar. Zur Erinnerung: 1981 wurden Löhne und Gehälter (auch für die Beamten) ab Mai um 4,3% erhöht mit einer Laufzeit bis 28.2.82. Für März und April 1981 gab es jeweils 120 DM. In 1982 gelang es dann dem Dienstherrn zum ersten Mal seit vielen Jahren, die Anpassung der Beamtenbesoldung entsprechend den Tariferhöhungen zu verhindern: Während die Bezüge der Arbeiter und Angestellten ab Mai 82 um 3,6% erhöht wurden - damit waren die Monate März und April "Nullmonate" - und der Dienstherr noch 40 DM als Einmalzahlung draufgab, wurde die Beamtenbesoldung erst ab Juli 82 um 3,6% angehoben. Der Abschluß 1983 ist noch in frischer Erinnerung.

Es ist offensichtlich, daß diese Abschlüsse die Differenzierung unter den Beschäftigten weiter vorantrieben haben. Nicht nur zwischen Arbeitern und Angestellten einerseits und Beamten andererseits, denen mit dem Knüppel des besonderen Dienstreiches Lohnsenkungen aufgezwungen worden sind, die über die Lohnsenkungen bei den Arbeitern und Angestellten hinausgehen. Sondern durch die Prozentabschlüsse Jahre hat sich der Abstand im Lohnniveau zwischen den unteren Lohngruppen und den besserverdienenden Antreibern und den hochbezahlten Staatsfunktionären vergrößert, sind die Ergebnisse eines Kampfes zunichtegemacht, der auf die besondere Anhebung der Niedriglöhne zielte und der sich in den Festgeld- oder Mindestbetrags-Abschlüssen der siebziger Jahre äußerte. Die besonderen Lohnkürzungen für die Beamten verschärfen diese Entwicklung noch, weil die Mehrzahl der Beamten im einfachen und mittleren Dienst beschäftigt ist.

So sicher diese Entwicklung eingetreten ist, so schwer ist es doch, sie faßbar zu machen. Für den einzelnen Beschäftigten können die Lohnneinbußen zeitweilig dadurch überdeckt werden, daß er in eine höhere Dienstaltersstufe aufrückt oder auch seine Regelbeförderung bekommt. Neue Statistiken über die Eingruppierung in Lohn- und Gehaltsgruppen und über die Verteilung der Beschäftigten nach Dienstaltersstufen liegen noch nicht vor. Und zunehmend werden Arbeitsplätze, die einer bestimmten Gehaltsgruppe zugeordnet sind, mit Beschäftigten besetzt, die eine Gruppe niedriger eingestuft sind.

In dem oberen Schaubild ist die Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst von 1981 auf 1983 dargestellt. Grundlage der Berechnung sind die Jahreslöhne, wie sie sich aus den Lohn- und Gehaltstabellen unter Hinzurechnung des Urlaubsgeldes und des 13. Monatsgehaltes ergeben. Die Jahreslöhne wurden als Vergleichsgrundlage gewählt, um die Auswirkungen der Verschiebung von Besoldungs- und Tariferhöhungen zu erfassen und den prozentualen Verlust - auf zwei Jahre gerechnet - beziffern zu können. Die Löhne sind jeweils für Beschäftigte mit 33 Jahren, verheiratet, ein Kind, berechnet.

Deutlich erkennbar ist nicht nur die besondere Lohndrückerei bei den Beamten, sondern auch der Abstand zur Entwicklung der Preissteigerung in dem Zeitraum. Der Einbruch bei den Nettolöhnen dürfte noch drastischer sein. Auffällig ist, daß die Niedriglöhne auch prozentual noch weniger als die hohen Löhne und Gehälter gestiegen sind. Das hat seinen Grund in den Einmalzahlungen 1981, die in dem Jahr die Jahreslöhne im Niedriglohnbereich überproportional erhöhten, sowie in den Lohnbestandteilen Urlaubsgeld und Stellenzulage, die nicht jeweils mit den Tarifen erhöht worden sind, was besonders bei den unteren Lohngruppen negativ zu Buche schlägt.



Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst

Zahllos sind inzwischen die Forderungen von Kapitalistenverbänden und Politikern nach noch mehr Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst. Denn Teilzeitarbeit spart Lohnkosten, weil zwei Beschäftigte in je vier Arbeitsstunden intensiver ausgebautet werden können als ein Vollbeschäftigte in acht Stunden und weil die Teilzeitarbeit damit als allgemeiner Stachel zur Verschärfung der Arbeitsetze wirkt. Außerdem ist die Arbeitslosenstatistik bei entsprechendem Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen gleich um Hunderttausende bereinigt. Es steht also eine enorme Ausdehnung der Teilzeitarbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst bevor.

Dabei ist der öffentliche Dienstherr ohnehin führend in pto. Teilzeitarbeit. Von 1965 bis 1981

stieg die Zahl der Vollzeitbeschäftigte im öffentlichen Dienst um ca. 25% auf 3,8 Mio., die Zahl der Teilzeitbeschäftigten dagegen um 130% auf 650000 und ihr Anteil an den Gesamtbeschäftigten von 8,1% 1965 auf 14,7% 1981. Im letzten Jahr ging im Bundesdienst die Zahl der Vollbeschäftigte sogar absolut zurück, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 10000 wuchs.

95% der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Und in ihrer Masse sind die Teilzeitbeschäftigten in wenigen Lohn- und Gehaltsgruppen konzentriert, dort, wo die Bezahlung schlecht und die physische und nervliche Beanspruchung im Arbeitsprozeß hoch ist. Und mittels Bürocomputern etc. können die ausführenden Tätigkeiten in den Verwaltungen so weitgehend zerlegt

und vereinseitigt werden, daß die meisten Arbeitsplätze für Angestellte bis BAT VI aufwärts mit Teilzeitkräften besetzt werden können und nur noch wenig "Stammpersonal" in Vollzeit-Beschäftigungsverhältnissen erforderlich ist.

Tarifliche Schranken dagegen gibt es kaum. Und die Personalräte können oftmals nicht verhindern, daß Teilzeitbeschäftigte niedriger eingruppiert werden als es der Stellenbeschreibung entspricht. Außerdem gilt der Bundesangestelltenttarif BAT nicht für Teilzeitbeschäftigte mit weniger als 20 Wochenstunden, und bei der Einstellung muß der Personalrat jedesmal darum kämpfen, daß die tariflichen Bestimmungen auch auf diese Teilzeitbeschäftigte angewendet werden. Es ist absehbar, daß der Dienstherr die tariflichen Schutzbestimmungen für Teilzeitkräfte völlig einreißen will.

Bundesregierung zur Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst

In seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion, die sich auf die unterschiedliche Entwicklung der Brutto- und Nettobezüge zwischen Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst und Beamten richtete, teilte Bundesinnenminister Zimmermann mit:

"... Bei der Gegenüberstellung der Brutto-Bezügeanpassung in der Besoldung und Versorgung einerseits und im Arbeitnehmerbereich des öffentlichen Dienstes andererseits für die Zeit vom 1. März 1983 bis 31. August 1984 (1 1/2-jährige Mindestlaufzeit des Tarifvertrags) errechnet sich insgesamt ein Niveau-Unterschied von etwa einem Prozentpunkt, um den der Arbeitnehmerbereich höher liegt. Hierbei wird davon ausgegangen, daß 1984 eine Anpassung über das z.Zt. festgelegte Maß hinaus nicht erfolgt.

Bei einer Nettorechnung zeigt sich auch unter Berücksichtigung

der steuerrechtlichen Veränderungen im Zusammenhang mit der Vorsorgepauschale für Beamte ab 1. Januar 1983, daß die Unterschiede geringer sind. Sie können je nach Einstufung, Familienstand und erbrachten Vorsorgeleistungen schwanken. Bei Ausschöpfung der steuerlichen Höchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen bestehen im allgemeinen keine nennenswerten Unterschiede zugunsten der Arbeitnehmer. Allerdings zeigt sich bei den ... Jahreseinkommensvergleichen (Entwicklungsvergleichen), daß die Nettoabstände der Indizes zu Lasten der Beamten höher sind als die Bruttoabstände. Dies ist unmittelbare Folge der Kalenderjahresabgrenzung, die die für die Besoldung niedrigere Anpassung 1982 (zwei Monate nach Tarif) in den Basiswert einbezieht und damit schon die Bruttoindexabstände um 0,55 Prozentpunkte vermindert hat ...

Die Bundesregierung plant keine Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich, auch keine unmittelbaren Konsequenzen aus dem

Tarifabschluß für die Besoldungsanpassung. Gleichbehandlung bedeutet nach Ansicht der Bundesregierung nicht, daß das Tarifergebnis und Besoldungsanpassung immer auf Punkt und Komma identisch sein müssen ..

Modellrechnung

	1982	1983	1984
Beamter A7			
brutto DM	31019	31792	32071
Index	100	102,5	103,4
netto DM	24118	24174	24301
Index	100	100,2	100,8

Angestellter VIb	
brutto DM	32944
Index	100
netto DM	23315
Index	100

Dieser Modellrechnung des Bundesinnenministers liegen Jahreslöhne zugrunde, der Beschäftigte ist 35 Jahre und kinderlos.

Quelle: Bundestagsdrucksache 10/235 v. 7.7.1983

Im nächsten Heft

„Familienförderung“

Geburtenprämie statt Kindergeld gegen „fallende Geburtenrate“



Rüstungshaushalt

Wörner fordert weiterreichende U-Boote, stärkere Panzer und schnellere Flugzeuge

Was sei der Friedensbewegung zu antworten? Wörner: „Bis zum heutigen Tag ist es die Abschreckung, die uns den Frieden sichert.“ Und gegen die „Angst vor dem Krieg“, sei er nun nuklear oder konventionell, helfe nur eine Truppe, die jedem Gegner das Fürchten lehrt. So rechtfertigt er nicht bloß die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD, sondern kündigt ei-

ne weitere Hochrüstung der Bundeswehr an. Bereits im Juni beschloß der Verteidigungsausschuß des Bundestags den Bau von hochseefähigen U-Booten. In diesem Jahr müsse über den „Zukunftsjäger“ beschlossen werden, meldete sich der neue Inspekteur der Luftwaffe bei seinem Antritt. Im Bundeshaushalt legen die westdeutschen Imperialisten weitere Rüstungsziele fest.

Daimler Benz

Südafrika – ein Land, das sich für Daimler lohnt



Südafrika ist für Daimler-Manager ein Land, in dem sich Investitionen lohnen. Gegenüber 1981 soll bis 1984 eine Steigerung der monatlichen Autoproduktion in der Daimler Beteiligungsgesellschaft UCDD in Südafrika um 70% von 600 auf 1000 Fahrzeuge erreicht werden. Die Daimler-Vertretung hält einen 40%igen Anteil am südafrikanischen

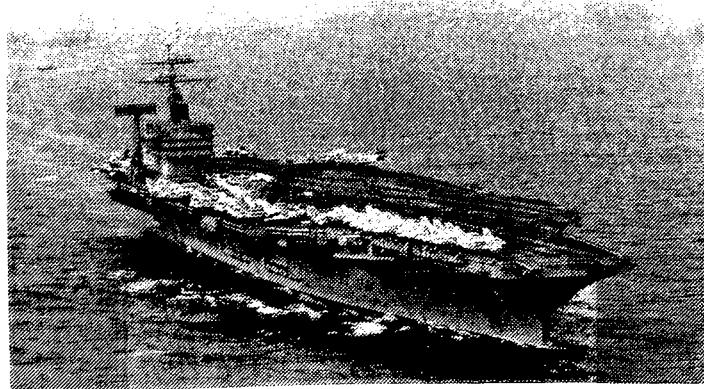
Eine „Neuordnung der Familienförderung“ sei dringend geboten, der Fall der Geburtenrate müsse schleunigst gestoppt und umgekehrt werden. So tönt es von Strauß, Geißler, Dregger. Die „familienpolitische Offensive“ der Unionsparteien soll einer weiteren Einschnürung des Lebensstandards der arbeitenden Klassen den Weg bahnen, unterbrochen nur durch kurzfristige Geburtenprämien. Um so üppiger soll die Bourgeoisfamilie gefördert werden.



Nicaragua

Direkte Angriffspläne der US-Imperialisten?

Die US-Regierung hat die Durchführung von Militärmäövren in der Karibik beschlossen, die mindestens sechs Monate dauern sollen. Seit einigen Tagen kreuzt der Flugzeugträger „Ranger“ in zentralamerikanischen Gewässern mit dem Auftrag, den Nachschub für die Befreiungstruppen in El Salvador und eventuellen Nachschub für den Kampf der nicaraguanischen Armee gegen die reaktionären Söldner zu verhindern.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457